

25.10.2013

2027-2013-VL-E2013-183002

Zugang zu allen Dokumenten im Zusammenhang mit den Rechtssachen F-121/07, T-197/11P und T-198/11P

[Thomas Holbach](#) hat diese access to information Anfrage gestellt an [Generalsekretariat](#)

Ihre Anfrage war **teilweise erfolgreich**.

Von: Thomas Holbach

17. Dezember 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich unter Berufung auf Verordnung 1049/2001

Zugang zu allen Dokumenten im Zusammenhang mit den Rechtssachen F-121/07, T-197/11P und T-198/11P.

Hierzu zähle ich insbesondere aber nicht nur:

- * den in den jeweiligen gerichtlichen Verfahren geführten Schriftwechsel, also alle Dokumente beider Parteien und des Gerichts sowie eventuelle Streitbeitrittsanträge,
- * die Ausgangsanträge des Herrn Strack und die hierauf ergangenen Antworten der Kommission und ihrer Dienststellen,
- * sämtliche Dokumente, die im Rahmen des/r Verwaltungsvorverfahren/s entstanden sind und/oder zwischen den Parteien in dessen Rahmen ausgetauscht wurden,
- * sämtliche internen Dokumente, Vermerke und Notizen der Kommission welche im Rahmen der o.g. Rechtsstreite oder des/r Vorverfahren entstanden sind,
- * sämtliche Dokumente, die sich auf die Beauftragung des von der Kommission eingeschalteten Rechtsanwalts beziehen, also sämtliche vertragliche und budgetrechtliche Grundlagen, sämtliche dokumentierte Kommunikation mit dem Rechtsanwalt und insbesondere auch dessen Abrechnung und
- * sämtliche weitere dokumentierte Kommunikation die seitens der Kommission mit Herrn Strack oder Dritten mit Bezug auf die o.g. Verfahren geführt wurde.

Sämtliche Anlagen zu den vorgenannten Dokumenten, gleichgültig ob diese auf Papier, elektronisch oder in anderer Form vorliegen, sind von meinem Antrag ebenfalls umfasst.

Ich bitte um elektronische Übermittlung, um eine Vorabinformation, falls Kosten entstehen sollten und um eine umgehende Registrierungsbestätigung.

Mit freundlichem Gruß

Thomas Holbach

Generalsekretariat

18. Dezember 2012

Sehr geehrter Herr Holbach,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 17/12/2012. Wir bestätigen hiermit den Eingang Ihres Antrags auf Akteneinsicht, der am 18/12/2012 unter Aktenzeichen GestDem 2012/5925 registriert wurde.

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission wird Ihr Antrag innerhalb von 15 Arbeitstagen bearbeitet. Die Frist läuft am 18/01/2013 ab. Falls diese Frist verlängert werden muss, werden Sie rechtzeitig darüber informiert.

Mit freundlichen Grüßen,

Carlos Remis
SG.B.5.
Transparence.
Berl. 05/329.

[show quoted sections](#)

Generalsekretariat

18. Januar 2013



20130118 Hollbach Fristverlängerung.pdf
53K [Download](#) [View as HTML](#)

Unit HR.D.2 "Appeals and Case Monitoring"
DG Human Resources and Security
* [1]hr-mail-d2@ec.europa.eu Ê +32-2-291132

References

Visible links

1. mailto:[[email address](#)]

Generalsekretariat

18. Januar 2013



ATT16734 1.jpg

OK [Download](#)

Sehr geehrter Herr Holbach,

am 17., 21. und 22. Dezember 2012 gingen bei der Kommission drei Anträge auf Zugang zu Dokumenten ein, die gemäß der Verordnung(EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission gestellt wurden. Die Anträge wurden unter den Aktenzeichen GESTDEM 2012/5925, GESTDEM 2012/5988 und GESTDEM 2012/5999 registriert.

Diese drei Anträge auf Zugang betreffen zehn Rechtssachen:

1. F-121/07, Guido Strack / Kommission
2. T-197/11P, Kommission / Guido Strack
3. T-198/11P, Guido Strack / Kommission
4. F-132/07, Guido Strack / Kommission
5. T-199/11P, Guido Strack / Kommission
6. F-44/05 (ex-T-225/05), Guido Strack / Kommission
7. T-526/08P, Kommission / Guido Strack
8. F-44/05RENV, Guido Strack / Kommission
9. T-670/11, Guido Strack / Kommission
10. T-65/12P, Guido Strack / Kommission

Die Kommission stellt fest, dass diese drei Anträge zusammenhängend von Mitgliedern des erweiterten Vorstands des Whistleblower-Netzwerks e.V., dessen Vorstand Herr Strack ist und der Partei in allen Rechtssachen ist, gestellt wurden.

Diese Anträge auf Zugang sind äußerst umfassend, da sie alle Dokumente im Zusammenhang mit den oben genannten Rechtssachen und die Dokumente des Verwaltungsverfahrens betreffen. Wir teilen Ihnen diesbezüglich mit, dass der Juristische Dienst die Dokumente im Zusammenhang mit den zehn oben genannten Rechtssachen bearbeiten wird, die Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit (GD HR) übernimmt den Teil der Anträge, die zum Verwaltungsverfahren gehören.

Was die Dokumente im Zusammenhang mit den Rechtssachen anbelangt stellt der Juristische Dienst fest und weist Sie darauf hin, dass einerseits diese Anträge eine große Zahl von Dokumenten betreffen (Schriftsätze und sonstige den Gerichten übermittelte Dokumente, die zwischen den Dienststellen der Kommission ausgetauschten Vermerke, der Briefwechsel mit Herrn Strack oder mit Dritten, die Dokumente zur Bestellung und Bezahlung externer Juristen sowie der diesbezügliche Briefwechsel usw.), und dass andererseits aufgrund der Natur der Rechtssachen diese Dokumente eine konkrete Prüfung erfordern, die insofern eingehend sein muss, da die Dokumente persönliche Daten einschließlich sensible Daten im Sinne von Artikel 10 der Verordnung 45/2001 enthalten können.

Wie Ihnen bekannt ist muss die mit einem Antrag auf Zugang befasste Institution der Rechtsprechung gemäß alle Dokumente konkret und individuell prüfen. Die Institution muss jedoch, falls diese Prüfung einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeutet, zwischen dem Interesse des Zugangs der Öffentlichkeit zu Dokumenten einerseits und dem

Arbeitsaufwand, den eine solche konkrete und individuelle Prüfung verursacht andererseits abwägen.

Im vorliegenden Fall und angesichts des Umfangs und der Art der Dokumente, die Gegenstand Ihrer Anfrage und auch der beiden anderen Anfragen sind, ist es dem Juristischen Dienst nicht möglich, Ihre Anfrage innerhalb der in Artikel 7 der Verordnung vorgesehenen Frist zu bearbeiten.

Unter diesen Umständen bittet Sie der Juristische Dienst, gemäß Artikel 6(3) der Verordnung 1049/2001 Ihren Antrag bezüglich des Umfangs zu begrenzen und zu präzisieren sowie ihm eine Liste der Dokumente zukommen zu lassen, die Sie vorrangig bearbeitet sehen möchten.

Mit freundlichen Grüßen

Isabel ITURRITZA
Legal Officer

European Commission
Legal Service

BERL 1/107
B-1049 Brussels/Belgium
+32 2-295 36 58
[1][\[email address\]](#)

References

Visible links

1. [mailto:\[email address\]](#)

Von: Thomas Holbach

23. Januar 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 18.01.2013 hat mich bezüglich meines Antrags auf Dokumentenzugang, der bei Ihnen unter dem Az: 2012/5925 registriert wurde, eine Fristverlängerung bis zum 08.02.2013 Ihrerseits erreicht, die damit begründet wurde, dass sich mein Antrag auf eine Vielzahl von Dokumenten bezieht.

Gegen jenes Vorgehen erhebe ich keine Einwände und erwarte Ihre endgültige Entscheidung über meinen Antrag und die Lieferung der entsprechenden Dokumente daher bis zum 08.02.2013.

Hinsichtlich Ihrer Benachrichtigung vom 18.01.2013 teile ich Ihnen mit:

1. Ich habe diesen Antrag selbst, nicht im Auftrage Dritter, aus eigenem Entschluss und insbesondere auch nicht in Abstimmung oder "zusammenhängend" mit Anträgen Dritter auf Dokumentenzugang zu

Rechtssachen von Herrn Strack gestellt.

2. Daher halte ich es für völlig unangemessen mir das Volumen von Anträgen Dritter im Rahmen meines Antrages entgegenzuhalten. Hierfür gibt es weder eine Rechtsgrundlage noch ist dies für die Behandlung meines Antrages innerhalb der hierfür vorgesehenen Fristen in irgendeiner Weise relevant.

3. Ich bitte Sie mir bis spätestens zum Ablauf der o.g. Frist auch mitzuteilen, auf welcher Rechtsgrundlage sich die Europäische Kommission Informationen darüber verschafft hat, in welchen Vereinen ich privat tätig bin. Sollte mir bis zum Ablauf jener Frist keine schlüssige Erklärung hierfür vorliegen, werde ich mich gegen dieses Vorgehen mit allen mir zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln zur Wehr setzen.

4. Entnehme ich Ihren Ausführungen und insbesondere der fehlenden Bezugnahme auf Art. 6 Abs. 2 der Verordnung 1049/2001, dass der Gegenstand meines Antrages hinreichend klar und präzise ist, von Ihnen also auch entsprechend der gesetzlichen Vorgaben bearbeitet werden kann.


















5. Teile ich Ihnen im Hinblick auf Ihre Bezugnahme auf Art. 6 Abs. 3 der Verordnung 1049/2001 mit, dass ich derzeit nicht beabsichtige meinen Antrag bezüglich des Umfanges zu begrenzen. Dies insbesondere deshalb nicht, weil die Kommission:

- (a) mir nicht dargelegt hat, dass und warum genau gerade mein individueller Antrag eine solche Begrenzung erfordern sollte. Es fehlen insoweit z.B. Angaben zum konkreten Volumen (Zahl der Dokumente, Gesamtseitenzahl) meines spezifischen Antrages und dazu wie viele Dokumente bzw. Seiten die Kommission innerhalb welcher Bearbeitungsfristen verbindlich zusagt zu prüfen und zu liefern.
- (b) mir keinen Auszug aus ihrem Dokumentenzugangsregister geliefert hat, ich also gar nicht weiß, welche konkreten Dokumente hier in Rede stehen und so auch keinerlei Möglichkeit habe, eine Begrenzung des Antrages oder auch nur eine Prioritisierung zwischen einzelnen Dokumenten vorzunehmen.
- (c) ich im Übrigen Ihr jetziges Schreiben als verspätet ansehe, da ich ihren Ausführungen nicht entnehmen kann, warum sie diese Ausführungen erst gegen Ende derjenigen Frist vornehmen, die der Gesetzgeber als Standardfrist für die Bearbeitung von Anträgen nach VO 1049/2001 vorgesehen hat. Auf einen früheren und präziseren Vorschlag bestimmte Dokumente innerhalb der ersten 15 Arbeitstage und andere innerhalb einer Verlängerungsfrist von weiteren 15 Arbeitstagen zu erhalten, wäre ich sicherlich eingegangen. Demgegenüber erweckt Ihr jetziges Schreiben bei mir den Eindruck, dass sich die Kommission unter Verweis auf Art. 6 Abs. 3 der Verordnung 1049/2001 der Geltung der Fristen jener Verordnung entziehen will. Dass dies nicht möglich ist, hat das Gericht der Europäischen Union gerade erst nochmals festgestellt (vgl. Urteil vom 15.01.2013 in der Rechtssache T-392/07, Rn. 51).

Mit freundlichem Gruß
Thomas Holbach

Generalsekretariat

8. Februar 2013

-
-  **ATT40148 1.jpg**
1K [Download](#)
-  **Ares 2013 166468.pdf**
367K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc1 JUR 2007 046066.pdf**
21K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc2 JUR 2007 045021.pdf**
34K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc3 JUR 2007 046102.pdf**
22K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc9 JURM 2008 9107 exp.pdf**
1.2M [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc11 PVR751.pdf**
30K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc12 JURM 2009 9201 exp.pdf**
1.5M [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc17 Ares 2010 823661.pdf**
34K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc19 C 2011 1670 DE.pdf**
389K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc20 Ares 2011 363185 DE.pdf**
1.3M [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc21 Ares 2011 770340.pdf**
192K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc22 Ares 2011 905523.pdf**
624K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc23 Ares 2011 1142760.pdf**
114K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc24 Ares 2013 33766.pdf**
103K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc25 Ares 2011 767212.pdf**
36K [Download](#) [View as HTML](#)
-  **doc26 Ares 2011 788681 exp.pdf**
1.9M [Download](#) [View as HTML](#)



doc31 Ares 2012 282460.pdf
161K [Download](#) [View as HTML](#)

Sehr geehrter Herr Holbach,

anbei erhalten Sie die erste Antwort des Juristischen Dienst in Beantwortung Ihrer unter GESTDEM 2012/5925 registrierten Anfrage. Diese Antwort ist auf Englisch. Die deutsche Übersetzung ist in Bearbeitung.

Mit freundlichen Grüßen

BRIGITTE ARNOLD-WOERTZ
Responsible InfoDoc

European Commission
Legal Service
Information and Documentation (InfoDoc)

BERL 1/90
B-1049 Brussels/Belgium
+32 2 295 08 47
[1][\[email address\]](#)

Legal service website on Europa
[2]http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...

References

Visible links

1. [mailto:\[email address\]](mailto:[email address])
2. http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...

Von: Thomas Holbach

17. Februar 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre Email vom 08.02.2013.

Hiermit stelle ich einen Zweitantrag auf Dokumentenzugang nach Verordnung 1049/2001 und halte meinen Erstantrag vom 17.12.2012 in vollem Umfange - abzüglich jener Dokumente, zu denen mir mit Email vom 08.02.2013 vollständiger Zugang gewährt wurde - aufrecht.

Bzgl. GESTDEM 2013/213, dem Teil der sich auf das Verwaltungsverfahren bezieht, stelle ich fest, dass Sie mir auch

innerhalb der verlängerten Frist keinen Bescheid über meinen Erstantrag zugestellt haben. Ich habe insoweit also das Recht auf einen Zweitantrag welches ich hiermit wahrnehme.

Bzgl. GESTDEM 2012/5925, dem Teil der sich auf die gerichtlichen Verfahren bezieht, stelle ich fest, dass Sie mir auch innerhalb der verlängerten Frist keinen Bescheid über alle von meinem Erstantrag betroffenen Dokumente zugestellt haben, bzw. Ihr Bescheid vom 08.02.2013 meinen Erstantrag rechtswidrig nicht in vollem Umfange stattgegeben hat. Auch insoweit bin ich daher zu diesem Zweitantrag berechtigt.

Inhaltlich möchte ich im Hinblick auf Ihren Bescheid vom 08.02.2013 noch Folgendes ergänzen:

Sie halten mir auch im Bescheid vom 08.02.2013 immer noch die Anträge Dritter Personen vor und gehen insoweit auf die Klarstellungen in meiner Email vom 22.01.2013 mit keinem Wort ein. Dies gilt auch für die dort in Nr. 3 geäußerte Bitte. Was schließlich Nr. 5 meines Schreibens vom 22.01.2013 sehe ich meinerseits in ihrem Bescheid vom 08.02.2013 keine hinreichende Klarstellung und Konkretisierung hinsichtlich der noch zu liefernden Dokumente und der dafür vorgesehenen Zeitpunkte als dass ich bereit wäre mich insoweit auf eine Einschränkung des Volumens oder eine Verlängerung der Frist für dessen Bearbeitung einzulassen. Sie können gerne die gesetzlichen Möglichkeiten und Fristen zur Bearbeitung dieses Zweitantrages ausnutzen, sollte mir nach Fristablauf aber kein rechtmäßiger Bescheid und nicht alle umfassten Dokumente vorliegen, werde ich weitere rechtliche Schritte in Angriff nehmen. Die Probleme der EU-Kommission mit der Einhaltung von Fristen der Verordnung 1049/2001 sind mir nicht zuletzt durch das Studium der öffentlich zugänglichen Dokumente zum Fall Strack seit langem bekannt, wenn Sie es dennoch versäumt haben, ihre Personalausstattung entsprechend zu erhöhen bzw. das Personal für andere Aufgaben einsetzen, so bin ich für dieses Organisationsverschulden Ihrerseits nicht verantwortlich.

Was die Geltendmachung der Ausnahme nach Art. 4 Abs. 1 (b) der Verordnung 1049/2001 im Hinblick auf die Daten des Herrn Strack angeht, verweise ich Sie auf dessen Email an das Generalsekretariat vom 11.02.2013. Hinsichtlich von Schwärzungen der Namen der Ärzte nach Nr. 5 Spiegelstriche 1 und 2 habe ich keine Einwände. Der Name des berichterstattenden Richters hingegen darf hier m.E. keiner Schwärzung unterliegen, da er hier nur in dienstlicher Tätigkeit auftaucht und der Name ohnehin bereits im Kopf des Urteils F-121/07 genannt ist, ihre gegenteilige Behauptung insoweit also schlicht falsch ist.

Was Ihre Ausführung unter Nr. 6 Ihres Bescheides vom 08.02.2013 angeht, so halte ich diese für rechtlich unzutreffend. Dies belegt schon der Blick auf die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichts im Verfahren T-392/07, in welchem dem Kläger ohne dass auch nur an einem einzigen Punkt auf eine Differenzierung zwischen den Autoren der Dokumente eingegangen worden wäre, sowohl ein Recht auf Zugang zur Klageschrift als auch zur Erwiderung in der Rechtssache T-110/04 zugesprochen wurde. Beides wäre sicherlich nicht geschehen, wenn ihre Argumentation zuträfe. Es war auch nie die Absicht des Vertrages von Lissabon die Dokumentenzugangsrechte

der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken, diese sollten durch die explizite Erwähnung des Gerichtshofs vielmehr ausgeweitet werden. Schließlich müsste mit Ihrer Argumentation letztlich bei jedem Dokument, welches bei der Kommission vorliegt, aber nicht von ihr stammt, geprüft werden, ob der Antragsteller auch direkt gegenüber dem Urheber einen Anspruch auf Dokumentenzugang hat. Dies ist aber nach Verordnung 1049/2001 gerade nicht der Fall, hier kommt es nur auf drei Dinge an: 1. es ist ein Dokument im Sinne der Verordnung, 2. es liegt bei der Kommission vor, 3. es greift kein Ausschlussgrund nach Art. 4 der Verordnung 1049/2001. All jene Voraussetzungen sind vorliegend auch für die vom Gericht und/oder von Herrn Strack stammenden Dokumente des gerichtlichen Verfahrens gegeben. Auch jene Dokumente waren also auf meinen Erstantrag hin und sind spätestens auf meinen jetzigen Zweitantrag hin herauszugeben. Etwas anderes kann entgegen Ihrer Ausführungen auch dem von ihnen zitierten Urteil nicht entnommen werden. Jenes Urteil bezieht in Rn. 100 vielmehr auch Gerichtsdokumente vielmehr explizit in den Anwendungsbereich der Verordnung 1049/2001 ein und lässt deren Nichtoffenlegung nur unter dem Gesichtspunkt des Art. 4 Abs. 2 der Verordnung 1049/2001 zu. Dies allerdings nur solange davon eine Gefährdung eines Gerichtsverfahrens ausgehen kann, was hier, nach dem Abschluss der Gerichtsverfahren, offensichtlich nicht mehr der Fall sein kann und selbst von Ihnen, mangels Berufung auf Art. 4 Abs. 2 der Verordnung 1049/2001 offensichtlich nicht vorgetragen wird.

Ich darf Sie abschließend noch um eine Bestätigung des Eingangs dieses Zweitantrages bitten.

Mit freundlichem Gruß
Thomas Holbach

Generalsekretariat

18. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Holbach,

Vielen Dank für Ihre E-Mail vom 17/02/2013 - registriert am 18/02/2013.

Ich bestätige hiermit den Eingang Ihres Zweitantrages auf Zugang zu Dokumenten an (Ref. Gestdem 2013/213 - Ares(2013) 209026).

In Übereinstimmung mit der Verordnung 1049/2001 bezüglich öffentlichem Zugang zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission, erhalten sie eine innerhalb von 15 Arbeitstagen eine Antwort auf Ihre Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen,

Carlos Remis
SG.B.5.
Transparency.
Berl. 05/329.

[show quoted sections](#)

Generalsekretariat

18. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Holbach,

Vielen Dank für Ihre E-Mail vom 17/02/2013 - registriert am 18/02/2013.

Ich bestätige hiermit den Eingang Ihres Zweitantrages auf Zugang zu Dokumenten an (Ref. Gestdem 2012/5925 - Ares(2013) 209525).

In Übereinstimmung mit der Verordnung 1049/2001 bezüglich öffentlichem Zugang zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission, erhalten sie eine innerhalb von 15 Arbeitstagen eine Antwort auf Ihre Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen,

Carlos Remis
SG.B.5.
Transparence.
Berl. 05/329.

[show quoted sections](#)

Generalsekretariat

5. März 2013



ATT41335 1.jpg
0K [Download](#)



HOLBACH 2013 213 2012 5925 DE.pdf
58K [Download](#) [View as HTML](#)

Dear Sir,

Please find attached a letter concerning your confirmatory applications for access to documents (Gestdem 2012/5925 and 2013/213).

Yours sincerely,

Priscille Schiltz

European Commission
SG B5 - Transparency
BERL 05/325
B-1049 Brussels/Belgium

Generalsekretariat

8. März 2013



ATT05620 1.jpg

1K [Download](#)



ARES 2013 166468 DE.pdf

389K [Download](#) [View as HTML](#)

Sehr geehrter Holbach

Ich beziehe mich auf unsere Email und Antwort vom 8. Februar.
In der Anlage sende ich Ihnen unsere Antwort auf Deutsch.

Mit freundlichen Grüßen

BRIGITTE ARNOLD-WOERTZ
Responsible InfoDoc

European Commission
Legal Service
Information and Documentation (InfoDoc)

BERL 1/90
B-1049 Brussels/Belgium
+32 2 295 08 47
[1][\[email address\]](#)

Legal service website on Europa
[2]http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...

From: ARNOLD-WOERTZ Brigitte (SJ)
Sent: Friday, February 08, 2013 3:54 PM
To: '[FOI #297 email]'
Cc: SJ ACCES DOCS
Subject: Ihr Antrag auf Zugang zu Dokumenten in 3 Rechtssachen

Sehr geehrter Herr Holbach,

anbei erhalten Sie die erste Antwort des Juristischen Dienst in
Beantwortung Ihrer unter GESTDEM 2012/5925 registrierten Anfrage.
Diese Antwort ist auf Englisch. Die deutsche Übersetzung ist in
Bearbeitung.

Mit freundlichen Grüßen

<< File: Ares(2013)166468.pdf >>

<< File: doc1_JUR(2007)046066.pdf >> << File: doc2_JUR(2007)045021.pdf
>> << File: doc3_JUR(2007)046102.pdf >> << File:
doc9_JURM(2008)9107_exp.pdf >> << File: doc11_PVR751.pdf >> << File:
doc12_JURM(2009)9201_exp.pdf >> << File: doc17_Ares(2010)823661.pdf >>
<< File: doc19_C(2011)1670_DE.pdf >> << File:
doc20_Ares(2011)363185_DE.pdf >> << File: doc21_Ares(2011)770340.pdf >>
<< File: doc22_Ares(2011)905523.pdf >> << File:
doc23_Ares(2011)1142760.pdf >> << File: doc24_Ares(2013)33766.pdf >> <<
File: doc25_Ares(2011)767212.pdf >> << File:
doc26_Ares(2011)788681_exp.pdf >> << File: doc31_Ares(2012)282460.pdf >>

BRIGITTE ARNOLD-WOERTZ
Responsible InfoDoc

<< OLE Object: Picture (Device Independent Bitmap) >>
European Commission
Legal Service
Information and Documentation (InfoDoc)

BERL 1/90
B-1049 Brussels/Belgium
+32 2 295 08 47
[3][\[email address\]](#)

Legal service website on Europa
[4]http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...

References

Visible links

1. [mailto:\[email address\]](mailto:[email address])
2. http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...
3. [mailto:\[email address\]](mailto:[email address])
4. http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...

Generalsekretariat

27. März 2013



ATT61535 1.jpg

1K [Download](#)



doc 13 JUR 2009 45835.pdf

27K [Download](#) [View as HTML](#)



doc 14 JUR 2009 45840.pdf

468K [Download](#) [View as HTML](#)



doc 15 LETT 2010 5501.pdf

86K [Download](#) [View as HTML](#)



doc 16 LETT 2010 5945.pdf
97K [Download](#) [View as HTML](#)



doc 18 Ares 2010 900388.pdf
356K [Download](#) [View as HTML](#)



doc 30 Ares 2012 210783.pdf
16K [Download](#) [View as HTML](#)



Ares2013 515867.pdf
3.0M [Download](#) [View as HTML](#)

Sehr geehrter Herr Holbach,

Unter Bezugnahme auf unsere erste Ihnen am 8. Februar übermittelte Antwort auf Ihre Anfrage auf Zugang zu Dokumenten in drei Rechtssachen (GESTDEM 2012/5925) sende ich Ihnen hiermit die zweite Antwort, die Sie wie die erste zuerst auf Englisch erhalten.

Die deutsche Übersetzung ist in Bearbeitung. Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen,

MARINUS CHRIST

European Commission
Legal Service
Information and Documentation Group

Generalsekretariat

4. April 2013



ATT11634 1.jpg
1K [Download](#)



Holbach Gestdem 2013 2012 5925 2013 213 DE.pdf
75K [Download](#) [View as HTML](#)

Sehr geehrter Herr Holbach,

in Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben hinsichtlich Ihres Antrages auf Zugang zu Dokumenten (GESTDEM 2012/5925 & 2013/213).

Mit freundlichen Grüßen,

Carlos Remis
SG.B.5.
Transparence.

Berl. 05/329.

Generalsekretariat

23. Mai 2013



ATT09834 1.jpg

0K [Download](#)



ARES 2013 515867 DE.pdf

491K [Download](#) [View as HTML](#)

Sehr geehrter Herr Holbach,

Ich beziehe mich auf unsere Email und zweite Antwort auf Ihre Anfrage.
In der Anlage erhalten Sie unsere Antwort auf Deutsch.

Wir bitten Sie, diese späte Übermittlung der deutschen Übersetzung zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

BRIGITTE ARNOLD-WOERTZ
Responsible InfoDoc

European Commission
Legal Service
Information and Documentation (InfoDoc)

BERL 1/90
B-1049 Brussels/Belgium
+32 2 295 08 47
[1][\[email address\]](#)

Legal service website on Europa
[2]http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...

References

Visible links

1. [mailto:\[email address\]](mailto:[email address])
2. http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/in...

Von: Thomas Holbach

3. Juni 2013

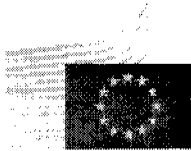
Sehr geehrte Frau Generalsekretärin,

nur zur Klarstellung teile ich Ihnen auf das Schreiben
Ares(2013)515867 vom 27.03.2013, welches ich erst am 23.05.2013 in
deutscher Sprache erhalten habe folgendes mit:

* Ich halte an meinem umfassenden Zweitantrag vom 17.02.2013, auf
den ich rechtswidrig bis heute noch keine Antwort erhalten habe,
fest.

* Dem o.g. Schreiben trete ich - falls Sie dies für nötig erachten
hiermit auch nochmals in Form eines weiteren Zweitantrages -
ebenfalls umfassend entgegen und verweise u.a. darauf, dass:
** dort die Ausnahmegründe nach der Verordnung 1049/2001 jeweils
nur äußerst pauschal vorgetragen aber nicht deren Eingreifen für
jedes Dokument im einzelnen nachvollziehbar begründet wurde;
** dort zur Rechtfertigung auf ein angebliches
Kostenfestsetzungsverfahren verwiesen wird, selbst heute ist ein
solches aber auf der Webseite des Gerichts nicht nachgewiesen,
weshalb ich seine Existenz und erst Recht seine Existenz zum
Zeitpunkt meines Erstantrages bestreite.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Holbach



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GENERALLIREKTION

HUMANRESSOURCEN UND SICHERHEIT

Direktion D – Rechtsfragen, Kommunikation und Beziehungen zu Interessengruppen
Beschwerden und Verfahrensüberwachung

Brüssel, 18. 01. 2013

HR.D.2/ANL/Ares(2013) 63922

Betreff: Ihr Antrag auf Akteneinsicht – Az. GESTDEM Nr. 2013/213

Sehr geehrter Herr Hollbach,

wir nehmen Bezug auf Ihre E-Mail vom 17/12/2012. Darin stellen Sie einen Antrag auf Akteneinsicht, der am 18/12/2012 unter der eingangs genannten Referenznummer registriert wurde.

Ihr Antrag bezieht sich auf mehrere Arten von Dokumenten:

- 1) Alle Dokumente, im Zusammenhang der Rechtssachen F-121/07, T-197/11P et T-198/11P (Guido Strack / Kommission) ;
- 2) Alle Dokumente die im Rahmen des Vorverfahrens erstellt wurden (Beschwerden nach Art. 90 und Antworten der Anstellungsbehörde).

Bezüglich Punkt 1) Ihres Antrags teile ich Ihnen mit, dass der Juristische Dienst mit der Beantwortung befasst ist (Referenznummer GESTDEM Nr. 2012/5925).

Punkt 2) Ihres Antrags wird von der Generaldirektion HR gesondert beantwortet.

Ihr Antrag wird zurzeit bearbeitet. Allerdings sind wir nicht in der Lage, die Bearbeitung innerhalb der vorgegebenen Frist von 15 Arbeitstagen, die am 18/01/2013 abläuft, abzuschließen.

Eine Verlängerung der Frist ist aus folgenden Gründen erforderlich: Der Antrag bezieht sich auf eine Vielzahl von Dokumenten.

Daher haben wir in Einklang mit Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten die Frist von 15 Arbeitstagen verlängert. Die neue Frist läuft am 8/02/2013 ab.

Wir bedauern diese Verzögerung und bitten um Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen



Georgeta NICOLAIE
Referatsleiterin

Kopie: - HR ACCESS TO DOCUMENTS
- SJ ACCES DOCS



EUROPEAN COMMISSION

LEGAL SERVICE
The Director General

Brussels, 8 02 2013

By e-mail

Mr. Holbach
ask+request-297-afc9d54f@asktheeu.org

Subject: Request for access to documents

Ref.: Your e-mail of 17 December 2012, registered on 18 December 2012 as
GESTDEM 2012/5925

Dear Mr. Holbach,

I refer to your request mentioned above requesting access to documents relating to Cases F-121/04 Guido Strack v. Commission, T-197/11P Commission c/ Guido Strack and T-198/11P, Guido Strack c/ Commission, in accordance with Regulation (EC) N° 1049/2001 regarding public access to European Parliament, Council and Commission documents¹.

1. SCOPE OF YOUR REQUEST

Your request has been made in an extensive manner and concerns all documents relating to both the administrative phase and those concerning the proceedings before the Civil Service Tribunal (CST) and the General Court, including contracts with the external lawyers.

As you have been informed, the part of your request concerning the administrative phase was attributed to Directorate-General Human Resources and security (HR DG) and registered as GESTDEM 2013/213 and the part referring to the courts proceedings was transferred to the Legal Service and registered as GESTDEM 2012/5925.

2. PROPOSAL FOR A FAIR SOLUTION

At the end of December 2012, the Commission received three requests for access to all documents concerning 10 court cases, to which Mr. Strack was a party. These requests originated from you and two other members of the governing body of the network "Whistleblower", whose president is Mr. Strack².

¹ OJ L 145, 31.05.2001, page 43.

² This information is publicly available on the website
<http://www.whistleblower-net.de/uber-uns/vorstand/>

After conducting a preliminary assessment of your request, it appeared, on the one hand, that it involved a large number of documents and, on the other, that they would require a very careful and in-depth assessment since they were likely to contain sensitive personal data to be protected under Regulation 1049/2001.

Taking into account the workload resulting from your request and considering the aforementioned two additional applications, by e-mail of 18 January 2013 the Legal Service informed you that it would not be in a position to reply to your request within the deadline foreseen at article 7 of Regulation 1049/2001. Therefore, in accordance with Article 6(3) of this Regulation it invited you to reconsider your request in limiting and specifying its scope and to indicate a priority order to deal with the requested documents.

By e-mail of 23 January 2013 you refused the referred proposal and indicated the 8 of February 2013 as the deadline to reply to your request. This deadline corresponds to the extended deadline foreseen at article 7(3) of Regulation 1049/2001, should the Legal Service have asked for it.

In this respect, I can assure that the Legal Service has done its outmost to deal with your request. However, the Commission cannot privilege one applicant and has to guarantee that all the requests are responded within the deadlines of Regulation 1049/2001, or where not possible, to seek for a fair solution that reconciles the interests of the applicant with those of good administration. Therefore, the Legal Service has first proceeded to the assessment of the main documents concerned by your request, i.e. the Commission's pleadings submitted to the Court. At present it is able to send a first reply regarding documents 1, 2, 3, 9, 10, 11, 12, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26 and 31.

As regards the rest of the documents concerned by your request, the Legal Service proposes you, in accordance with article 6(3) of Regulation 1049/2001, to send a separate reply by the end of March. These documents relate mainly to the fees and contracts with the external lawyer as well as some documents relating to the amicable settlement procedure, which in the end did not succeed.

3. DOCUMENTS CONCERNED BY YOUR REQUEST RELATING TO THE COURT'S PROCEEDINGS

After the examination of the Legal Service's files, the following documents have been identified as falling within the scope of your request:

Affaire F-121/07 – Strack c/ Commission

1. JUR(2007)46066 – Note to ex-DG ADMIN DG sending the application
2. LETT(2007)45021 – Response by ex-DG ADMIN
3. JUR(2007)46102 – Authority
4. JUR(2007)46143 – Note to the attention of M. Chêne (ex-DG ADMIN) on the amicable settlement procedure
5. JUR(2007)46150 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
6. JUR(2008)45041 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
7. JUR(2008)45158 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
8. JUR(2008)45249 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
9. JURM(2008)9107 – Objection of inadmissibility
10. CONT(2009)7024 – Order of 17 September 2009 (Objection of inadmissibility and lack of jurisdiction)
11. PVR(2009)751 – Authority

12. JURM(2009)9201 – Defence
13. JUR(2009)45835 – Letter sending legal assistance contracts SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1439 et SJ/2009/1440
14. JUR(2009)45840 – Legal assistance contract (Case F-121/07)
15. LETT(2010)5501 – Attorney's fees invoice
16. LETT(2010)5945 – Attorney's fees invoice
17. Ares(2010)823661 – Authority
18. Ares(2010)900388 – Letter sending legal assistance contract SJ/2010/1732

Affaire T-197/11P – Commission c/ Strack

19. C(2011)1670 – Commission decision to appeal against the judgment given by the CST on 20 January 2011 in Case F-121/07
20. Ares(2011)363185 – Appeal + Authority
21. Ares(2011)770340 – Letter to the General Court: Request for authorisation to file a Reply
22. Ares(2011)905523 – Reply
23. Ares(2011)1142760 – Letter to the General Court: oral hearing
24. Ares(2013)33766 – Information note on the judgment

Affaire T-198/11P – Strack c/ Commission

25. Ares(2011)767212 – Authority
26. Ares(2011)788681 – Response and observations on the request for joinder
27. Ares(2011)863895 – Letter sending legal assistance contracts SJ/2011/1952
29. Ares(2011)883346 – Legal assistance contract SJ/2011/1952
29. Ares(2011)1085143 – Attorney's fees invoice
30. Ares(2012)210783 – Letter to the lawyer sending the request to stay proceedings
31. Ares(2012)282460 – Observations on the request to stay proceedings

4. SCOPE OF THE PRESENT REPLY

As indicated under point 3 above, the present reply concerns the documents under numbers 1, 2, 3, 9, 10, 11, 12, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26 and 31.

5. ASSESSMENT

After a concrete assessment of these documents, I am pleased to inform you that, in accordance with Regulation, full access can be granted to them with the exception of the following personal data which is covered by the exception provided for in Article 4(1)(b) ("*protection of personal data*")³ of Regulation 1049/2001 in accordance with the European Union (EU) legislation regarding the protection of personal data:

- document under number 9 (reference JURM(2008)9107): the name of the doctor in the Medical Service (page 7).
- document under number 12 (reference JURM(2009)9201): the name of the doctor in the Medial Service (page 3) and the name of a doctor chosen by the applicant (page 4).

³ *"The institutions shall refuse access to a document where disclosure would undermine the protection of: [...] (b) privacy and the integrity of the individual, in particular in accordance with Community legislation regarding the protection of personal data".*

- document under number 26 (reference Ares(2011)788681): the name of the Judge-Rapporteur (pages 4 and 5).

Disclosure of this information, which was not disclosed nor by the TFP either by the General Court, would undermine the legitimate privacy rights of the concerned persons and, therefore, would be contrary to Article 4(1)(b) of Regulation 1049/2001. Indeed, according to Article 8(b) of Regulation No. 45/2001 of the European Parliament and of the Council of 18 December 2000 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data by the Community institutions and bodies and on the free movement of such data⁴, personal data shall only be transferred to recipients if the recipient establishes the necessity of having the data transferred and if there is no reason to assume that the data subject's legitimate interests might be prejudiced. In the present case, I see no elements capable of showing the necessity for the refused data to be disclosed⁵.

Accordingly, you will find enclosed a copy of the documents under numbers 1, 2, 3, 11, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25 and 31 as well as an expunged version of documents numbers 9, 12 and 26. Please note that these documents cannot be reproduced or disseminated for commercial purposes without prior consent given by the Commission.

Document under number 10 is a public document which is available on the website of the Court.

6. THIRD PARTIES' DOCUMENTS: documents submitted by the applicant and documents originating from the Courts

Regarding, on the one hand, the submissions lodged by the applicant to the CST and to the General Court in Cases F-121/04, T-197/11P and T-198/11P and, on the other hand, the documents originating from those courts, the Commission considers that they do not fall within the scope of Regulation 1049/2001. Regulation 1049/2001 is based on Article 255⁶ of the Treaty establishing the European Community which has been replaced by Article 15 of the Treaty on the functioning of the European Union (TFUE) with the entry into force of the Lisbon Treaty on 1 December 2009. Whilst Article 15(3) TFUE extends the right of access to the documents of the Union institutions, bodies, offices and agencies, its fourth paragraph provides that *"The Court of Justice of the European Union [...] shall be subject to this paragraph only when exercising their administrative tasks"*.

It is therefore clear that even after the adaptation of Regulation 1049/2001 to the Lisbon Treaty, documents submitted by the third parties such as, in this case, the submissions made by the applicant as well as the documents originating from the Court of Justice of the European Union in the framework of court proceedings, will not fall under the scope of the regime for public access to documents. Indeed, the Commission itself received a

⁴ OJ L 8, 12.01.2001, page 1.

⁵ Judgment of the Court of Justice of 29 June 2010, Case C-28/08P, European Commission v The Bavarian Lager Co. Ltd (paragraphs 77-78), European Court reports 2010 page I-06051.

⁶ This article applied only to the European Parliament, the Council and the Commission but no to the European Court of Justice.

copy of these pleadings and documents only by virtue of its quality as party to the proceedings, pursuant to Article 20 of the Protocol on the Statute of the Court of Justice⁷.

Furthermore, as regards pleadings submitted in court proceedings, the Court has stated in its judgment in Joined Cases C-514/07P, C-528/07P and C-532/07P "[...], *the Rules of Procedure of EU Courts provide for procedural documents to be served only on the parties to the proceedings [...]. It is clear, therefore, that neither the Statute of the Court of Justice nor the above Rules of Procedure provide for any third-party right of access to pleadings submitted to the Court in court proceedings*"⁸.

In the light of the above, the Commission takes the view that, as far as court proceedings are concerned, the scope of Regulation 1049/2001 is limited to the institution's own submissions, whereas submissions lodged by the other parties as well as the documents originating from the Court of Justice of the European Union do not fall within its scope. Otherwise, the purpose of both Article 15 TFUE and the Rules of Procedure of the Court of Justice would be undermined.

Consequently, I regret to inform you that the submissions lodged by the applicant and the documents originating from the CST and the General Court in Cases F-121/04, T-197/11P and T-198/11P cannot be made available to you.

7. MEANS OF REDRESS

Should you wish the position regarding the refused information to be reconsidered, you should present in writing, within fifteen working days from receipt of this letter, a confirmatory application to the Commission's Secretary-General at the address below.

The Secretary-General will inform you of the result of such review within 15 working days from the date of registration of your request. You will either be given access to the refused parts or your request will be rejected, in which case you will be informed of what further action is open to you.

All correspondence should be sent to the following address:

The Secretary General
European Commission
B-1049 BRUSSELS
Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu

Yours sincerely,



Luis ROMERO REQUENA

Enclosures: 16 documents

⁷ OJ C 115, 09.05.2008, page 215.

⁸ Judgment of the Court of 21 September 2010 in Joined Cases C-514/07P, C-528/07P and C-532/07P Sweden v API and Commission (paragraphs 98 and 99) published in the European Court reports 2010 Page I-08533.

ROBERTZ Michele (SJ)

From: ROBERTZ Michele (SJ)
Sent: vendredi 16 novembre 2007 12:01
To: ADMIN MAIL B2
Subject: F-121/07 STRACK c/Commission

Importance: High

Attachments: Strack F121-07.pdf

Réf. JUR(07)46066

Vous trouverez en annexe la requête en objet. Je vous saurais gré de bien vouloir nous faire parvenir vos commentaires éventuels, ainsi que le dossier de la réclamation, dans les meilleurs délais.



Strack F121-07.pdf
(10 MB)

Merci d'avance de votre bonne collaboration.

*Michèle Robertz
Secrétariat J. CURRALL
Equipe PERSONNEL - Service juridique*

*Tel. 02/295.36.84
Fax 02/296.18.46
e-mail : michele.robertz@ec.europa.eu*



COMMISSION EUROPÉENNE
DIRECTION GÉNÉRALE
PERSONNEL ET ADMINISTRATION
Direction B - Statut: politique, gestion et conseil
Recours

Bruxelles, le 21 novembre 2007
ADMIN.B.2/D(07)OG/jmt - Recart90-
244/07/28

LETT(07)45021

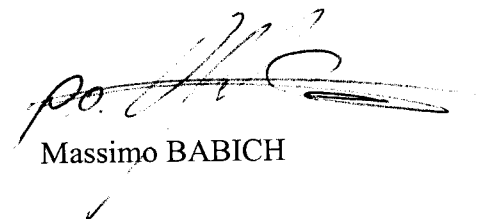
NOTE A L'ATTENTION DE M. JULIAN CURRALL
CONSEILLER JURIDIQUE, SERVICE JURIDIQUE

Objet : Affaires F-120/07 et F-121/07, M. Guido STRACK

Réf. : Vos envois électroniques n° JUR(07)46065 et JUR(07)46066
du 16 novembre 2007

Suite à votre note citée en référence, je n'ai pas d'observations à ajouter par rapport à celles développées dans les décisions de l'AIPN en réponse aux réclamations R/244/07 et R/561/05.

Par ailleurs, je vous saurais gré de me faire parvenir un projet de mémoire afin de pouvoir y apporter nos commentaires éventuels.



Massimo BABICH

Annexe : Dossiers des réclamations n° R/244/07 et R/561/05 (dossier rouge)
Dossier no D/598/06 (dossier bleu)



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den **03. 12. 2007**

VOLLMACHT

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat gemäß Artikel 19 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften

Julian CURRALL
und
Barbara EGGERS

beauftragt, sie in dem Verfahren Nr. **F-121/07**

Guido Strack

gegen

Kommission der Europäischen Gemeinschaften

zu vertreten.

Für die Kommission ,

Michel PETITE
Generaldirektor
des Juristischen Dienstes



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 29.5.2008
JURM(2008) 9107BE/me

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN UND DIE DAMEN UND HERREN
MITGLIEDER DES GERICHTS FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST
DER EUROPÄISCHEN UNION**

SCHRIFTSATZ

**gemäß Artikel 76 und 78 der Verfahrensordnung des Gerichts für den öffentlichen
Dienst der europäischen Union (Antrag auf Vorabentscheidung des Gerichts über
die Unzulässigkeit der Klage und Antrag auf Entscheidung des Gerichts über seine
offensichtliche Unzuständigkeit hinsichtlich eines Klageantrags)**

in der Rechtssache F-121/07

Herr Guido STRACK, wohnhaft in Köln (Deutschland), vertreten durch Rechtsanwalt
Heinrich Tettenborn, Augsburg (Deutschland)

- Kläger-

gegen

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vertreten durch Herrn Julian
CURRALL, Berater im Juristischen Dienst und Frau Dr. Barbara Eggers, Mitglied des
Juristischen Dienstes der Kommission; Zustellungsanschrift: Antonio Aresu, Berater im
Juristischen Dienst der Kommission, Bâtiment Bech, 5 rue A. Weicker, L-2725
Luxembourg,

- Beklagte-

wegen

Commission européenne, B-1049 Bruxelles / Europese Commissie, B-1049 Brussel - Belgien. Telefon: (32-2) 299 11 11.
Büro: Berl-2/16. Telefon: Durchwahl (32-2) 2991794. Telefax: (32-2) 2961846.

E-mail: Barbara.Eggers@ec.europa.eu

einer Klage auf Zugang zu allen über den Kläger verfügbaren Dokumenten sowie Schadensersatz.

Die Beklagte begründet ihre Einrede der Unzulässigkeit und den Antrag auf Entscheidung über die offensichtliche Unzuständigkeit des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union wie folgt:

I. RECHTLICHER RAHMEN

1. Artikel 230 EGV sieht vor:

*Artikel 230 *(früher Artikel 173)*

Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit der gemeinsamen Handlungen des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Handlungen des Rates, der Kommission und der EZB, soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt, und der Handlungen des Europäischen Parlaments mit Rechtswirkung gegenüber Dritten.

Zu diesem Zweck ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt.

Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen des Rechnungshofs und der EZB, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen.

Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen sind, sie unmittelbar und individuell betreffen.

Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe der betreffenden Handlung, ihrer Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von dieser Handlung Kenntnis erlangt hat.

2. Gemäß Artikel 225 EGV ist das Gericht erster Instanz "für Entscheidungen im ersten Rechtszug über die in den Artikeln 230, 232, 235, 236 und 238 genannten

Klagen zuständig mit Ausnahme derjenigen Klagen, die einer gerichtlichen Kammer übertragen werden, und der Klagen, die gemäß der Satzung dem Gerichtshof vorbehalten sind".

3. Artikel 236 EGV bestimmt:

Artikel 236 (früher Artikel 179)

Der Gerichtshof ist für alle Streitsachen zwischen der Gemeinschaft und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben.

4. Artikel 1 des Anhangs der Satzung des Europäischen Gerichtshofs enthält folgende Kompetenzregelung für das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (im Folgenden: "GÖD").

Artikel 1

Das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union, nachstehend 'Gericht für den öffentlichen Dienst' genannt, ist im ersten Rechtszug für Streitsachen zwischen den Gemeinschaften und deren Bediensteten gemäß Artikel 236 EG-Vertrag und Artikel 152 EAG Vertrag zuständig, einschließlich der Streitsachen zwischen den Einrichtungen sowie Ämtern und Agenturen und deren Bediensteten, für die der Gerichtshof zuständig ist.

5. Artikel 26 des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden: "Statut") bestimmt:

Artikel 26

Die Personalakte des Beamten enthält:

a) sämtliche sein Dienstverhältnis betreffenden Schriftstücke sowie jede Beurteilung seiner Befähigung, Leistung und Führung;

b) die Stellungnahmen des Beamten zu den Vorgängen nach Buchstabe a).

Alle Schriftstücke sind in ein Verzeichnis aufzunehmen, fortlaufend zu nummerieren und lückenlos einzuordnen; das Organ darf Schriftstücke nach Buchstabe a) dem Beamten nur dann entgegenhalten oder gegen ihn verwerten, wenn sie ihm vor Aufnahme in die Personalakte mitgeteilt worden sind.

Die Mitteilung aller Schriftstücke wird durch die Unterschrift des Beamten nachgewiesen oder andernfalls durch Einschreibebrief an die letzte von dem Beamten mitgeteilte Anschrift bewirkt.

Die Personalakte darf keinerlei Angaben über die politischen, gewerkschaftlichen, weltanschaulichen oder religiösen Aktivitäten und Überzeugungen bzw. über die Rasse, den ethnischen Ursprung oder die sexuelle Ausrichtung des Beamten enthalten.

Absatz 4 untersagt indessen nicht, dass dem Beamten bekannte Verwaltungsakte und Unterlagen, die zur Anwendung des Statuts erforderlich sind, in die Personalakte aufgenommen werden.

Für jeden Beamten darf nur eine Personalakte geführt werden. Der Beamte hat auch nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst das Recht, seine vollständige Personalakte einzusehen und gegebenenfalls eine Kopie davon anzufertigen. Die Personalakte ist vertraulich zu behandeln und darf nur in den Diensträumen der Verwaltung oder auf einem gesicherten Datenträger eingesehen werden.

Ist jedoch ein den Beamten betreffender Rechtsstreit anhängig, so wird die Personalakte dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt.

6. Artikel 26a des Statuts sieht vor:

Artikel 26a

Jeder Beamte hat das Recht, seine medizinische Akte gemäß den von den Organen festgelegten Modalitäten einzusehen.

7. Artikel 6 der Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30 Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlamentes, des Rates und der Kommission¹ sieht vor:

Artikel 6

Anträge

¹ Amtsbl. L 145 du 31.5.2001, p. 43.

(1) Anträge auf Zugang zu einem Dokument sind in schriftlicher, einschließlich elektronischer, Form in einer der in Artikel 314 des EG-Vertrags aufgeführten Sprachen zu stellen und müssen so präzise formuliert sein, dass das Organ das betreffende Dokument ermitteln kann. Der Antragsteller ist nicht verpflichtet, Gründe für seinen Antrag anzugeben.

(2) Ist ein Antrag nicht hinreichend präzise, fordert das Organ den Antragsteller auf, den Antrag zu präzisieren, und leistet ihm dabei Hilfe, beispielsweise durch Informationen über die Nutzung der öffentlichen Dokumentenregister.

(3) Betrifft ein Antrag ein sehr umfangreiches Dokument oder eine sehr große Zahl von Dokumenten, so kann sich das Organ mit dem Antragsteller informell beraten, um eine angemessene Lösung zu finden.

(4) Die Organe informieren die Bürger darüber, wie und wo Anträge auf Zugang zu Dokumenten gestellt werden können, und leisten ihnen dabei Hilfe.

Artikel 7

Behandlung von Erstanträgen

(1) Ein Antrag auf Zugang zu einem Dokument wird unverzüglich bearbeitet. Dem Antragsteller wird eine Empfangsbescheinigung zugesandt. Binnen fünfzehn Arbeitstagen nach Registrierung des Antrags gewährt das Organ entweder Zugang zu dem angeforderten Dokument und macht es innerhalb dieses Zeitraums gemäß Artikel 10 zugänglich oder informiert den Antragsteller schriftlich über die Gründe für die vollständige oder teilweise Ablehnung und über dessen Recht, gemäß Absatz 2 dieses Artikels einen Zweitantrag zu stellen.

(2) Im Fall einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung kann der Antragsteller binnen fünfzehn Arbeitstagen nach Eingang des Antwortschreibens des Organs einen Zweitantrag an das Organ richten und es um eine Überprüfung seines Standpunkts ersuchen.

(3) In Ausnahmefällen, beispielsweise bei einem Antrag auf Zugang zu einem sehr umfangreichen Dokument oder zu einer sehr großen Zahl von Dokumenten, kann die in Absatz 1 vorgesehene Frist um fünfzehn Arbeitstage verlängert werden, sofern der Antragsteller vorab informiert wird und eine ausführliche Begründung erhält.

(4) Antwortet das Organ nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, so hat der Antragsteller das Recht, einen Zweitantrag einzureichen.

Artikel 8

Behandlung von Zweitanträgen

(1) Ein Zweitantrag ist unverzüglich zu bearbeiten. Binnen fünfzehn Arbeitstagen nach Registrierung eines solchen Antrags gewährt das Organ entweder Zugang zu dem angeforderten Dokument und macht es innerhalb dieses Zeitraums gemäß Artikel 10 zugänglich oder teilt schriftlich die Gründe für die vollständige oder teilweise Ablehnung mit. Verweigert das Organ den Zugang vollständig oder teilweise, so unterrichtet es den Antragsteller über mögliche Rechtsbehelfe, das heißt, Erhebung einer Klage gegen das Organ und/oder Einlegen einer Beschwerde beim Bürgerbeauftragten nach Maßgabe der Artikel 230 bzw. 195 des EG-Vertrags.

(2) In Ausnahmefällen, beispielsweise bei einem Antrag auf Zugang zu einem sehr umfangreichen Dokument oder zu einer sehr großen Zahl von Dokumenten, kann die in Absatz 1 vorgesehene Frist um fünfzehn Arbeitstage verlängert werden, sofern der Antragsteller vorab informiert wird und eine ausführliche Begründung erhält.

(3) Antwortet das Organ nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, gilt dies als abschlägiger Bescheid und berechtigt den Antragsteller, nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des EG-Vertrags Klage gegen das Organ zu erheben und/oder Beschwerde beim Bürgerbeauftragten einzulegen. (Hervorhebung durch die Beklagte)

II. SACHVERHALT UND VERFAHREN

8. Die Sachverhaltsdarstellungen des Klägers bedürfen der Richtigstellung beziehungsweise der Ergänzung.
9. Da die Klage offensichtlich unzulässig bzw. das GÖD unzuständig ist, bedarf es vorliegend keiner detaillierten Auseinandersetzung mit der gesamten Sachverhaltsdarstellung des Klägers.
10. Die Kommission fasst daher nur die für die Entscheidung über die Unzulässigkeits-/Unzuständigkeitseinrede erheblichen Fakten kurz zusammen und bestreitet vorsorglich die darüber hinausgehende Tatsachendarstellung des Klägers.
11. Mit Schreiben vom 22. 12.2006 an Kommissionspräsident Barroso, das PMO und GD ADMIN (Anlage A.7) beantragte der Kläger unter anderem:

"4. wiederholt und unter allen rechtlichen Gesichtspunkten sofortigen und umfassenden Zugang zu allen bei der Kommission

über mich verfügbaren Daten und Dokumenten, insbesondere jener im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren."

12. Die Phrase "o.g. Verfahren" ist unklar, kann sich aber nur auf das Schreiben des PMO vom 8.11.2006 (Bescheid über die Anerkennung der berufsbedingten Verschlimmerung eines Zustandes im Rahmen eines Anerkennungsverfahrens nach Artikel 73 des Statuts, Übermittlung des Gutachtens von [REDACTED] an den behandelnden Arzt **Anlage B.1**), oder das Schreiben des Klägers an Präsident Barroso vom 21.11.2006 (Vorschläge einer Mediation zur Beendigung aller Konflikte **Anlage B.2**) beziehen.
13. Dem Schreiben vom 22. 12. 2006 ist keine weitere Präzisierung seines Antrags zu entnehmen.
14. Dementsprechend antwortete die Anstellungsbehörde mit Schreiben vom 12.1.07 (Anlage A.10), dass der Kläger, insoweit er, Zugang zu Dokumenten hinsichtlich des Verfahrens nach Artikel 73 begehrt, er sich an das PMO wenden sollte. Sofern er allgemein Akteneinsicht verlangte, wurde er gebeten zu präzisieren, zu welchen Dokumenten er Zugang haben möchte.
15. Zugang zu seiner medizinischen Akte inklusive der zum Verfahren nach Artikel 73 des Statuts wurde dem Kläger bereits am 10.2.2006 gewährt. Wie ihm zuvor mitgeteilt worden war (Anlage A.2, S. 22), enthielt diese Akte noch nicht den abschließenden Bericht von [REDACTED]. Dementsprechend wurde ihm auch kein Zugang zu eventuellen Vorberichten gewährt.
16. Der Kläger hatte den Abschlussbericht von [REDACTED] mit Schreiben vom 8.11.2006 erhalten.
17. Der Kläger hat sich nach der Antwort der Anstellungsbehörde vom 12.1.2007 (wonach das PMO zuständig ist) nicht wieder an das PMO mit der Bitte um Einsicht in seine medizinische Akte gewandt. Der Kläger weiß aus seiner ersten Akteneinsicht in seine medizinische Akte, dass er sich hierzu schriftlich oder mündlich an das PMO zwecks Terminvereinbarung wenden sollte.
18. Die Kommission bestreitet die Behauptung des Klägers, dass sich aus dem Schreiben des PMO vom Schreiben vom 26.2.2007 eine stillschweigende Ablehnung seines Antrags auf Zugang zu seinem Dossier ergibt. Das in Anlage

A.11 enthaltene Schreiben bezieht sich ausschließlich auf einen Antrag auf Schadensersatz vom 16. Oktober 2006.

19. Der Kläger hatte und hat jederzeit Zugang zu seiner Personalakte (zuletzt nach dem 25.11.2005) und seiner medizinischen Akte im Rahmen der Artikel 26 und 26a des Statuts, diesen aber nicht mehr bei den zuständigen Stellen beantragt.
20. Die Beklagte hat dem Kläger die Situation in informellen e-mails wieder und wieder erklärt. Nach Erhalt des Schreibens vom 20.7.2007 wandte sich der Kläger erneut mit Bitten um weitere Erläuterungen an die Beklagte. Mit e-mail vom 25. Juli 2007 (**Anlage B. 3**) stellte die Anstellungsbehörde klar, dass er sich zur Einsichtnahme in seine Krankenakte an das PMO zu wenden habe. Mit e-mail vom 3. September 2007 bestätigte der Kläger, dass sein Antrag auf Zugang zu den Dokumenten in der Krankenakte "obsolet geworden" sei (**Anlage B.4**). auch in der Sache akzeptiert, dass er vollen Zugang zur seiner medizinischen Akte im Verfahren nach Artikel 73 erhalten hatte.
21. Mit Schreiben vom 9. April 2007 legte der Kläger gegen das Schreiben der Anstellungsbehörde vom 13.2.2007, die dem Kläger am 11. Juni 2007 bekanntgemacht worden war, Beschwerde ein (**Anlage B.5**)
22. Die Anstellungsbehörde nahm in ihrem Bescheid vom 20.7.2007 (Anlage A.12) zu diesem Punkt wie folgt Stellung:

Die Anstellungsbehörde hat Herrn Strack wiederholt und umfassend über sein Recht zur Akteneinsicht informiert. Umfassende Informationen hierzu enthält auch die folgende Internetseite:

http://ec.europa.eu/transparency/access_documents/index_de.htm.

Die Anstellungsbehörde verweist den Beschwerdeführer daher auf den bereits hierzu mit ihm geführten Schriftverkehr und auf das hinsichtlich der Akteneinsicht vorgesehene Verfahren.

23. Der Kläger hatte mit einer Reihe von Anträgen auf Dokumentenzugang im Jahre 2006 und 2007 von seinen Rechte aus der Verordnung 1049/2001 Gebrauch gemacht (**Anlage B.6**) und damit selber anerkannt, dass für Dokumente, die nicht in der Personalakte und der medizinischen Akte enthalten sind, das Verfahren nach der Verordnung 1049/2001 zu beschreiten ist. Diese Anträge sind im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften alle ordnungsgemäß beschieden worden.

24. Mit Klageschrift, die bei der Kanzlei des Gerichts am 22. Oktober 2007 eingegangen ist, hat der Kläger die vorliegende Klage erhoben.

25. Er beantragt:

- 1) Die Entscheidungen der Europäischen Kommission vom 12. Januar 2007, 26. Februar 2007 und 20. Juli 2007 insoweit aufzuheben, als darin dem Kläger der sofortige und umfassende Zugang zu allen bei der Beklagten über ihn verfügbaren Daten und Dokumenten verweigert wurde; dies umfasst zum aktuellen Zeitpunkt und in der aktuellen Fassung, die Übermittlung von vollständigen, vorzugsweise elektronischen, Kopien und hilfsweise die vollständige Einsichtnahme mit der Möglichkeit zur Anfertigung von Abschriften und Notizen in:
 - seine ordnungsgemäße Personalakte, die den Anforderungen von Artikel 26 des Statuts entspricht, und sämtliche dazu geführten – auch elektronischen (wie Sysper 2) Paralleldossiers;
 - sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit den verfahren und Entscheidungen über seine Beurteilung und Beförderungen seit 1.1.2002;
 - die OLAF Akten zum Verfahren OF/2002/0356
 - die Akte im Verfahren zur Behandlung seines Antrags vom 7.3.2005;
 - den Bericht von IDOC in jenem Verfahren, die jenem zugrunde liegende IDOC-Akte und sämtliche weiter bei IDOC vorliegenden Unterlagen, die den Beschwerdeführer betreffen oder bezeichnen;
 - seine medizinische Akte, wobei die Kommission auch deren Lesbarkeit sicherzustellen hat;
 - sämtliche weitere über ihn vorliegenden medizinischen Unterlagen, Gutachten und ähnliches; sowie
 - sämtliche weitere mit den in dieser Klage geschilderten Umständen und/oder Einzelverfahren, also auch den Beschwerdeverfahrens beim Ombudsmann und dem EDPS, in Zusammenhang stehenden Akten, Unterlagen und Schriftwechsel, die bei der Kommission vorliegen.
- 2) Die Europäische Kommission zu verurteilen, an den Kläger eine Schadensersatzzahlung in angemessener Höhe, mindestens jedoch 10.000 EURO, für den, durch die auf die vorstehenden Anträge hin aufzuhebenden Entscheidungen bei ihm entstandenen, moralischen, immateriellen und gesundheitlichen Schaden zu leisten, zuzüglich Verzugszinsen in Höhe von 2%-Punkten pro Jahr über dem für den betreffenden Zeitraum für Hauptrefinanzierungsgeschäfte durch die Europäische Zentralbank festgesetzten Zinssatz ab dem Zeitpunkt der Klageerhebung zu zahlen;
- 3) die Kosten des Verfahrens der Europäischen Kommission aufzuerlegen.

26. Die Klage wurde der Kommission am 15. November 2007 zugestellt. Mit Schreiben vom 16. November 2007 wurde eine Güteverhandlung für den 4. Dezember 2007 anberaumt. Im Rahmen dieser Güteverhandlung wurde auch diese Klage ausführlich erörtert. Der Kläger nahm die vorliegende Klage zunächst zurück, sagte aber trotz monatelangen Verhandlungen mit Schreiben vom 5. März 2008 einen weiteren Güte Termin am 6. März 2008 kurzfristig ab und erklärte sich hiernach nicht mehr zur Fortführung der Güteverhandlungen bereit.
27. Während der Dauer der Güteverhandlungen gewährte das GÖD sukzessive eine Reihe von Fristverlängerungen mit Schreiben vom 6.12.2007, 21.1.2008 und 11.3.2008, aus denen schlussendlich die Frist vom 30. Mai 2008 resultierte.

III. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

28. Die vorliegende Einrede gemäß Artikel 76 und 78 der Verfahrensordnung dieses Gerichts sind innerhalb der hierfür gesetzten Fristen erhoben. Wie in Rn. 26 beschrieben, wurde die Frist für die Klagebeantwortung mehrfach verlängert. Eine Fristverlängerung für die Klagebeantwortung schließt nicht aus, dass die Beklagte innerhalb dieser Frist eine Einrede der offensichtlichen Unzulässigkeit erhebt². Dies gilt in jedem Fall, wenn wie in diesem Fall bereits deutlich vor Ablauf der Fristen für die Einrede der Unzulässigkeit ein Güteversuch angeregt wird und im Hinblick darauf eine Fristverlängerung gewährt wird.
29. Der Kläger begehrt die Aufhebung einer angeblichen Entscheidung der Kommission, worin ihm der sofortige und umfassende Zugang zu allen bei der Beklagten über ihn verfügbaren Dokumenten angeblich verweigert wurde und beruft sich einerseits auf die Artikel 25 Absatz 2, Satz 2, 26 Absatz 7 und 26a des Statuts die Fürsorgepflicht, das Prinzip der guten Verwaltung und das Verbot des Ermessensmissbrauchs, und andererseits auf Artikel 255 und die Verordnung 1049/2001.

² Beschluss des Gerichts Erster Instanz vom 10. Juli 2002, *Comitato organizzatore del convegno internazionale "Effetti degli inquinamenti atmosferici sul clima e sulla vegetazione/Commission*, T-387/00, Slg. 2002 Seite II-03031, Rn. 33-35.

30. Auch für Bedienstete der Kommission ist die Verordnung 1049/2001 Anspruchsgrundlage für den Zugang zu Dokumenten der Kommission, sofern nicht das Statut ein spezifisches Zugangsrecht garantiert.³ Der Kläger spricht vorliegend Artikel 26 des Statuts (Personalakte) und Artikel 26a des Statuts (medizinische Akte) an. Beide Normen enthalten ein spezifisches Zugangsrecht, welches daher der Verordnung 1049/2001 vorgeht. Die allgemeine Fürsorgepflicht, das Prinzip der guten Verwaltung und das Verbot des Ermessensmissbrauchs stellen keine spezifischen Anspruchsgrundlagen auf Zugang zu Dokumenten dar. Für alle Dokumente, außer denen, die in der Personalakte und in der medizinischen Akte enthalten sind, muss der Kläger daher einen Antrag gemäß der Verordnung 1049/2001 stellen. Dies hat der Kläger bereits durch eine Fülle von Anträgen auf Zugang nach der Verordnung 1049/2001 anerkannt, die im Rahmen der bestehenden Vorschriften auch sämtlich ordnungsgemäß beantwortet wurden (siehe Rn. 23 oben).
31. Die vorliegende Klage ist daher je nach der anwendbaren Norm getrennt zu beurteilen. Die Kommission wird im Folgenden zunächst zu seinem Antrag Stellung beziehen, sofern eine Verletzung seiner Rechte aus Artikeln 26 und 26a des Statuts geltend macht (Abschnitt 1). Sodann wird die Kommission auf eine angebliche Verletzung seiner Rechte aus der Verordnung 1049/2001 eingehen (Abschnitt 2).

1. Offensichtliche Unzulässigkeit der Klage auf Zugang zur Personalakte und der medizinischen Akte

32. Die Klage ist insofern offensichtlich unzulässig, als der Kläger Zugang zu seiner Personalakte und seiner medizinischen Akte gemäß Artikeln 26 und 26a des Statuts begehrt.
33. Die Klage ist bereits gemäß Artikel 91 Abs. 2 des Statuts unzulässig, weil keine den Kläger beschwerende Entscheidung im Sinne von Artikel 90 Abs. 1 des Statuts sowie keine Beschwerdeentscheidung gemäß Artikel 90 Abs. 2 des Statuts vorliegt.

³ Dies ergibt sich aus dem Normzusammenhang und liegt auch dem Urteil des Gerichts erster Instanz vom 12. Juli 2007, *Franchet und Byk /Kommission*, T-391/03 und T-70/04, Slg 2006 Seite II-2023, Rn. 48 zugrunde.

34. Wie sich aus der Antwort der Anstellungsbehörde vom 12.1.2007 ergibt, wurde sein Antrag sofern er sich auf Zugang zu seiner medizinischen Akte bezog, nicht abschlägig beschieden. Er wurde vielmehr daran erinnert, dass er sich hinsichtlich seiner medizinischen Akte an das PMO zu wenden habe. Da er bereits einmal Zugang zu seiner medizinischen Akte hatte, konnte die Anstellungsbehörde davon ausgehen, dass er wusste, mit welchen Dienststellen vom PMO er sich in Verbindung zu setzen hatte. Der Kläger hatte nicht gesondert nach seiner Personalakte gefragt. Die Kommission konnte aber davon ausgehen, dass er als ehemaliger Bediensteter, der auch nach seiner Versetzung in den Ruhestand Zugang zu seiner Personalakte hatte, die Verfahren kennt.
35. Hinsichtlich des Antrags des Klägers auf Zugang zu einer vollkommen undefinierten Fülle anderer potentieller Dokumente ("*zu allen bei der Kommission über mich verfügbaren Daten und Dokumenten*"), hatte die Anstellungsbehörde ihn darauf verwiesen, dass er hierzu das Verfahren nach der Verordnung 1049/2001 einhalten muss, und insbesondere die Dokumente hinreichend präzisieren muss. Sie hat auch insofern keine abschlägige Entscheidung (weder nach der Verordnung 1049/2001 noch nach Artikel 90 Abs. 1 des Statuts getroffen). Unabhängig von der Anwendbarkeit der Verordnung 1049/2001 im vorliegenden Falle ist auch der Gegenstand eines Antrag nach Artikel 90 Abs. 1 des Statuts hinreichend genau anzugeben, damit die angerufene Behörde in Kenntnis der Sache darüber befinden kann.⁴ Da der Antrag des Klägers offensichtlich nicht diese Voraussetzungen erfüllte und daher mit der Kommission durch einen Verweis auf die zuständige Stelle (PMO) und eine Bitte um Präzisierung und Aufklärung über das Verfahren beantwortet wurde, lag kein abschlägiger Bescheid vor, der in qualifizierter Weise die Rechte des Klägers beeinträchtigt hat und gegen den der Kläger hätte Beschwerde einlegen können.
36. Die Beklagte hat in ihrer Entscheidung vom 20.7.2007 zu seiner Sammelbeschwerde auch klargemacht, dass sie zu diesem Punkt keine Beschwerdeentscheidung trifft, sondern vielmehr auf seine allgemeinen Rechte zum Zugang zu Information nach der Verordnung 1049/2001 verwiesen.

⁴ Urteil des Gerichtshofs vom 12 März 1975, *Küster / Parlament*, Rs. 23/74, Slg. 1975, S.353, Rn. 11.

37. Der Kläger kann weder aus der Fürsorgepflicht noch aus dem Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung eine Verpflichtung der Anstellungsbehörde herleiten, einen derartig allgemeinen und unpräzisen Antrag des Klägers zu bearbeiten. Die Fürsorgepflicht entbindet den Kläger nicht von seiner obengenannten Pflicht, einen Antrag gemäß Artikel 90 Abs. 1 des Statuts hinreichend zu präzisieren. Es würde auch gegen den Grundsatz der guten Verwaltung, das Verhältnismässigkeitsprinzip und das dienstliche Interesse verstoßen, wenn Kommissionsbeamte gezwungen wären, ihre knappen Ressourcen auf die Bearbeitung dergestalter Anträge zu verwenden.
38. Damit liegt weder eine beschwerende Verfügung gemäß Artikel 90 Abs. 1 des Statuts in Gestalt einer Ablehnung eines Antrags gemäß Artikel 90 Abs.1, noch eine hiergegen gerichtete Beschwerde gem. Artikel 90 Abs. 2 vor. Die Klage ist damit gemäß Artikel 91 Abs. 2 des Statuts als unzulässig abzuweisen.
39. Aus allen diesen Gründen ist die Klage insofern als offensichtlich unzulässig abzuweisen, als der Kläger Zugang zu seiner Personalakte und seiner medizinischen Akte beantragt.

2. Offensichtliche Unzuständigkeit des TFP zur Entscheidung über den Zugang zu allen anderen Dokumenten aufgrund der Verordnung 1049/2001

40. Soweit der Kläger sich auf die Verordnung 1049/2001 beruft, beantragt die Kommission, dass sich das TFP gemäß Artikel 76 seiner Verfahrensordnung für unzuständig erklärt und begründet ihren Antrag wie folgt:
41. Aus Artikel 8, Absatz 3 der Verordnung 1049/2001 ergibt sich, dass der Kläger *nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des EG-Vertrags Klage gegen das Organ zu erheben hat*. Der EG-Vertrag unterscheidet in Artikel 230 und Artikel 236 zwischen Klagen, die sich aus der Anwendung des allgemeinen Gemeinschaftsrechts ergeben, wie zum Beispiel der Zugang zu Dokumenten nach der Verordnung 1049/2001 und zwischen Rechtsstreitigkeiten zwischen den Bediensteten der Kommission in den Grenzen des Statuts. Das Statut sieht lediglich eine spezielle Anspruchsgrundlage von Bediensteten auf Zugang zu ihrer Personalakte und ihre medizinischen Akte vor.
42. Hinsichtlich von Anträgen, die Dokumente anderer Art betreffen, wie zum Beispiel der Dokumente aus der OLAF-Untersuchung OF/2002/0356, die weder Teil seiner

Personalakte noch Teil seiner medizinischen Akte sind, hat der Kläger, den Zugang gemäß der Verordnung 1049/2001 zu beantragen und die hierfür vorgesehenen Verfahren einzuhalten. Dies hat der Kläger mit Antrag vom 19. Januar 2008 (**Anlage B.6**) auch getan.

43. Eine Verweisung der Klage, insoweit die Verordnung 1049/2001 als Rechtsgrundlage angeführt wird, an das Gericht erster Instanz ist auch deshalb notwendig um die Einheitlichkeit der Rechtsprechung z.B. an die Anforderungen an einen Antrag (Präzision), an den Zweit Antrag sowie zur Ablehnung missbräuchlich gestellter Anträge und wiederholter Anträge sicherzustellen.
44. Sollte das GÖD sich für zuständig erachten, trägt die Kommission hinsichtlich dieses Klagegrundes zur Zulässigkeit vor, dass der Kläger nicht das in der Verordnung 1049/2001 vorgesehene Verfahren eingehalten hat und es keine gegen ihn gerichtete Entscheidung gab, die Rechtswirkungen hätte erzeugen und die Interessen des Klägers beeinträchtigen können. Insbesondere lag kein präziser Erstantrag gemäß Artikel 6 der Verordnung 1049/2001 und kein ordnungsgemäßer Zweit Antrag an die Generalsekretärin der Kommission gemäß Artikel 8 der Verordnung 1049/2001 vor. Die Antworten der Anstellungsbehörde beschränkten sich auf Verweise auf seine Rechte aus der Verordnung 1049/2001 und eine Bitte um Präzisierung. Nach Rechtsprechung des Gerichts erster Instanz wäre eine gegen diese Akte gerichtete Klage offensichtlich unzulässig.⁵

3. Offensichtliche Unzulässigkeit des Schadensersatzantrages

45. Die Unzulässigkeit der Schadensersatzklage ergibt sich aus der Unzulässigkeit der Klage wie oben in den Abschnitten 1 und 2 dargelegt.

4. Zu den Kosten

⁵ Urteil des Gerichts erster Instanz vom 6. Juli 2006, *Evropaiki Dynamiki - Proigmena Systimata Tilepikoinonion Pliroforikis kai Tilematikis AE /Kommission*, T-250/05 noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Rn. 114. Urteil des Gerichts erster Instanz vom 12. Juli 2007, *Franchet und Byk /Kommission*, T-391/03 und T-70/04, Slg 2006 Seite II-2023, Rn. 48.

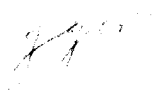
46. Gemäß Art. 122 der Verfahrensordnung dieses Gerichts ist Art. 88 der Verfahrensordnung des Gerichts Erster Instanz für Klagen, die vor dem 1. November 2007 eingereicht wurden weiterhin anwendbar. Die Kommission beantragt ausnahmsweise, dass der Kläger die Kosten für dieses Verfahren gemäß Artikel 87 § 3 Abs. 2 der Verfahrensordnung des Gerichts erster Instanz trägt, da er diese Klage ohne einen angemessenen Grund eingereicht hat. Insbesondere hatte er es offensichtlich versäumt, einen ordnungsgemäßen Antrag zu stellen. Er wurde zwischenzeitlich immer wieder über seine Rechte belehrt und hat hiervon seither auch umfassend Gebrauch gemacht.

IV. Anträge

47. Aus den genannten Gründen beantragt die Kommission, das Gericht möge:
1. die Klage als offensichtlich unzulässig abweisen, sofern sie den Zugang des Klägers zu seiner Personalakte und seiner medizinischen Akte sowie die daraus resultierende Schadensersatzklage betrifft;
 2. sich für unzuständig erklären, sofern die Klage den Zugang zu Dokumenten anderer Art gemäß der Verordnung 1049/2001 und die damit verbundenen Schadensersatzklage betrifft.
 3. dem Kläger die Kosten dieses Verfahrens auferlegen.



Dr. Barbara EGGERS



Julian CURRALL

Prozessbevollmächtigte der Kommission



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 22. 10. 2009

VOLLMACHT

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat gemäß Artikel 19 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften

Julian CURRALL

und

Barbara EGGERS

Beistand : **Me Bertrand WÄGENBAUR**
Kemmler, Rapp & Böhlke
Rond-Point Schuman 9, Bte 9
1040 Bruxelles

beauftragt, sie in dem Verfahren Nr. F-121/07

Guido Strack

gegen

Kommission der Europäischen Gemeinschaften

zu vertreten.

POUR RECEPTION

S. Mailler
26/10/09

Für die Kommission,

Luis ROMERO REQUENA
 Generaldirektor
 des Juristischen Dienstes



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 26. November 2009
JURM(2009)9201 BE/sm

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN UND DIE DAMEN UND HERREN
MITGLIEDER DES GERICHTS FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST DER
EUROPÄISCHEN UNION**

KLAGEBEANTWORTUNG

in der Rechtssache F-121/07

Herr Guido STRACK, wohnhaft in Köln (Deutschland), vertreten durch Rechtsanwalt Heinrich TETTENBORN, Augsburg (Deutschland)

- Kläger -

Gegen

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vertreten durch Herrn Julian CURRALL, Berater im Juristischen Dienst und Frau Dr. Barbara EGGERS, Mitglied des Juristischen Dienstes der Kommission, im Beistand von Rechtsanwalt Bertrand WÄGENBAUR, zugelassen in Hamburg/Brüssel; Zustellungsanschrift: Antonio Aresu, Berater im Juristischen Dienst der Kommission, Batiment Bech, 5 rue A. Weicker, L-2725 Luxemburg, die sich damit einverstanden erklären, dass Zustellungen per Telefax an die Nr. 00 32 2 299 45 69 bzw. elektronischer Post an die Adresse sj-greffe-contentieux@ec.europa.eu erfolgen.

- Beklagte -

wegen einer Klage auf Zugang zu allen bei der Beklagten über den Kläger verfügbaren Dokumenten und Daten sowie auf Schadensersatz.

Die Kommission beehrt sich im Anschluss an die gemäß Art. 76 und 78 der Verfahrensordnung am 29.05.2008 erhobene förmliche Einrede der Unzulässigkeit entsprechend der Aufforderung des Gerichts zu der Frage der Begründetheit der Klage wie folgt Stellung zu nehmen.

I. Rechtlicher Rahmen

1. Um Wiederholungen zu vermeiden erlaubt sich die Beklagte insoweit auf die Rn. 1 bis 7 ihres Schriftsatzes vom 29.05.2008 zu verweisen.

II. Sachverhalt und Verfahren

2. Hierzu verweist die Beklagte auf die Rn. 8 bis 27 ihres Schriftsatzes vom 29.05.2008 und fasst nachfolgend noch einmal die wesentlichen Schritte des Vorverfahrens zusammen:
3. Mit Schreiben vom 16.10.2006 beantragte der Kläger Zahlung von Schadensersatz, weil die Anstellungsbehörde nach seiner Ansicht keine rechtmäßige Entscheidung über seinen Antrag auf Anerkennung einer berufsbedingten Krankheit getroffen habe.
4. Am 22.12.2006 stellte der Kläger gemäß Art. 90 Abs. 1 Beamtenstatut einen Antrag mit dem er in Ziffer 4 folgendes beantragte: *„wiederholt und unter allen rechtlichen Gesichtspunkten sofortigen und umfassenden Zugang zu allen bei der Kommission über mich verfügbaren Daten und Dokumenten, insbesondere jenen im Zusammenhang mit den o.g. Verfahren“* (vgl. Anlage A 7).
5. Hierauf antwortete die zuständige Verwaltung mit Schreiben vom 12.01.2007, (vgl. Anlage A 10).
6. Dementsprechend antwortete die Anstellungsbehörde mit Schreiben vom 12.1.07 (Anlage A. 10), dass der Kläger, insoweit er Zugang zu Dokumenten hinsichtlich des Verfahrens nach Artikel 73 begehrt, er sich an das PMO wenden sollte. Sofern

er allgemein Akteneinsicht verlangte, wurde er gebeten zu präzisieren, zu welchen Dokumenten er Zugang haben möchte.

7. Zugang zu seiner medizinischen Akte inklusive der zum Verfahren nach Artikel 73 des Statuts wurde dem Kläger bereits am 10.2.2006 gewährt. Wie ihm zuvor mitgeteilt worden war (Anlage A. 2. S. 22), enthielt diese Akte noch nicht den abschließenden Bericht von [REDACTED]. Dementsprechend wurde ihm auch kein Zugang zu eventuellen Vorberichten gewährt.
8. Der Kläger hatte den Abschlussbericht von [REDACTED] mit Schreiben vom 8.11.2006 erhalten.
9. Der Kläger hat sich nach der Antwort der Anstellungsbehörde vom 12.1.2007 (wonach das PMO zuständig ist) nicht wieder an das PMO mit der Bitte um Einsicht in seine medizinische Akte gewandt. Der Kläger weiß aus seiner ersten Aktenseinsicht in seine medizinische Akte, dass er sich hierzu schriftlich oder mündlich an das PMO zwecks Terminvereinbarung wenden sollte.
10. Die Kommission bestreitet die Behauptung des Klägers, dass sich aus dem Schreiben des PMO vom Schreiben vom 26.2.2007 eine stillschweigende Ablehnung seines Antrags auf Zugang zu seinem Dossier ergibt. Das in Anlage 8 A. 11 enthaltene Schreiben bezieht sich ausschließlich auf einen Antrag auf Schadensersatz vom 16. Oktober 2006.
11. Der Kläger hatte und hat jederzeit Zugang zu seiner Personalakte (zuletzt nach dem 25.11.2005) und seiner medizinischen Akte im Rahmen der Artikel 26 und 26a des Statuts, diesen aber nicht mehr bei den zuständigen Stellen beantragt.
12. Die Beklagte hat dem Kläger die Situation in informellen e-mails wieder und wieder erklärt. Nach Erhalt des Schreibens vom 20.7.2007 wandte sich der Kläger erneut mit Bitten um weitere Erläuterungen an die Beklagte. Mit e-mail vom 25. Juli 2007 (Anlage B. 3) stellte die Anstellungsbehörde klar, dass er sich zur Einsichtnahme in seine Krankenakte an das PMO zu wenden habe. Mit e-mail vom 3. September 2007 bestätigte der Kläger, dass sein Antrag auf Zugang zu den Dokumenten in der Krankenakte "obsolet geworden" sei (Anlage B. 4) und hat auch in der Sache

akzeptiert, dass er vollen Zugang zur seiner medizinischen Akte im Verfahren nach Artikel 73 erhalten hatte.

13. Mit Schreiben vom 26.02.2007 lehnte das PMO den Antrag auf Schadensersatz vom 16.10.2006 ab (vgl. Anlage A 11)..

14. Am 09.04.2007 erhob der Kläger gemäß Art. 90 Abs. 2 Beamtenstatut eine u.a. gegen die erste und zweite streitige Entscheidung gerichtete Beschwerde (vgl. Anlage B 5).

15. Die Anstellungsbehörde nahm in ihrem Bescheid vom 20.7.2007 (Anlage A. 12) zu diesem Punkt wie folgt Stellung:

„Die Anstellungsbehörde hat Herrn Strack wiederholt und umfassend über sein Recht zur Akteneinsicht informiert. Umfassende Informationen hierzu enthält auch die folgende Internetseite:

http://ec.europa.eu/transparency/access_documents/index_de.htm.

Die Anstellungsbehörde verweist den Beschwerdeführer daher auf den bereits hierzu mit ihm geführten Schriftverkehr und auf das hinsichtlich der Akteneinsicht vorgesehene Verfahren.“

16. Der Kläger hatte mit einer Reihe von Anträgen auf Dokumentenzugang im Jahre 2006 und 2007 von seinen Rechte aus der Verordnung 1049/2001 Gebrauch gemacht (Anlage B.6) und damit selber anerkannt, dass für Dokumente, die nicht in der Personalakte und der medizinischen Akte enthalten sind, das Verfahren nach der Verordnung 1049/2001 zu beschreiten ist. Diese Anträge sind im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften alle ordnungsgemäß beschieden worden.

17. Schließlich bestreitet die Beklagte, dem Kläger einen konkreten Schaden kausal zugefügt zu haben. Der Kläger legt hierfür auch keinerlei Beweise vor. Das vom Kläger vorgelegte Gutachten von [REDACTED] wird ebenfalls bestritten. Dieses Gutachten ist völlig unspezifisch und enthält keinerlei Bezugnahme auf die vorliegend streitgegenständlichen Schreiben, die gerade keine Ablehnung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten darstellen.

III. Unzulässigkeit der Klage

18. Die Beklagte bleibt auch in diesem Stadium bei ihrer Ansicht, dass die Klage offensichtlich unzulässig ist und wiederholt hierzu nachfolgend ihre für fristgerecht erklärte Einrede der Unzulässigkeit:

19. *« Der Kläger begehrt die Aufhebung einer angeblichen Entscheidung der Kommission, worin ihm der sofortige und umfassende Zugang zu allen bei der Beklagten über ihn verfügbaren Dokumenten angeblich verweigert wurde und beruft sich einerseits auf die Artikel 25 Absatz 2, Satz 2, 26 Absatz 7 und 26a des Statuts die Fürsorgepflicht, das Prinzip der guten Verwaltung und das Verbot des Ermessensmissbrauchs, und andererseits auf Artikel 255 und die Verordnung 1049/2001.*

20. *Auch für Bedienstete der Kommission ist die Verordnung 1049/2001 Anspruchsgrundlage für den Zugang zu Dokumenten der Kommission, sofern nicht das Statut ein spezifisches Zugangsrecht garantiert¹. Der Kläger spricht vorliegend Artikel 26 des Statuts (Personalakte) und Artikel 26a des Statuts (medizinische Akte) an. Beide Normen enthalten ein spezifisches Zugangsrecht, welches daher der Verordnung 1049/2001 vorgeht. Die allgemeine Fürsorgepflicht, das Prinzip der guten Verwaltung und das Verbot des Ermessensmissbrauchs stellen keine spezifischen Anspruchsgrundlagen auf Zugang zu Dokumenten dar. Für alle Dokumente, außer denen, die in der Personalakte und in der medizinischen Akte enthalten sind, muss der Kläger daher einen Antrag gemäß der Verordnung 1049/2001 stellen. Dies hat der Kläger bereits durch eine Fülle von Anträgen auf Zugang nach der Verordnung 1049/2001 anerkannt, die im Rahmen der bestehenden Vorschriften auch sämtlich ordnungsgemäß beantwortet wurden (...).*

21. *Die vorliegende Klage ist daher je nach der anwendbaren Norm getrennt zu beurteilen. Die Kommission wird im Folgenden zunächst zu seinem Antrag Stellung beziehen, sofern eine Verletzung seiner Rechte aus Artikeln 26 und 26a des Statuts*

¹ Dies ergibt sich aus dem Normzusammenhang und liegt auch dem Urteil des Gerichts erster Instanz vom 12. Juli 2007, *Franchet und Byk/Kommission*, T-391/03 und T-70/04, Slg 2006 Seite II-2023, Rn. 48 zugrunde.

geltend macht (Abschnitt 1). Sodann wird die Kommission auf eine angebliche Verletzung seiner Rechte aus der Verordnung 1049/2001 eingehen (Abschnitt 2).

1. Offensichtliche Unzulässigkeit der Klage auf Zugang zur Personalakte und der medizinischen Akte

22. Die Klage ist insofern offensichtlich unzulässig, als der Kläger Zugang zu seiner Personalakte und seiner medizinischen Akte gemäß Artikeln 26 und 26a des Statuts begehrt.

23. Die Klage ist bereits gemäß Artikel 91 Abs. 2 des Statuts unzulässig, weil keine den Kläger beschwerende Entscheidung im Sinne von Artikel 90 Abs. 1 des Statuts sowie keine Beschwerdeentscheidung gemäß Artikel 90 Abs. 2 des Statuts vorliegt.

24. Wie sich aus der Antwort der Anstellungsbehörde vom 12.1.2007 ergibt, wurde sein Antrag sofern er sich auf Zugang zu seiner medizinischen Akte bezog, nicht abschlägig beschieden. Er wurde vielmehr daran erinnert, dass er sich hinsichtlich seiner medizinischen Akte an das PMO zu wenden habe. Da er bereits einmal Zugang zu seiner medizinischen Akte hatte, konnte die Anstellungsbehörde davon ausgehen, dass er wusste, mit welchen Dienststellen vom PMO er sich in Verbindung zu setzen hatte. Der Kläger hatte nicht gesondert nach seiner Personalakte gefragt. Die Kommission konnte aber davon ausgehen, dass er als ehemaliger Bediensteter, der auch nach seiner Versetzung in den Ruhestand Zugang zu seiner Personalakte hatte, die Verfahren kennt.

25. Hinsichtlich des Antrags des Klägers auf Zugang zu einer vollkommen undefinierten Fülle anderer potentieller Dokumente ("zu allen bei der Kommission über mich verfügbaren Daten und Dokumenten"), hatte die Anstellungsbehörde ihn darauf verwiesen, dass er hierzu das Verfahren nach der Verordnung 1049/2001 einhalten muss, und insbesondere die Dokumente hinreichend präzisieren muss. Sie hat auch insofern keine abschlägige Entscheidung (weder nach der Verordnung 1049/2001 noch nach Artikel 90 Abs. 1 des Statuts getroffen). Unabhängig von der Anwendbarkeit der Verordnung 1049/2001 im vorliegenden Falle ist auch der Gegenstand eines Antrag nach Artikel 90 Abs. 1 des Statuts hinreichend genau anzugeben, damit die angerufene Behörde in Kenntnis der Sache darüber befinden

kann². Da der Antrag des Klägers offensichtlich nicht diese Voraussetzungen erfüllte und daher mit der Kommission durch einen Verweis auf die zuständige Stelle (PMO) und eine Bitte um Präzisierung und Aufklärung über das Verfahren beantwortet wurde, lag kein abschlägiger Bescheid vor, der in qualifizierter Weise die Rechte des Klägers beeinträchtigt hat und gegen den der Kläger hätte Beschwerde einlegen können.

-
26. Die Beklagte hat in ihrer Entscheidung vom 20.7.2007 zu seiner Sammelbeschwerde auch klargemacht, dass sie zu diesem Punkt keine Beschwerdeentscheidung trifft, sondern vielmehr auf seine allgemeinen Rechte zum Zugang zu Information nach der Verordnung 1049/2001 verwiesen.
-
27. Der Kläger kann weder aus der Fürsorgepflicht noch aus dem Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung eine Verpflichtung der Anstellungsbehörde herleiten, einen derartig allgemeinen und unpräzisen Antrag des Klägers zu bearbeiten. Die Fürsorgepflicht entbindet den Kläger nicht von seiner obengenannten Pflicht, einen Antrag gemäß Artikel 90 Abs. 1 des Statuts hinreichend zu präzisieren. Es würde auch gegen den Grundsatz der guten Verwaltung, das Verhältnismässigkeitsprinzip und das dienstliche Interesse verstoßen, wenn Kommissionsbeamte gezwungen wären, ihre knappen Ressourcen auf die Bearbeitung dergestalter Anträge zu verwenden.
28. Damit liegt weder eine beschwerende Verfügung gemäß Artikel 90 Abs. 1 des Statuts in Gestalt einer Ablehnung eines Antrags gemäß Artikel 90 Abs. 1, noch eine hiergegen gerichtete Beschwerde gem. Artikel 90 Abs. 2 vor. Die Klage ist damit gemäß Artikel 91 Abs. 2 des Statuts als unzulässig abzuweisen.
29. Aus allen diesen Gründen ist die Klage insofern als offensichtlich unzulässig abzuweisen, als der Kläger Zugang zu seiner Personalakte und seiner medizinischen Akte beantragt.

² Urteil des Gerichtshofs vom 12 März 1975, Küster / Parlament, Rs. 23/74, Slg. 1975, S.353, Rn. 11.

2. Offensichtliche Unzuständigkeit des TFP zur Entscheidung über den Zugang zu allen anderen Dokumenten aufgrund der Verordnung 1049/2001

30. Soweit der Kläger sich auf die Verordnung 1049/2001 beruft, beantragt die Kommission, dass sich das TFP gemäß Artikel 76 seiner Verfahrensordnung für unzuständig erklärt und begründet ihren Antrag wie folgt:
31. Aus Artikel 8, Absatz 3 der Verordnung 1049/2001 ergibt sich, dass der Kläger nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des EG-Vertrags Klage gegen das Organ zu erheben hat. Der EG-Vertrag unterscheidet in Artikel 230 und Artikel 236 zwischen Klagen, die sich aus der Anwendung des allgemeinen Gemeinschaftsrechts ergeben, wie zum Beispiel der Zugang zu Dokumenten nach der Verordnung 1049/2001 und zwischen Rechtstreitigkeiten zwischen den Bediensteten der Kommission in den Grenzen des Statuts. Das Statut sieht lediglich eine spezielle Anspruchsgrundlage von Bediensteten auf Zugang zu ihrer Personalakte und ihre medizinischen Akte vor.
32. Hinsichtlich von Anträgen, die Dokumente anderer Art betreffen, wie zum Beispiel der Dokumente aus der OLAF-Untersuchung OF/2002/0356, die weder Teil seiner Personalakte noch Teil seiner medizinischen Akte sind, hat der Kläger, den Zugang gemäß der Verordnung 1049/2001 zu beantragen und die hierfür vorgesehenen Verfahren einzuhalten. Dies hat der Kläger mit Antrag vom 19. Januar 2008 (Anlage B.6) auch getan.
33. Eine Verweisung der Klage, insoweit die Verordnung 1049/2001 als Rechtsgrundlage angeführt wird, an das Gericht erster Instanz ist auch deshalb notwendig um die Einheitlichkeit der Rechtsprechung z.B. an die Anforderungen an einen Antrag (Präzision), an den Zweitantrag sowie zur Ablehnung missbräuchlich gestellter Anträge und wiederholter Anträge sicherzustellen.
34. Sollte das GÖD sich für zuständig erachten, trägt die Kommission hinsichtlich dieses Klagegrundes zur Zulässigkeit vor, dass der Kläger nicht das in der Verordnung 1049/2001 vorgesehene Verfahren eingehalten hat und es keine gegen ihn gerichtete Entscheidung gab, die Rechtswirkungen hätte erzeugen und die Interessen des Klägers beeinträchtigen können. Insbesondere lag kein präziser

Erstantrag gemäß Artikel 6 der Verordnung 1049/2001 und kein ordnungsgemäßer Zweitantrag an die Generalsekretärin der Kommission gemäß Artikel 8 der Verordnung 1049/2001 vor. Die Antworten der Anstellungsbehörde beschränkten sich auf Verweise auf seine Rechte aus der Verordnung 1049/2001 und eine Bitte um Präzisierung. Nach Rechtsprechung des Gerichts erster Instanz wäre eine gegen diese Akte gerichtete Klage offensichtlich unzulässig³.

3. Offensichtliche Unzulässigkeit des Schadensersatzantrages

35. *Die Unzulässigkeit der Schadensersatzklage ergibt sich aus der Unzulässigkeit der Klage wie oben in den Abschnitten 1 und 2 dargelegt.“*

IV. Hilfsweise: Unbegründetheit der Klage

36. Sollte das Gericht entgegen der diesseits vertretenen Ansicht der Meinung sein dass die vorliegende Klage zulässig ist, so wäre sie jedenfalls als unbegründet abzuweisen.

1. Zu dem ersten Klageantrag

37. Hinsichtlich seines ersten Klageantrages trägt der Kläger im Wesentlichen vor, die Beklagte habe ihre Fürsorgepflicht bzw. das Prinzip der guten Verwaltung verletzt und einen Ermessensmissbrauch bzw. Ermessensfehler begangen. Ferner würden die streitigen Entscheidungen gegen Art. 25 Abs. 2 S. 2, Art. 26 Abs. 7 und Art. 26a des Statuts verstoßen. Schließlich wären die streitigen Entscheidungen auch nicht mit Art. 255 EG, der Verordnung 1049/2001 und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in Verbindung mit der Verordnung 45/2001 zu vereinbaren (vgl. Rz. 12 bis 21 der Klageschrift).

³ Urteil des Gerichts erster Instanz vom 6. Juli 2006, *Evropaiki Dynamiki - Proigmena Systimata Tilepikoinonion Pliroforikis kai Tilematikis AE /Kommission*, T-250/05 noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Rn. 114. Urteil des Gerichts erster Instanz vom 12. Juli 2007, *Franchet und Byk/Kommission*, T-391/03 und T-70/04, Slg 2006 Seite II-2023, Rn. 48.

38. Die klägerischen Ansichten sind unbegründet:

A) Zu der ersten streitigen Entscheidung

a) Zulässigkeit der Rüge einer angeblichen Verletzung der Artikel 26 und 26a Beamtenstatut

39. Eingangs erhebt sich aus Sicht der Beklagten die Frage, ob die rechtlichen Rügen des Klägers hinreichend bestimmt sind, um zulässig zu sein:

40. Der Kläger führt in Rn. 12 seiner Klage abstrakt eine Reihe von Rechtsrügen an, darunter auch einen angeblichen Verstoß gegen Artikel 25, Absatz 2 Satz 2, Artikel 26 Absatz 7 und Artikel 26a des Beamtenstatuts und verweist in Rn. 13 auf ein Urteil, das den Grundsatz der Fürsorgepflicht definiert. Allerdings geht der Kläger in seinen anschließenden Überlegungen in den Rn. 14 bis 21 ausschließlich auf die Verordnung 1049/2001 sowie den Grundsatz der Fürsorgepflicht ein, jedoch mit keinem Wort auf Artikel 26 Absatz 7 und Artikel 26a des Beamtenstatuts ein. Daher erhebt sich die Frage, ob der Kläger überhaupt eine zulässige Rüge der Verletzung dieser Vorschriften erhoben hat.

41. Der Kläger scheint sich dieser Frage durchaus bewusst zu sein, was daran deutlich wird, dass er nach Einreichen der vorliegenden Klage im Wege einer „Klageerweiterung“ versucht hat, einen angeblichen Verstoß gegen Artikel 26 Absatz 7 und Artikel 26a des Beamtenstatuts in das vorliegende Klageverfahren einzuführen. Da diese „Klageerweiterung“ nicht zugelassen wurde, hat der Kläger sodann in Gestalt der Rs. F-61/09 eine auf eine angebliche Verletzung der Artikel 25, Absatz 2 Satz 2, Artikel 26 Absatz 7 und Artikel 26a des Beamtenstatuts gestützte Klage erhoben. Dies bestätigt aus Sicht der Beklagten, dass auch der Kläger davon ausgeht, dass die vorliegende Klage die Artikel 26 und 26a des Beamtenstatuts zwar erwähnt, aber hierzu keinerlei substantielle Erläuterungen enthält. Im übrigen sind diese beiden Vorschriften weder im Antrag vom 22.12.2006 (Anlage A 7), noch in der Beschwerde vom 09.04.2007 (vgl. Anlage B 5) erwähnt, geschweige denn näher ausgeführt.

42. Schließlich verdeutlicht das die Rs. F-61/09 betreffende Schreiben des Klägers vom 06.10.2009, worin er u.a. beantragt „*die vorliegenden Fragen im Rahmen des Verfahrens F-121/07 zu behandeln*“, dass er sich offenbar bewusst ist, dass er die Rüge einer angeblichen Verletzung des Artikels 26 Abs. 7 und Artikels 26a Beamtenstatut in der vorliegenden Klage nicht hinreichend dargelegt hat.
43. Sollte das Gericht der Ansicht sein, dass die aus Sicht der Beklagten völlig abstrakte Rüge eines angeblichen Verstoßes gegen Art. 26 Abs. 6 und Art. 26a Beamtenstatut dennoch zulässig ist, so stellt sich nach Meinung der Beklagten unter dem Gesichtspunkt der Begründetheit die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Art. 26 bzw. Art. 26a des Beamtenstatuts und der Verordnung 1049/2001.

b) Verhältnis zwischen den Art. 26 und 26a des Beamtenstatuts und der Verordnung 1049/2001

44. Das in Rn. 14 bis 21 der Klageschrift enthaltene und den ersten Klageantrag betreffende Vorbringen geht dahin, dass der Kläger gemäß der Verordnung 1049/2001 einen Anspruch auf „*sofortigen und umfassenden Zugang zu allen bei der Beklagten über ihn verfügbaren Daten und Dokumenten*“ geltend macht. Dabei differenziert der Kläger jedoch nicht nach der Art der Dokumente. Im Gegenteil, indem der Kläger z.B. in Rn. 14 und 18 ausdrücklich auf seinen Antrag vom 22.12.2006 Bezug nimmt (vgl. Anlage A 7) bestätigt er, dass er sich hinsichtlich aller, von ihm in seiner Klageschrift im Übrigen nicht näher bezeichneter Dokumente auf die besagte Verordnung bezieht. So betont der Kläger in Rn. 19 seiner Klage ausdrücklich, „*dass es sich bei allen hier in Frage kommenden Dokumenten um solche i.S.d. Artikels 3 Buchstabe (a) der VO 1049/2001 handelt*“. Schließlich unterstreicht der Kläger in Rn. 21, dass er einen „*umfassenden Einblick in sämtliche Dokumente und Akten zum jetzigen Stand, d.h. inklusive aller zwischenzeitlich ergänzter Dokumente und Vermerke*“ haben will.
45. Die Beklagte entnimmt diesem Vorbringen, dass der Kläger das Verhältnis zwischen den - von ihm nicht näher dargelegten - Artikeln 26 bzw. 26a Beamtenstatut und der Verordnung 1049/2001 verkennt. In ihrer förmlichen Einrede der Unzulässigkeit vom 29.5.2008 hat die Beklagte dieses Verhältnis bereits unter

dem Gesichtspunkt der Unzulässigkeit der Klage untersucht und dabei dargelegt, dass der den Zugang zu der Personalakte regelnde Artikel 26 des Beamtenstatuts und der den Zugang zu medizinischen Akten betreffende 26a des Beamtenstatuts im Verhältnis zu der Verordnung 1049/2001 *leges speciales* sind, die mithin insoweit einen Rückgriff auf besagte Verordnung ausschließen.

-
46. Ergänzend führt die Beklagte nachfolgend aus, dass dies sowohl eine historische Betrachtung der Art. 26 bzw. 26a Beamtenstatut, sowie deren Sinn und Zweck verdeutlichen:
-
47. Art. 26 Beamtenstatut wurde bereits mit der Verordnung 259/68 eingeführt, während Art. 255 EG, d.h. die Rechtsgrundlage der Verordnung 1049/2001, erst mit dem Amsterdamer Vertrag und mithin deutlich später in den EGV eingefügt wurde. Mit Aufnahme des Art. 255 in den EGV wollte der Gemeinschaftsgesetzgeber ein grundsätzliches Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Dokumenten der EU schaffen. Hätte der Gemeinschaftsgesetzgeber gewollt, dass Art. 255 EG (mit seiner sekundärrechtlichen Ausgestaltung in Gestalt der Verordnung 1049/2001) auch diejenigen Dokumente erfasst, die bereits Gegenstand des Art. 26 Beamtenstatut sind, so hätte er damit diese letztere Vorschrift um einen wesentlichen Teil ihrer eigenständigen Bedeutung beraubt.
48. Hinsichtlich des Art. 26a Beamtenstatut gilt es darüber hinaus zu bedenken, dass diese Vorschrift in das Beamtenstatut aufgenommen wurde, *nachdem* Art. 255 EG und die VO 1049/2001 bereits in Kraft getreten waren. Art. 26a Beamtenstatut hätte es indes gar nicht bedurft, könnte dieses Recht bereits über Art. 255 EG i.V.m. VO 1049/2001 geltend gemacht werden.
49. Überdies verfolgen Art. 255 bzw. die Verordnung 1049/2001 und die Art. 26 bzw. 26a Beamtenstatut nicht den gleichen Sinn und Zweck:
50. Über Art. 255 EG und VO 1049/2001 soll ein möglichst weitreichender Zugang für Unionsbürger zu Dokumenten gewährleistet werden.
51. Demgegenüber enthält die in Art. 26 Beamtenstatut vorgesehene Personalakte Schriftstücke die das Dienstverhältnis des Beamten betreffen, sowie jede

Beurteilung seiner Befähigung, Leistung und Führung. Nach ständiger Rechtsprechung bezweckt diese Vorschrift, den Anspruch des Bediensteten auf rechtliches Gehör zu gewährleisten und zu verhindern, dass Verfügungen der Anstellungsbehörde, die sein Dienstverhältnis und seine Laufbahn berühren, aufgrund von sein Verhalten betreffenden Tatsachen getroffen werden, die keinen Eingang in die Personalakte gefunden haben⁴.

-
52. Sinn und Zweck der Art. 26, 26a Beamtenstatut ist es somit, lediglich dem einzelnen Beamten ein Zugangsrecht zu seinen Akten zu gewährleisten. Im Gegensatz zu den Dokumenten aus der gesetzgeberischen Tätigkeit der Organe der Gemeinschaft, die von Art. 255 EG bzw. der Verordnung 1049/2001 erfasst werden⁵, handelt es sich bei den Dokumenten in Art. 26, 26a Beamtenstatut um höchstpersönliche Dokumente, die ausschließlich das interne Verhältnis des Beamten zu seinem Dienstherrn betreffen. Hier soll gerade nicht jedem Unionsbürger in größtmöglichem Umfang ein direkter Zugang geschaffen werden, weil derartige Dokumente von vornherein nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind.
53. Schließlich sieht die Beklagte ihre Ansicht, dass es sich bei Art. 26 und Art. 26a Beamtenstatut um *leges speciales* handelt auch darin bestätigt, dass das Gericht erster Instanz in seiner bisherigen Rechtsprechung spezifische, im Beamtenstatut enthaltene Vorschriften über den Zugang zu Akten oder Dokumenten als *lex specialis* im Verhältnis zur Verordnung 1049/2001 betrachtet hat:
54. So hat das Gericht erster Instanz z.B. in seinem ein internes Auswahlverfahren betreffenden Urteil vom 5. April 2005, *Hendrickx / Rat*, Rs. T-376/03, Rn. 54 ff. festgestellt, dass es sich bei der Verordnung 1049/2001 um allgemeine Vorschriften handelt, auf die sich alle Bürger der Union berufen können und damit eine *lex generalis* darstellt, wohingegen die Vorschrift des Artikels 6 des Anhangs III des Beamtenstatuts, die einen Zugang zu den Arbeiten eines Prüfungsausschusses

⁴ EuGH, Rs. 88/71, *Brasseur/Europäisches Parlament*, Slg. 1972, 499, Rz. 9/13.

⁵ Wobei ausweislich des Artikels 2 Absatz 6 der Verordnung 1049/2001 selbst im Bereich des Zugangs der Öffentlichkeit zu Dokumenten die darin genannten *leges speciales* Vorrang vor dieser Verordnung haben.

ausschließt, eine *lex specialis* ist (vgl. insbesondere Rn. 55 und 56 des Urteils), die folglich nicht im Wege der Verordnung 1049/2001 umgangen werden kann (vgl. Rn. 57 des Urteils).

55. In seinem Urteil vom 17. Mai 2006, *Kallianos / Kommission*, Rs. T-93/04, Rn. 79 ff. hat das Gericht erster Instanz ausdrücklich danach unterschieden, ob die den Gegenstand dieses Verfahrens bildenden Rechtsgutachten das Dienstverhältnis des Beamten im Sinne des Artikels 26 Beamtenstatut betreffen oder nicht. Da dies nicht der Fall war hat das Gericht erster Instanz diesen Fall auf der Grundlage der Verordnung 1049/2001 geprüft.
56. Dementsprechend hat das Gericht erster Instanz in seinem Urteil vom 6. Juli 2006, *Franchet und Byk / Kommission*, Verb. Rs. T-391/03 und T-70/04, einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten der OLAF gemäß der Verordnung 1049/2001 beurteilt.
57. **Schlussfolgerung:** Der Zugang zu den das Dienstverhältnis im Sinne des Art. 26 bzw. die medizinische Akte im Sinne des Art. 26a Beamtenstatut betreffenden Unterlagen richtet sich allein nach diesen Vorschriften. Hinsichtlich anderer Dokumente ist ggf. die Verordnung 1049/2001 einschlägig.
58. Dementsprechend ist nachfolgend zu differenzieren:

c) Zu den Artikeln 26 und 26a Beamtenstatut

59. Wie bereits hervorgehoben erwähnt der Kläger diese Vorschriften lediglich in seinem ersten Klageantrag, sowie, in abstrakter Form, in Rn. 12 seiner Klageschrift. In der Klageschrift findet sich kein weiterer Hinweis, hinsichtlich *welcher* Dokumente in seiner Personalakte bzw. medizinischen Akte und unter welchen Umständen die Beklagte dem Kläger den Zugang rechtswidrig verweigert haben soll.
60. Selbst wenn man unterstellen wollte, dass sich der Kläger einfach damit begnügen kann, in seiner Klageschrift ohne weiteres auf seinen Antrag vom 22.12.2006 zu verweisen, was die Beklagte für unzulässig hält, so ist anzumerken, dass die vorliegend relevante Ziffer 4 des Antrags vom 22.12.2006 völlig lapidar ist

(„sofortigen und umfassenden Zugang zu allen bei der Kommission über mich verfügbaren Daten und Dokumenten, insbesondere jenen im Zusammenhang mit den o.g. Verfahren“). Anstatt diesen Antrag im Stadium seiner Klage zu präzisieren behauptet der Kläger, der sei zu einer „Präzisierung des Antragsgegenstandes“ nicht verpflichtet, denn „aus dem Gesamtzusammenhang des Schreibens des Klägers vom 22.12.2006 sowie aus den vielfältigen vorangehenden Schriftwechseln mit dem Kläger war der Beklagten jedoch ohnehin hinreichend klar, worauf der Antrag des Klägers gerichtet war“ (vgl. Rn. 14 der Klage). Der Kläger setzt damit auch beim Gericht Tatsachen als bekannt voraus, die er in seiner Klageschrift nicht angibt.

Sofern sich der Kläger auf S. 2 seines Antrages vom 22.12.2006 auf verschiedene Klageverfahren bezieht, so betrifft dies entweder abgeschlossene Verfahren, deren Inhalt der Kläger bereits kennt, oder die Umsetzung einiger dieser Urteile, die jedoch noch nicht abgeschlossen ist.

61. Nach dem gleichen Motto begehrt der Kläger in Rn. 21 seiner Klageschrift „einen umfassenden Einblick in sämtliche Dokumente und Akten zum jetzigen Stand, d.h. inklusive aller zwischenzeitlich ergänzter Dokumente und Vermerke“. Auch hier liefert der Kläger nicht nur keinerlei nähere Erläuterung, sondern begehrt darüber hinaus auch noch Zugang zu Dokumenten, die zu keiner Zeit Gegenstand seines Antrages vom 22.12.2006 waren.
62. Mithin erläutert der Kläger nicht, welche Dokumente ihm die Kommission unter dem Gesichtspunkt der Art. 26 und 26a Beamtenstatut rechtswidrig vorenthalten haben soll.
63. In jedem Fall aber hat die Beklagte den Zugang, wie oben unter den Rn. 6 bis 17 (Sachverhalt) und 23 bis 28 (Zulässigkeit) dargestellt, niemals abgelehnt. Es liegt daher in der Sache keine ablehnende Entscheidung vor, was die Klage nicht nur unzulässig, sondern auch materiell unbegründet macht.
64. Unter diesen Umständen ist diese Rüge, sofern sie überhaupt zulässig ist, jedenfalls unbegründet.

d) Zu der Verordnung 1049/2001

65. Auch insoweit gibt der Kläger in den Rn. 14 bis 21 nicht an, hinsichtlich welcher Dokumente er einen Antrag auf Zugang gestellt haben will und inwieweit die Beklagte diesen Antrag rechtswidrig abgelehnt haben soll. Der Kläger verkennt insbesondere, dass die Verordnung 1049/2001 ggf. einen Zugang zu zuvor individuell bezeichneten Dokumenten gewährt, nicht jedoch einen Zugang zu einer Vielzahl von Dokumenten enthaltenden Akte.
66. Überdies hat der Kläger, wie bereits ausgeführt, das in der Verordnung 1049/2001 vorgesehene Verfahren nicht eingehalten. Die in Rn. 14 vorgetragene Ansicht des Klägers, dass er „*im formellen Verfahren nach Artikel 90 des Beamtenstatuts materielle Ansprüche gegen die Beklagte nach allen einschlägigen o.g. Rechtsgrundlagen geltend macht*“ deutet darauf hin, dass sich der Kläger - zu Unrecht - nicht an das in der Verordnung 1049/2001 vorgesehene Verfahren gebunden fühlt.
67. Damit verkennt der Kläger, dass ihn seine Eigenschaft als ehemaligen Beamten, der dementsprechend gemäß Art. 90, 91 Beamtenstatut die Möglichkeit hat, ein Vorverfahren durchzuführen, nicht davon befreit, das in Artikeln 6 ff. der Verordnung 1049/2001 vorgesehene Verfahren einzuhalten (vgl. hierzu das Urteil in der Rs. T-376/03, Hendrickx / Rat, aaO, Rn. 58).
68. Nach alledem ist die Beklagte der Meinung, dass der Kläger auch einen angeblichen Verstoß gegen die Verordnung 1049/2001 nicht nachgewiesen hat.

e) Zu der angeblichen Verletzung der Fürsorgepflicht

69. Diese Rüge ist ebenfalls unbegründet:
70. Der Kläger verkennt, dass der Grundsatz der Fürsorgepflicht keinen eigenständigen Anspruch auf Zugang zu Dokumenten und Einsichtnahmen in Akten gewährt.
71. Ferner ist die Beklagte der Überzeugung, dass der Grundsatz der Fürsorgepflicht nicht bedeuten kann, dass es ihr obliegt, das völlig unpräzise Vorbringen des

Klägers zu präzisieren und somit an seine Stelle zu treten. Die zuständige Verwaltung hat den Kläger in Ausübung ihrer Fürsorgepflicht ausdrücklich ersucht, sein Anliegen zu präzisieren. Wenn der Kläger dieser Aufforderung nicht nachkommt, weil er davon ausgeht „aus dem Gesamtzusammenhang des Schreibens des Klägers vom 22.12.2007 sowie aus den vielfältigen vorangehenden Schriftwechseln mit dem Kläger“ sei es für die Beklagte „ohnehin hinreichend klar, worauf der Antrag des Klägers gerichtet war“ (vgl. Rn. 14 der Klage), so illustriert dies eine mangelnde Mitwirkung des Klägers, jedoch nicht eine mangelnde Fürsorgepflicht der Beklagten. Denn gerade weil der Kläger derart lapidar auf eine unübersehbare Fülle von Korrespondenz und Unterlagen zu verschiedensten Aspekten seiner Zeit als aktiver, wie als ausgeschiedener Beamten Bezug nimmt, war er gehalten, sein Anliegen zu präzisieren.

72. Daher ist der erste Antrag hinsichtlich der ersten streitigen Entscheidung unzulässig und jedenfalls unbegründet.

B) Zu der zweiten streitigen Entscheidung

73. Ausweislich seines ersten Klageantrages beantragt der Kläger desweiteren die Aufhebung der Entscheidung vom 26.02.2007, d.h. der zweiten streitigen Entscheidung (vgl. Anlage A 11), soweit „*darin dem Kläger der sofortige und umfassende Zugang zu allen bei der Beklagten über ihn verfügbaren Daten und Dokumenten verweigert wurde*“.
74. Aus Sicht der Beklagten ist dieser Antrag offensichtlich unzulässig:
75. In ihrer Entscheidung vom 26.02.2007 hat die Beklagte den Antrag des Klägers vom 16.10.2006 auf Zahlung von Schadensersatz abgelehnt und ihm die Gründe hierfür erläutert. Gegenstand dieser Entscheidung war mithin nicht der Zugang zu Dokumenten.
76. Überdies enthalten die Rn. 14 bis 21 der Klageschrift keinerlei Vorbringen hinsichtlich der Entscheidung vom 26.02.2007, die auch an keiner Stelle in diesen Randnummern erwähnt wird.

77. Unter diesen Umständen ist die Beklagte der Ansicht, dass die Klage auf Aufhebung der Entscheidung vom 26.02.2007 offensichtlich unzulässig und jedenfalls offensichtlich unbegründet ist.

2. Zu dem zweiten Klageantrag

78. Die in Rn. 22 bis 24 der Klage dargelegte Schadensersatzforderung ist mangels eines Amtsfehlers unbegründet, sofern sie überhaupt zulässig ist.
79. Soweit der Kläger in Rn. 24 behauptet, dass er „*in einem Zustand der Ungewissheit über den Stand seiner verschiedenen Verfahren gehalten*“ und die „*Verweigerungshaltung*“ der Beklagten somit „*zu dessen psychischer Gesundheitsbeeinträchtigung bzw. deren Aufrechterhaltung*“ beigetragen habe, hat er damit, wie bereits hervorgehoben, weder einen Schaden bzw. eine Kausalität dargelegt, geschweige denn nachgewiesen.
80. Schließlich weist die Beklagte darauf hin, dass der derzeitige Zustand der Invalidität des Klägers nicht konsolidiert ist und damit offen bleibt ob und ggf. wann der Kläger in den aktiven Dienst zurückkehrt. Dementsprechend ist die Beklagte der Ansicht, dass das klägerische Schadensersatzbegehren ohnehin unzulässig ist, solange noch keine Konsolidierung der Invalidität des Klägers eingetreten ist (vgl. in diesem Sinne die Rn. 200 und 201 des Urteils vom 2.5.2007, Rs. F-23/05, Giraudy / Kommission). Denn der Entscheidung der Kommission über die Konsolidierung würde vorgegriffen, wenn die Beklagte unabhängig hiervon zur Zahlung von Schadensersatz wegen angeblicher psychischer Belastung des Klägers verurteilt würde.

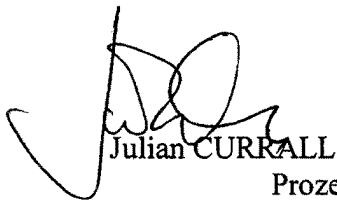
V. Zu den Kosten

81. Die Beklagte ist der Ansicht, dass dem Kläger die Kosten der vorliegenden Klage aufzuerlegen sind. Die Beklagte hält es für unzulässig und unzumutbar, wenn der Kläger zunächst einen nicht hinreichend bestimmten Antrag stellt (Anlage A 7), der Beklagten sodann im wesentlichen vorwirft, sie habe nicht von sich aus erkannt, zu

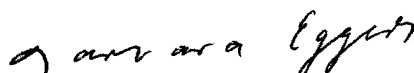
welchen Dokumenten der Kläger Zugang beantragt habe und sich sodann in seiner Klageschrift darauf beschränkt abstrakte und zudem aus Sicht der Beklagten verfehlte Überlegungen zu der Verordnung 1049/2001 anstellt, anstatt konkret anzugeben, welche Dokumente ihm angeblich in rechtswidriger Weise vorenthalten wurden.

**AUS DEN GENANNTEN GRÜNDEN BEANTRAGT DIE BEKLAGTE, DASS
DAS GERICHT WIE FOLGT ENTSCHEIDEN MÖGE:**

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.



Julian CURRALL
Prozessbevollmächtigte



Dr. Barbara EGGERS
Prozessbevollmächtigte

Bertrand WÄGENBAUR LL.M.
Rechtsanwalt



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 16. 11. 2010

VOLLMACHT

Die Europäische Kommission hat gemäß Artikel 19 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union

Julian CURRALL

und

Barbara EGGERS

Beistand : **Me Bertrand WÄGENBAUR**
Alber & Geiger
Rue des Colonies, 11
B – 1000 Bruxelles

beauftragt, sie in dem Verfahren Nr. F-121/07

Guido Strack

gegen

Europäische Kommission

zu vertreten.

POUR RECEPTION

16. 11. 2010.

Mardare Critkua

Für die Kommission,

Luis ROMERO REQUENA
Generaldirektor
des Juristischen Dienstes



COMMISSION EUROPÉENNE

SECRÉTARIAT GÉNÉRAL

Bruxelles, le10.mars.2011.....

C(2011) 1670

NOTE A L'ATTENTION DES MEMBRES DE LA COMMISSION

PE/2011/1543

NORMALE

Délai:

JEUDI 17 MARS 2011 - 10H

Objet : Pourvoi contre un arrêt du Tribunal de la fonction publique (TFP)
- affaire F-121/07

Proposition de M. le PRESIDENT, en accord avec M. ŠEFČOVIČ

Décision proposée :

- approuver la décision de la Commission de se pourvoir contre un arrêt du Tribunal de la fonction publique;
- ne pas publier au JOUE.

Commentaire :

Cette décision vise à présenter un pourvoi tendant à l'annulation de l'arrêt dans l'affaire F-121/07, Strack/Commission. Le pourvoi devrait être introduit le 4 avril 2011 au plus tard.

Selon le service responsable, cette décision de la Commission ne comporte pas d'incidences financières sur le budget de l'Union européenne.


Jordi AYET PUIGARNAU
Directeur du greffe

Cette procédure et ce dossier sont gérés par Efstathia KITRIMI (BERL 08/396, tél: 50092).
Les cabinets sont invités à transmettre toute demande de corrigendum / suspension / prorogation via e-Greffe.

Copie : Mmes et MM. les directeurs généraux et chefs de service de
SJ et HR

FDE



MITTEILUNG AN DIE KOMMISSION

Beschluss zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen ein Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst

1. Die Kommission wird ersucht, die Einlegung eines Rechtsmittels gegen das Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst in der Rechtssache F-121/07, Strack gegen Kommission, vom 20. Januar 2011 zu genehmigen, in dem das Gericht für den öffentlichen Dienst erklärte, „*dass das Gericht für eine nach Art. 236 EG [270 AEUV] erhobene Anfechtungsklage zuständig ist, die sich gegen die Weigerung der Kommission richtet, dem Antrag auf Zugang zu Dokumenten stattzugeben, den ein Beamter oder sonstiger Bediensteter auf der Grundlage der Verordnung Nr. 1049/2001 gestellt hat und der dem Dienstverhältnis zwischen dem Beamten oder sonstigen Bediensteten und der Kommission entspringt.*“ (Randnummer 74 des Urteils).
2. Das Urteil ermöglicht insofern die Einlegung eines Rechtsmittels, als Anhang I der Satzung des Gerichtshofs vorsieht, dass das Gericht für den öffentlichen Dienst „*für Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten gemäß Artikel 270 AEUV zuständig*“ ist. Artikel 270 bestimmt die Zuständigkeit „*für alle Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen [...], die im Statut [...] festgelegt sind*“.
3. Aus diesen beiden Bestimmungen lässt sich ableiten, dass sich die Zuständigkeit des Gerichts für den öffentlichen Dienst nicht aus der Tatsache ergibt, dass der Kläger Beamter ist (wie das Gericht für den öffentlichen Dienst unter Randnummer 74 des Urteils F-121/07 anzudeuten scheint), sondern aus der Tatsache, dass es bei der Rechtssache um die vom Statut geregelten Beziehungen zwischen dem Organ und dem Beamten geht.
4. Wenn, wie im folgenden Fall, ein Beamter Anträge an das Organ richtet und sich dabei auf seine Eigenschaft als Beamter beruft, gilt für den Streitfall das Statut, und das Gericht für den öffentlichen Dienst ist zuständig. Macht jedoch der Beamte seine Rechte aus der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 als normaler Bürger geltend, hat die Streitsache ihren Ursprung nicht in dem Dienstverhältnis. Somit ist das Gericht für den öffentlichen Dienst nicht zuständig (siehe z.B. Urteil des Gerichts vom 6. Juli 2006 in den verbundenen Rechtssachen T-391/03 und T-70/04, *Franchet und Byk gegen Kommission*, Randnummer 48).
5. Im Übrigen legt Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 unzweideutig fest, dass der Antragsteller einen Rechtsbehelf gegen die Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten durch ein Organ „*nach Maßgabe der Artikel 230 EG [jetzt 263 AEUV] bzw. 195 EG-Vertrag*“ einlegen kann. Hieraus ergibt sich die ausschließliche Zuständigkeit des Gerichts (und nicht des Gerichts für den öffentlichen Dienst), die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 in erster Instanz auszulegen und anzuwenden.
6. In seinem Urteil in der Rechtssache F-121/07 (Randnummer 74) vermischt das Gericht für den öffentlichen Dienst die Zuständigkeitskriterien, was zu einem Widerspruch führt, der neben Rechtsirrtümern, insbesondere im Hinblick auf die

Zuständigkeitsverteilung zwischen den Gerichten, erhebliche Folgen für die Praxis hat.

7. Die in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 festgelegten Verfahren und Fristen (Erstantrag, Zweitantrag binnen 15 Arbeitstagen nach Eingang beim Generalsekretariat sowie gemäß Artikel 263 AEUV Frist von zwei Monaten für die Einlegung eines Rechtsmittels) sind schlechthin unvereinbar mit den im Statut vorgesehenen Verfahren und Fristen (Beschwerde gemäß Artikel 90, über die die Anstellungsbehörde binnen vier Monaten entscheidet, bei Ablehnung Beschwerde innerhalb von drei Monaten, über die die Anstellungsbehörde binnen vier Monaten befindet, sowie Frist von drei Monaten, um Klage beim Gericht für den öffentlichen Dienst zu erheben). Die Dienststellen der Kommission wüssten daher nicht mehr, welches Verfahren anzuwenden ist, wenn ein Beamter einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten stellt. Im Übrigen wären selbst die Beamten unsicher, welche Bedingungen für die Zulässigkeit einer Klage gelten.

Hinzu käme die Gefahr einer unterschiedlichen Rechtsprechung, wenn zwei Gerichte für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 in erster Instanz zuständig wären.

8. Obwohl das Gericht für den öffentlichen Dienst die Klage in der Rechtssache F-121/07 in Ermangelung anfechtbarer Handlungen für unzulässig erklärt hat, rechtfertigt die allgemeine Bedeutung des Urteils des Gerichts für den öffentlichen Dienst voll und ganz die Einlegung eines Rechtsmittels. Verfahrensrechtlich ist hervorzuheben, dass gemäß Artikel 9 und 11 des Anhangs zur Satzung des Gerichtshofs die Einrede der Unzuständigkeit des Gerichts für den öffentlichen Dienst zulässig ist, obwohl die Kommission mit ihren Anträgen hinsichtlich der Unzulässigkeit bzw. in der Sache nicht unterlegen ist. Dadurch, dass sich das Gericht für den öffentlichen Dienst in seinem Urteil für zuständig erklärt hat, beendete es einen Zwischenstreit, der eine Einrede der Unzuständigkeit zum Gegenstand hatte, die von der Kommission mit besonderem Schriftsatz erhoben worden war (siehe auch Randnummern 21 und 75 des Urteils). Die Zulässigkeit sowie das Interesse an der Einlegung eines Rechtsmittels wurden bereits von der Rechtsprechung bestätigt.
9. Angesichts der Tragweite dieses Urteils, bei dem es zweifellos um eine Grundsatzfrage geht, wird im Einvernehmen mit der Generaldirektion Humanressourcen vorgeschlagen, ein Rechtsmittel zur Aufhebung des Urteils in der Rechtssache **F-121/07, Strack gegen Kommission**, einzulegen. Die Rechtsmittelfrist läuft am 4. April 2011 ab.



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den xxx
K(2011) yyy endgültig

Entwurf für einen

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom [...]

**zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen ein Urteil des Gerichts für den öffentlichen
Dienst**

Entwurf für einen

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom [...]

**zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen ein Urteil des Gerichts für den öffentlichen
Dienst**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

aufgrund der Erwägungen in der diesem Beschluss beigefügten Mitteilung an die
Kommission –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Rechtsmittel gegen das Urteil vom 20. Januar 2011 in der Rechtssache F-121/07, Strack
gegen Europäische Kommission, einzulegen,

Artikel 2

den Juristischen Dienst mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beauftragen.

Brüssel, den [...]

Für die Kommission

[...]

[Mitglied der Kommission][Generaldirektor]



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 1. April 2011
Sj.m(11)355199 BE/sm

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN UND DIE DAMEN UND HERREN
MITGLIEDER DES GERICHTS**

RECHTSMITTEL

Gemäß Artikel 9 des Anhangs zur Satzung des Gerichtshofs und Artikel 137 der
Verfahrensordnung

eingelegt durch die

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vertreten durch Frau Piedade COSTA DE OLIVEIRA und Frau Dr. Barbara EGGERS, Mitglieder ihres Juristischen Dienstes der Kommission; Zustellungsanschrift: Antonio Aresu, Berater im Juristischen Dienst der Kommission, Batiment Bech, 5 rue A. Weicker, L-2725 Luxemburg, die sich damit einverstanden erklären, dass Zustellungen per Telefax an die Nr. 00 32 2 299 45 69 bzw. elektronischer Post an die Adresse sj-greffes-contentieux@ec.europa.eu erfolgen.

- Rechtsmittelklägerin -

gegen das Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union vom 20. Januar 2011 in der Rechtssache F-121/07, *Strack/Kommission*, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, worin sich das Gericht für den öffentlichen Dienst gemäß Art. 270 AEUV für eine Anfechtungsklage zuständig erklärte, die sich gegen die Weigerung der Kommission richtete, einem Antrag auf Zugang zu Dokumenten stattzugeben, den der Kläger in seiner Eigenschaft als Beamter auf der Grundlage der Verordnung Nr. 1049/2001 gestellt hatte.

Die Klage im Verfahren F-121/07 wurde eingereicht durch

Herr Guido STRACK, wohnhaft in Köln (Deutschland), vertreten durch Rechtsanwalt Heinrich TETTENBORN, Augsburg (Deutschland)

- Rechtsmittelbeklagter--

Die Kommission beehrt sich, das Rechtsmittel wie folgt zu begründen:

I. DAS VERFAHREN VOR DEM GERICHT FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST DER EUROPÄISCHEN UNION UND DAS URTEIL

1. Mit diesem Rechtsmittel beantragt die Kommission die Aufhebung des Urteils des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (nachfolgend: "GöD") vom 20. Januar 2010 in der Rechtssache F-121/07, *Strack/Kommission*; nachfolgend: das "angegriffene Urteil" welches der Kommission am 26.1.2011 zugestellt wurde (**Anhang P.1**).
2. Hinsichtlich des rechtlichen Rahmens kann zunächst auf die Zusammenfassung in Rn. 2-6 des angegriffenen Urteils verwiesen werden. Allerdings sind dort die für die Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Gericht und dem GöD erheblichen Vorschriften nicht genannt.
3. So lautet Artikel 256 Abs. 1, Satz 1 AEUV:

Das Gericht ist für Entscheidungen im ersten Rechtszug über die in den Artikeln 263 [...] genannten Klagen zuständig, mit Ausnahme derjenigen Klagen, die einem nach Artikel 257 gebildeten Fachgericht übertragen werden [...].

4. Artikel 270 AEUV sieht vor:

Der Gerichtshof der Europäischen Union ist für alle Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Massgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten der Union und in den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten der Union festgelegt sind.

(Hervorhebung hinzugefügt)

5. Artikel 91, Abs. 1 des Statuts der Beamten der Europäischen Union (nachfolgend: Statut) bestimmt:

Für alle Streitsachen zwischen der Union und einer Person, auf die dieses Statut Anwendung findet, über die Rechtmäßigkeit einer diese Person beschwerenden Maßnahme im Sinne von Artikel 90 Absatz 2 ist der Gerichtshof der Europäischen Union zuständig.

(Hervorhebung hinzugefügt)

6. Artikel 62c der Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Union lautet:

TITEL IV a

DIE FACHGERICHTE

Artikel 62c

Die Bestimmungen über die Zuständigkeitsbereiche, die Zusammensetzung, den Aufbau und das Verfahren der gemäß dem Artikel 257 AEUV errichteten Fachgerichte werden im Anhang dieser Satzung aufgeführt.

(Hervorhebung hinzugefügt)

7. In Artikel 1 von Anhang I der Satzung des Gerichtshofs heisst es:

Artikel 1

Das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union, nachstehend „Gericht für den öffentlichen Dienst“ genannt, ist im ersten Rechtszug für Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten gemäß Artikel 270 AEUV zuständig, einschließlich der Streitsachen zwischen den Einrichtungen sowie Ämtern und Agenturen und deren Bediensteten, für die der Gerichtshof der Europäischen Union zuständig ist.

(Hervorhebung hinzugefügt)

8. Der fünfte Erwägungsgrund des Beschlusses des Rates vom 2. November 2004 zur Errichtung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union¹ sieht vor:

Damit das Gerichtssystem insgesamt leicht verständlich bleibt, sollten die Bestimmungen über die Zuständigkeitsbereiche, die Zusammensetzung, den Aufbau und das Verfahren der gerichtlichen Kammer in einem Anhang zur Satzung des Gerichtshofs geregelt werden.

9. Artikel 1 des Beschlusses des Rates lautet wie folgt:

Artikel 1

¹ Abl. L333, S.7.

Dem Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften wird eine gerichtliche Kammer beigeordnet, nachstehend „Gericht

für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union“ genannt, die für Entscheidungen über Streitsachen im Bereich des öffentlichen Dienstes der Europäischen Union zuständig ist. Das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union hat seinen Sitz beim Gericht erster Instanz.

10. Art. 1 von Anhang I des Statuts des Gerichtshofes lautet soweit erheblich:

Das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union, nachstehend "Gericht für den öffentlichen Dienst" genannt, ist im ersten Rechtszug für Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten gemäss Art. 270 AEUV zuständig.

11. Im Bezug auf den Sachverhalt erlaubt sich die Rechtsmittelklägerin, auf Rn. 7-16 des angegriffenen Urteils zu verweisen.
12. Mit seiner Klage hatte der Kläger die Aufhebung der angeblichen Entscheidung der Kommission vom 12. Januar 2007 beantragt, mit dem sie seinen Antrag gem. Artikel 90 Abs. 1 des Statuts "*wiederholt und unter allen rechtlichen Gesichtspunkten [auf] sofortigen und umfassenden Zugang zu allen bei der Kommission über [ihn] verfügbaren Daten und Dokumenten*" angeblich abgelehnt hatten, indem sie ihn auf seine Personalakte und medizinische Akte sowie das Verfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission² (nachfolgend: Verordnung Nr. 1049/2001) verwies (nachfolgend: die "angegriffene Entscheidung").
13. Die Kommission hatte mit besonderem Schriftsatz, der am 29. Mai 2008 bei der Kanzlei eingegangen war, gemäss Artikel 76 der Verfahrensordnung eine Einrede der Unzuständigkeit erhoben sofern sich der Kläger vor dem GöD auf die Verordnung Nr. 1049/2001 berief.

² ABl. L 145, S. 43.

14. In dem angegriffenen Urteil hat das GöD die Einrede der Unzuständigkeit zurückgewiesen und dies in den Randnr. 70-75 wie folgt begründet:

70. Zum Zeitpunkt der Klageerhebung bestimmte Art. 1 des Anhangs I der Satzung des Gerichtshofs, dass das Gericht im ersten Rechtszug für „Streitsachen zwischen [der Union] und deren Bediensteten gemäß Artikel 236 [EG]“ zuständig war; die letztgenannte Bestimmung definierte die Zuständigkeit des Gerichtshofs unter Bezugnahme auf die „Grenzen und ... Bedingungen, die im Statut ... festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben“. Nach Art. 91 Abs. 1 des Statuts wiederum ist „[f]ür alle Streitsachen zwischen [der Union] und einer Person, auf die [das] Statut Anwendung findet, ... der Gerichtshof ... zuständig“.

71 Folglich ist das Gericht – vorbehaltlich der Zulässigkeitsvoraussetzungen, die weiter unten in den Randnrn. 77 ff. des vorliegenden Urteils geprüft werden – dazu berufen, über jeden Streit zwischen einem Beamten und seinem Organ zu entscheiden, der dem zwischen ihnen bestehenden Dienstverhältnis entspringt, ganz gleich, auf welche Vorschriften der Beamte seine Klage stützt.

72 Diese Feststellung wird durch Art. 1 des Beschlusses 2004/752/EG, Euratom des Rates vom 2. November 2004 zur Errichtung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. L 333, S. 7) gestützt, mit dem das Gericht dem Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften „für Entscheidungen über Streitsachen im Bereich des öffentlichen Dienstes der Europäischen Union“ beigeordnet worden ist, ohne dass insoweit Einschränkungen genannt werden.

73 Die in Randnr. 71 des vorliegenden Urteils getroffene Feststellung wird schließlich nicht durch Art. 8 Abs. 1 der Verordnung Nr. 1049/2001 in Frage gestellt, der zum maßgeblichen Zeitpunkt bestimmte, dass der Antragsteller gegen die Weigerung eines Organs, ihm Zugang zu Dokumenten zu gewähren, „nach Maßgabe der Artikel 230 bzw. 195 [EG]“ Klage erheben kann. Der Umstand, dass der Gesetzgeber mit dieser Verordnung, dem allgemein jedem zustehenden Recht auf Zugang zu Dokumenten, die sich im Besitz der Organe befinden, die größtmögliche Wirksamkeit verleihen wollte, erklärt nämlich, dass er den universalsten Rechtsbehelf vorgesehen hat, ohne dass die Verweisung auf Art. 230 EG zur Folge hätte, dass die Klagemöglichkeit des Rechtssuchenden allein auf die in diesem Artikel vorgesehene Nichtigkeitsklage beschränkt wäre und der Umfang der dem Gericht durch Art. 1 des Anhangs I der Satzung des Gerichtshofs verliehenen Zuständigkeit somit eingeschränkt

wäre. Außerdem hat das Gericht der Europäischen Union entschieden, dass die Schadensersatzklage nach Art. 235 EG und Art. 288 Abs. 2 EG die richtige Klageart ist, wenn die Verwaltung einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten nicht fristgerecht beantwortet (Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 19. Januar 2010, Co-Frutta/Kommission, T-355/04 und T-446/04, Slg. 2010, II-1, Randnr. 71). Ferner darf nicht übersehen werden, dass die Verweisung auf Art. 230 EG zum Zeitpunkt des Erlasses von Art. 8 Abs. 1 der Verordnung Nr. 1049/2001 keine Auswirkungen auf die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den Unionsgerichten hatte, da das Gericht erster Instanz zum damaligen Zeitpunkt sowohl für Klagen, die von Einzelnen gegen sie unmittelbar und individuell betreffende Maßnahmen nach Art. 230 EG erhoben wurden, als auch für Klagen, die von Beamten nach Art. 236 EG erhoben wurden, zuständig war. Unter diesen Umständen ist die Tatsache, dass Art. 8 Abs. 1 der Verordnung nur die Nichtigkeitsklage nach Art. 230 EG vorsieht, umso weniger aussagekräftig, als es auch bei Streitsachen im Bereich des öffentlichen Dienstes um die Anfechtung von Maßnahmen geht.

74 Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass das Gericht für eine nach Art. 236 EG erhobene Anfechtungsklage zuständig ist, die sich gegen die Weigerung der Kommission richtet, dem Antrag auf Zugang zu Dokumenten stattzugeben, den ein Beamter oder sonstiger Bediensteter auf der Grundlage der Verordnung Nr. 1049/2001 gestellt hat und der dem Dienstverhältnis zwischen dem Beamten oder sonstigen Bediensteten und der Kommission entspringt.

15. Nachfolgend hat das GöD die Klage mangels angreifbarer Entscheidung i.S.d. Verordnung Nr. 1049/2001 zurückgewiesen und dabei insbesondere ausgeführt, der Antrag des Klägers sei nicht den Anforderungen des Art. 6 der Verordnung Nr. 1049/2001 gemäss hinreichend bestimmt gewesen und in jedem Fall habe der Kläger das in der Verordnung Nr. 1049/2001 vorgeschriebene Verfahren nicht beachtet (siehe Randnr. 87-95 des angegriffenen Urteils).

II. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

1. Zur Zulässigkeit des Rechtsmittels

16. Das vorliegende Rechtsmittel zur Klärung der Zuständigkeit des GöD für die Anwendung und Auslegung der Verordnung Nr. 1049/2001 ist zulässig, obwohl die Klage abgewiesen wurde.

17. Gemäss Artikel 9 von Anhang I der Satzung des Gerichtshofes kann nicht nur gegen Endentscheidungen des GöD sondern auch gegen die Entscheidungen, die über einen Teil des Streitgegenstands ergangen sind oder die einen Zwischenstreit beenden, der eine Einrede der Unzuständigkeit zum Gegenstand hat, ein Rechtsmittel beim Gericht eingelegt werden, sofern eine Partei mit ihren Anträgen unterlegen ist.
18. Der Gerichtshof hat in einer Reihe von Urteilen bestätigt, dass ein Rechtsmittel, welches sich auf den Teil des angefochtenen Urteils bezieht, mit dem das Gericht eine Unzulässigkeitseinrede ausdrücklich zurückgewiesen hat, zulässig ist. Dieser Teil des Urteils stellt nämlich eine einen Zwischenstreit beendende Entscheidung im Sinne des Artikels 49 Abs. 1 der Satzung des Europäischen Gerichtshofs dar.³ Vorliegend hatte die Kommission zwei separate Einreden erhoben, von denen die erste, die Einrede der Unzuständigkeit gem. Art. 76 der Verfahrensordnung des GöD vom GöD im angegriffenen Urteil ausdrücklich zurückgewiesen wurde. Das GöD hat damit einen Zwischenstreit hinsichtlich der Zuständigkeit beendet, in dem die Kommission mit ihren Anträgen unterlegen ist.
19. Der Zulässigkeit des Rechtsmittels steht nicht entgegen, dass die Kommission kein Rechtsschutzinteresse in dem Sinne darlegen kann, dass ihr die eventuelle Aufhebung des angegriffenen Urteils im vorliegenden Fall einen rechtlichen Vorteil verschaffen kann, weil die Klage ohnehin anderwärts als unzulässig abgewiesen wurde.
20. Zwar gibt es eine Rspr., wonach in Streitsachen zwischen den Unionsorganen und ihren Bediensteten ein Rechtsschutzinteresse vorliegen muss.⁴ Allerdings kann diese Rspr. im Falle eines Rechtsmittels gegen die Entscheidung über einen Zwischenstreit zur Unzuständigkeit des GöD keine Anwendung finden.

³ Urteil des Gerichtshofes vom 22. Februar 2005, *Kommission gegen T-Mobile Austria GmbH*, C-141/02 P., Slg. 2005 Seite I-1283, Randnr. 49; Urteil des Gerichtshofes vom 23. März 2004, *Europäischer Bürgerbeauftragter gegen Frank Lamberts*, C-234/02 P, Slg. 2004 S. I-2803, Randnr. 33.

⁴ Urteil des Gerichts vom 12. Mai 2010, *Kommission/Meierhofer*, T-560/08 P, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Randnr. 41 und 42; Urteile des Gerichtshofs vom 13. Juli 2000, *Parlament/Richard*, C-174/99 P, Slg. 2000, I-6189, Randnr. 33, und vom 3. April 2003, *Parlament/Samper*, C-277/01 P, Slg. 2003, I-3019, Randnr. 28.

21. Erstens würde dies gegen den Wortlaut des Art. 9 Abs. 1. von Anhang I der Satzung des Gerichtshofs verstoßen, wonach ein Rechtsmittel hinsichtlich des Teils des Urteils *zulässig* ist, in dem das GöD einen Zwischenstreit über die Unzuständigkeitseinrede beendet, sofern die betreffende Partei unterliegt. Erklärt sich das GöD fälschlicherweise für zuständig, weist aber die Klage in der Sache ab, kann ein Rechtsmittel nie einen rechtlichen Vorteil im konkreten Streitfall bringen. Bei Anwendung eines solchen Rechtsschutzerfordernisses, würde es also nie ein Rechtsmittel geben. Dies würde aber der spezifisch auf den Zwischenstreit in Unzuständigkeitsfragen gerichteten zweiten Alternative von Art. 9 Abs. 1, erster Halbsatz der Satzung jegliche Wirksamkeit nehmen und kann daher nicht Ergebnis einer Rspr. sein.
22. In jedem Fall aber geht es im vorliegenden Fall um die nach Ansicht der Kommission fälschlich bejahte Zuständigkeit des GöD für die Auslegung und Anwendung der Verordnung Nr. 1049/2001, die eben gerade nicht Teil der statutarischen Rechtsgrundlagen ist, anhand derer gemäß Art. 270 AEUV und Art. 91 Abs. 1 des Statuts die Streitigkeiten zwischen der Union und ihren Bediensteten abgegrenzt werden. Das ausnahmsweise Erfordernis eines Rechtsschutzbedürfnisses gilt also nicht in den Fällen, in denen das GöD nur zum Schein eine Streitigkeit im Rahmen von Artikel 270 AEUV entscheidet, obwohl es sich in Wirklichkeit um einen Aspekt handelte, in dem der Kläger als Bürger nach der Verordnung 1049/2001 handelte. Es geht also um eine fundamentale Frage der Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Gericht und dem GöD als nach Art. 257 AEUV errichteten gerichtlichen Kammer. Damit gilt die allgemeine Rspr., wonach das Unionsorgan kein gesondertes Rechtsschutzinteresse nachweisen muss⁵.
23. Nur ergänzend erlaubt sich die Kommission, auf die erhebliche praktische Bedeutung der Zuständigkeitsfrage hinzuweisen. Jährlich stellen eine hohe Anzahl von abgelehnten EPSO Bewerbern aber auch Bedienstete der Kommission in ihren Beschwerden nach Art. 90 Abs. 2 des Statuts zugleich Anträge auf Zugang zu Dokumenten nach der Verordnung 1049/2001. Sowohl im Interesse der

⁵ Urteil des Gerichtshofs vom 8. Juli 1999, *Kommission/Anic Partecipazioni*, C-49/92 P, Slg. 1999, I-4125, Randnm. 171 und 172.

Kommission als auch der betroffenen Antragsteller sollte die Zuständigkeitsfrage geklärt werden.

24. Aus allen diesen Gründen ist das Rechtsmittel zulässig.

2. Zur Begründetheit

25. Das Rechtsmittel richtet sich gegen die Rn. 70-75 des angegriffenen Urteils.

26. In den genannten Randnummern hat sich das GöD unter Verletzung des Unionsrechts für zuständig erklärt, über *"jeden Streit zwischen einem Beamten und seinem Organ zu entscheiden, der dem zwischen ihnen bestehenden Dienstverhältnis entspringt, ganz gleich, auf welche Vorschriften der Beamte seine Klage stützt."* Und sodann festgestellt, dass es für eine Anfechtungsklage zuständig ist, *"die sich gegen die Weigerung der Kommission richtet, dem Antrag auf Zugang zu Dokumenten stattzugeben, den ein Beamter oder sonstiger Bediensteter auf der Grundlage der Verordnung Nr. 1049/2001 gestellt hat und der dem Dienstverhältnis zwischen dem Beamten oder sonstigen Bediensteten und der Kommission entspringt."*

27. Diese Auslegung widerspricht dem eindeutigen Wortlaut von Artikel 270 AEUV i.V. m Art. 91 Abs. 1 des Statuts sowie Art. 1 von Anhang I der Satzung des Gerichtshofs. Sie ist ebenfalls mit Art. 256, Abs. 1, Satz 1 AEUV i.V. m Art. 8 Abs. 3 der Verordnung Nr. 1049/2001 unvereinbar.

28. Zweck von Art. 270 AEUV und Art. 91 Abs. 1 des Statuts war ursprünglich, ein ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaftsgerichte für Streitsachen zwischen den Gemeinschaften und ihren Bediensteten unter Ausschluss nationaler Gerichte zu begründen.⁶ Dies ist dadurch gerechtfertigt, dass die Bediensteten der Union besonderen dienstrechtlichen Regelungen im Statut unterliegen und die Union ihre Interna und dienstrechtlichen Regelungen unter Berücksichtigung des dienstlichen Interesses einheitlich regeln und anwenden dürfen muss.

⁶ Urteil des Gerichtshofes vom 11. März 1975, *Porrini gegen Europäische Atomgemeinschaft und Comont SpA und Bellintani und andere gegen Europäische Atomgemeinschaft und Cemi SpA*, Rs. 65/74, Slg. 1975 Seite, 319, Randnr. 6-11.

29. Seit Errichtung des GöD gewinnt Art. 270 AEUV iV.m. Art. 91 Abs. 1 Statut aber eine neue Bedeutung. Gemäß Art. 1 von Anhang 1 der Satzung des Gerichtshofs ist das GöD *"im ersten Rechtszug für Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten gemäß Artikel 270 AEUV zuständig"*. Art. 270 AEUV dient nunmehr auch zur Abgrenzung der Zuständigkeit des GöD als Fachgericht gegenüber dem Gericht, welches gemäß Art. 256 Abs. 1 AEUV für die allgemeinen Nichtigkeitsklagen nach Art. 263 AEUV zuständig ist.
30. Im Folgenden wird gezeigt, dass das GöD in Randnr. 70-73 die maßgeblichen Vorschriften zur Zuständigkeitsverteilung zwischen dem GöD einerseits und dem Gericht andererseits verkannt hat.
31. Wie vom GöD in Randnr. 70 des angegriffenen Urteils zunächst richtig festgestellt, begrenzt Art. 270 AEUV die Zuständigkeit des Gerichtshofs auf *"alle Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen [...], die im Statut [...] festgelegt sind"*. Art. 270 AEUV stellt damit unmissverständlich klar, dass der Gerichtshof eben nicht in jeglicher Streitsache zwischen einem Bediensteten und der Union zuständig ist, sondern begrenzt diese auf die im Statut festgelegten Bedingungen.
32. Die entscheidende Norm des Statuts ist Art. 91 Abs. 1, der vom GöD in Randnr. 70 des angegriffenen Urteils unvollständig zitiert wurde. Art. 91 Abs. 1 des Statuts sieht entgegen des Zitats des GöD in Randnr. 70 eben gerade nicht nur vor, dass der Gerichtshof *"für alle Streitsachen zwischen den Gemeinschaften und einer Person, auf die dieses Statut Anwendung findet"* zuständig ist, sondern grenzt diese Zuständigkeit ausdrücklich ein auf Streitsachen *"über die Rechtmäßigkeit einer diese Person beschwerenden Maßnahme im Sinne von Artikel 90 Absatz 2"*. Das GöD hat also übersehen, dass Art. 91 des Statuts nur für Streitigkeiten zwischen der Union und ihren Bediensteten gilt, *die sich aus den für diese geltenden*

*Rechtsgrundlagen ergeben*⁷ und bei denen die prozessualen Bedingungen des Statuts eingehalten worden sind.

33. Die Zuständigkeit des Gerichts für den öffentlichen Dienst ergibt sich folglich nicht aus der Tatsache, dass der Kläger Beamter ist (wie das Gericht für den öffentlichen Dienst in Randnummer 74 des Urteils F-121/07 anzudeuten scheint), sondern aus der Tatsache, dass Streitgegenstand eine beschwerende Maßnahme i.S.v. Art. 90 Abs. 2 des Statuts ist.
34. Auch der nächste Rechtsirrtum des GöD beruht auf einer unvollständigen Sicht der anwendbaren Vorschriften. In Randnr. 72 des angegriffenen Urteils untermauerte das GöD die unbegrenzte Auslegung von Art. 270 AEUV i.V.m. Art. 91 Abs. 1 des Statuts mit einem Hinweis auf Art. 1 des Beschlusses 2004/752/EG, Euratom des Rates vom 2. November 2004 zur Errichtung des GöD. So würde Art. 1 klarstellen, dass das Gericht *"für Entscheidungen über Streitsachen im Bereich des öffentlichen Dienstes der Europäischen Union"* beigeordnet worden ist, *"ohne dass insoweit Einschränkungen genannt werden"*.
35. Dies ist falsch, da Art. 1 des Beschlusses 2004/752/EG, Euratom offenkundig nicht die Zuständigkeit des GöD regeln soll. Art. 2 des Errichtungsbeschlusses, sieht hinsichtlich der Zuständigkeitsverteilung vor, dass ein Art. 62a in die Satzung des Gerichtshofes eingefügt wird, wonach die Zuständigkeitsbereiche des GöD *"im Anhang dieser Satzung"* aufgeführt werden.
36. Art. 1 des Anhangs I der Satzung des Gerichtshofs begrenzt die Zuständigkeit des Gerichts *"auf Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten gemäß Art. 270"*. Damit wird also vollumfänglich die Einschränkung der Zuständigkeit aufgrund der statutären Rechtsgrundlage und dem statutären Vorverfahren beibehalten.
37. Dies wird zusätzlich durch den fünften Erwägungsgrund des Beschlusses 2004/757/EG, Euratom bekräftigt, wonach *"die Bestimmungen über die*

⁷ Urteil *Porrini*, oben, Randnr. 6-11; Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Die neue Gerichtsstruktur der Europäischen Union, S. 397. Siehe auch Kotzur, in Geiger/Khan/Kotzur, Kommentar zum EUV/AEUV, Art. 270 Randnr. 2.

Zuständigkeitsbereiche, der gerichtlichen Kammer in einem Anhang zur Satzung des Gerichtshofs geregelt werden sollen", um sicherzustellen, dass "das Gerichtssystem insgesamt leicht verständlich bleibt".

38. Die von Art. 270 AEUV i.V. m. Art. 91 Abs. 1 des Statuts niedergelegte Zuständigkeitsverteilung ist einfach. Beamte und Bedienstete können gegen eine beschwerende Maßnahme nach Art. 90 Abs. 2 des Statuts vorgehen.
39. In Randnr. 73 des angegriffenen Urteils verkennt dann das GöD sodann die Bedeutung von Art. 8 Abs. 3 der Verordnung Nr. 1049/2001 sowie von Art. 256, Abs. 1, Satz 1 AEUV.
40. Zunächst grenzte das GöD in Randr. 66 des Urteils richtig ab, dass Anträge auf Zugang zu Dokumenten, die nicht die Personalakte und die medizinische Akte eines Beamten nach Art. 26 und 26a des Statuts betreffen, im Rahmen des allgemeinen Rechts auf Zugang zu Dokumenten gewährt werden, in denen der Beamte wie jeder andere Bürger das Verfahren der Verordnung Nr. 1049/2001 einzuhalten hat.
41. Allerdings verkennt es in Randnr. 73 des angegriffenen Urteils, dass die Verordnung Nr. 1049/2001 ein eigenständiges und ausschließliches Rechtsschutzsystem enthält, welches mit den Vorschriften des Statuts schlichtweg unvereinbar ist.
42. Die Verordnung Nr. 1049/2001 soll "jedermann ein Recht auf Zugang zu den Dokumenten der Organe eröffnen".⁸ Sofern ein Beamter auf Grundlage der Verordnung Nr. 1049/2001 den Zugang zu Dokumenten beantragt, handelt er als Unionsbürger. Seine Eigenschaft als Beamter und seine Rechte aus dem Statut spielen bei der Beurteilung seines Rechts auf Zugang zu Dokumenten nach der Verordnung Nr. 1049/2001 keinerlei Rolle. Dies wird nicht durch die rein zufällige Tatsache geändert, dass das Dokument in den Händen der Kommission ist, weil es eine dienstliche Beziehung zwischen dem Antragsteller und der Kommission gibt.
43. Die Verordnung Nr. 1049/2001 soll durch das in Art. 7 und 8 vorgesehene zweistufige Verfahren zum einen eine rasche und leichte Bearbeitung von Anträgen

⁸ Urteil des Gerichtshofes vom 1. Februar 2007, *Sison gegen Rat*, C-266/05 P, Slg. 2007 S. I-1233, Randnr. 43.

auf Zugang zu den Dokumenten der betreffenden Organe und zum anderen – vorrangig – eine gütliche Beilegung von Streitigkeiten ermöglichen, zu denen es kommen könnte. Für die Fälle, in denen es den Beteiligten nicht gelingt, einen solchen Streit beizulegen, nennt Art. 8 Abs. 1 zwei Rechtsbehelfe, nämlich die Klage nach Artikel 263 und die Beschwerde beim Bürgerbeauftragten.⁹

44. Genauer, es wird in Art. 7 und 8 der Verordnung 1049/2001 ein besonderes Verfahren mit sehr kurzen Fristen festgelegt (Erstantrag, Zweitantrag binnen 15 Arbeitstagen nach Eingang beim Generalsekretariat sowie gemäß Artikel 263 AEUV Frist von zwei Monaten für die Einlegung eines Rechtsbehelfs). Diese Fristen sind schlechthin unvereinbar mit den im Statut vorgesehenen Verfahren und Fristen (Antrag, gemäß Art. 90 Abs. 1, der innerhalb von vier Monaten von der Anstellungsbehörde zu bescheiden ist, dann Beschwerde gemäß Artikel 90 Abs. 2 innerhalb von drei Monaten, über die die Anstellungsbehörde binnen vier Monaten entscheidet, bei Ablehnung Beschwerde innerhalb von drei Monaten Klageerhebung beim Gericht für den öffentlichen Dienst).
45. Die vollkommene Unvereinbarkeit dieser vorgenannten Verfahren führt dazu, dass eine beschwerende Maßnahme nach Art. 90 Abs. 2 und die hierauf folgende Ablehnung der Beschwerde des Statuts niemals zugleich die Anforderungen für die Ablehnung eines Zweitantrags nach Art. 8 der Verordnung Nr. 1049/2001 erfüllen können.
46. Exakt aus diesem Grund hat das Gericht in seinem Urteil *Pyres* klargestellt, dass ein Antrag auf Zugang zu Dokumenten schon aus diesem Grund nicht Gegenstand einer Klage nach Art. 91 des Statuts sein kann.¹⁰ In der Rechtssache *Franchet und Byk*, die beide ehemalige Bedienstete der Gemeinschaften waren, wurde bestätigt, dass die Verordnung 1049/2001 Anwendung findet und Rechtsschutz im Rahmen einer

⁹ Urteil des Gerichtshofes vom 26. Januar 2010, *Internationaler Hilfsfonds eV gegen Kommission*, C-362/08 P, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Randnr. 53-55.

¹⁰ Urteil des Gerichts vom 25 Juni 2003, *Pyres gegen Kommission*, T-72/01, Slg. ÖD 2003 Seite I-A-169; Seite II-861, Randnr. 72 i.V. m. Randnr. 62.

Nichtigkeitsklage nach Artikel 263 vor dem Gericht besteht.¹¹ Das Urteil *Kallianos* entkräftet diese Rechtsprechung nicht, da der Kläger sich im Vorverfahren nie auf die Verordnung 1049/2001 berufen hatte und das Gericht nur *obiter* Ausführungen zu einem in der Klageschrift enthaltenen Transparenzargument machte.¹² In jedem Fall aber stellte sich im Rahmen des Verfahren *Kallianos* nicht die Frage der Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Gericht und dem GöD, da das Gericht zu jenem Zeitpunkt sowohl für dienstrechtliche Streitigkeiten als auch für Nichtigkeitsklagen im Rahmen der Verordnung 1049/2001 zuständig war.

47. Das GöD gesteht die Unvereinbarkeit der Verfahren nach dem Statut und unter der Transparenzverordnung in Randnr. 94 und 95 des angegriffenen Urteils zu, indem es *"in Bezug auf die Zulässigkeit außerdem feststellt, dass der Kläger jedenfalls die Verfahren nicht eingehalten hat, die Voraussetzung für die Erhebung der Klage sind"*, da er nicht in der vorgeschriebenen Frist einen Zweit Antrag eingereicht hatte. Im Umkehrschluss hätte das GöD aber folgern müssen, dass wenn der Kläger das in der Verordnung Nr. 1049/2001 vorgeschriebene Verfahren eingehalten hätte, die Klage niemals vor das GöD gelangt wäre.
48. Das GöD erkennt mithin, dass bei einer Klage nach Art. 91 Abs. 2 des Statuts sowohl aus zeitlichen Gründen als auch aus Zuständigkeitsgründen (Entscheidung durch den Generalsekretär der Kommission, der nicht die Anstellungsbehörde ist) nie das Verfahren der Verordnung 1049/2001 eingehalten werden kann. Die selbstgeschaffene Zuständigkeit für die Verordnung Nr. 1049/2001 liefe also ins Leere.
49. Die klare Trennung der Verfahren nach Art. 90 des Statuts und dem Zugang zu Dokumenten nach der Verordnung Nr. 1049/2001 vermindert nach Ansicht der Kommission in keinsten Weise die Rechte der Beamten. Beamte oder andere Personen, auf die das Statut Anwendung findet, werden – wie der Kläger im Ausgangsfall- darauf hingewiesen, dass außer dem Zugang zur Personalakte und

¹¹ siehe z.B. Urteil des Gerichts vom 6. Juli 2006 in den verbundenen Rechtssachen T-391/03 und T-70/04, *Franchet und Byk gegen Kommission*, Randnummer 48;

¹² Urteil des Gerichts vom 17. Mai 2006, *Kallianos gegen Kommission*, T-93/04, Slg. ÖD, 2006 S. I-A-2-115; Seite II-A-2-537.

medizinischen Akte Anträge auf Zugang zu Dokumenten im Rahmen und nach dem Verfahren der Verordnung 1049/2001 zu stellen sind. Der Kläger selber hat von dieser Möglichkeit auch in einer Vielzahl von Verfahren Gebrauch gemacht. Auch sollte hervorgehoben werden, dass die Anstellungsbehörde natürlich im Rahmen einer Beschwerde nach Art. 90 Abs. 2 Statut gemäß der statutären Begründungspflicht Zugang zu Dokumenten gewährt, wie zum Beispiel den Zwischennoten der Jury eines Concours oder dem Beurteilungsbogen in einem internen Auswahlverfahren. Allerdings geschieht dies nicht in Anwendung der Verordnung Nr. 1049/2001 mit der Folge, dass solche Dokumente auch nicht als öffentlich gelten.

50. Die Begründung des GöD in Randnr. 73 des angegriffenen Urteils warum Art. 8 Abs. 3 der Verordnung Nr. 1049/2001 einer Zuständigkeit des GöD nach Art. 270 AEUV nicht entgegensteht ist aber auch noch aus einem anderen Grund rechtsfehlerhaft.
51. Art. 8 Abs. 3 der Verordnung Nr. 1049/2001 stellt klar, dass der Rechtsbehelf gegen einen ablehnenden Zweitbescheid die Anfechtungsklage nach Art. 263 AEUV ist. Art. 256 Abs. 1, Satz 1 stellt aber ausdrücklich klar, dass für Nichtigkeitsklagen nach Art. 263 das Gericht zuständig ist, es sei denn die Zuständigkeit sei ausdrücklich einer gerichtlichen Kammer übertragen worden. Wie oben in Randnr. 28-38 gezeigt, ist aber gemäß Art. 1 Anhang I der Satzung des Gerichtshofes in keinsten Weise die Zuständigkeit für die Verordnung Nr. 1049/2001 auf das GöD übertragen worden, sondern hinsichtlich von beschwerenden Maßnahmen nach Art. 90 Abs. 2 des Statuts.
52. Die Vermischung beider Verfahren und der gerichtlichen Zuständigkeit seitens des GöD entgegen dem klaren Wortlaut von Art. 256, 270 AEUV i/V m. Art. 91 Abs. 1 des Statuts führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit in der Praxis sowohl seitens der Kommission also auch seitens der Antragsteller.
53. Hinzu käme die Gefahr einer unterschiedlichen Rechtsprechung, wenn entgegen Art. 8 Abs. 3 der Verordnung 1049/2001, Art. 256 Abs. 1 AEUV sowie Art. 62 a und Art. 1 des Anhangs I des Statuts des Gerichtshofes zwei Gerichte für die

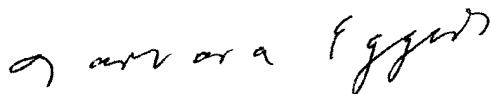
Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 im ersten Rechtszug zuständig wären.

III. ANTRÄGE

Aus den genannten Gründen beantragt die Kommission, das Gericht möge:

1. das Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst vom 20. Januar 2010 in der Rechtssache F-121/07, *Strack/Kommission* insoweit aufheben, als das Gericht für den öffentlichen Dienst darin die Einrede der Unzuständigkeit der Kommission zurückweist.

2. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten des Rechtsmittels.



Dr. Barbara EGGERS



Piedade COSTA DE OLIVEIRA

Prozessbevollmächtigte der Kommission



31. 03. 2011

VOLLMACHT

Die Europäische Kommission hat gemäß Artikel 19 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Union

Piedade COSTA DE OLIVEIRA

und

Barbara EGGERS

beauftragt, sie in dem Rechtsmittel wegen Aufhebung des Urteils des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union, vom **20. Januar 2011**

in der Rechtssache **F-121/07**

Strack
gegen
Kommission

zu vertreten.

Klageschrift

sj.m(2011)355199

Für die Kommission ,

Luis ROMERO REQUENA
Generaldirektor
des Juristischen Dienstes



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 14. Juli 2011
Sj.m(11)850037 BE/sm

An den Herrn Kanzler des
Gerichts der Europäischen Union
Rue du Fort Niedergrünwald
L-2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache T-197/11 P – *Kommission/Strack, Ihr Schreiben vom 6.7.2011*

Sehr geehrter Herr Kanzler,

die Kommission bedankt sich für die Zustellung der Rechtsmittelbeantwortung, die ihr am 7.7.2011 zugegangen ist.

Des Weiteren beehrt sich die Kommission, gemäß Artikel 143, Abs. 1 der Verfahrensordnung zu beantragen dass die Einreichung einer kurzen Erwiderung gestattet wird. Die Rechtsmittelbeantwortung wirft Fragen der Zulässigkeit auf, zu denen die Kommission noch nicht Stellung nehmen konnte. Des Weiteren enthält sie einige Argumente, die angesichts der Bedeutung der Rechtsfragen (Zuständigkeitsverteilung zwischen Gericht und EuGöD) eine kurze Stellungnahme rechtfertigen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Piedade COSTA DE OLIVEIRA

Prozessbevollmächtigte der Kommission

Barbara EGGERS



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 24. August 2011
Sj.m(11)992475 BE/sm

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN UND DIE DAMEN UND HERREN
MITGLIEDER DES GERICHTS**

ERWIDERUNG

Gemäß Artikel 143 Abs. 1 der Verfahrensordnung

in der Rechtssache T-197/11 P

Europäische Kommission, vertreten durch Herrn Julian CURRALL, Leitender Rechtsberater im Juristischen Dienst und Frau Dr. Barbara EGGERS, Mitglied des Juristischen Dienstes der Kommission; Zustellungsanschrift: Antonio Aresu, Berater im Juristischen Dienst der Kommission, Batiment Bech, 5 rue A. Weicker, L-2725 Luxemburg, die sich damit einverstanden erklären, dass Zustellungen per Telefax an die Nr. 00 32 2 299 45 69 bzw. elektronischer Post an die Adresse sj-greffe-contentieux@ec.europa.eu erfolgen.

- Rechtsmittelklägerin -

Gegen

Herrn Guido STRACK, wohnhaft in Köln (Deutschland), vertreten durch Rechtsanwalt Heinrich TETTENBORN, Augsburg (Deutschland)

- Rechtsmittelbeklagter--

Die Kommission beehrt sich, auf die Rechtsmittelbeantwortung wie folgt zu erwidern:

I. ZULÄSSIGKEIT DES RECHTSMITTELS

1. Dem Rechtsmittelbeklagten ist es nicht gelungen, die Unzulässigkeit des Rechtsmittels zu begründen. Zwischen den Parteien ist insofern nur noch strittig, ob die Kommission als Rechtsmittelführerin eines Rechtsschutzinteresses bedurfte bzw. ein solches vorweisen kann.
2. Die Kommission hatte in ihrem Rechtsmittel dargelegt, dass sie vorliegend keines Rechtsschutzinteresses bedurfte, da es sich nicht um eine beamtenrechtliche Streitigkeit handelte, sondern vielmehr um eine institutionelle Angelegenheit, bei der Art. 56 Abs. 3 der Satzung des Gerichtshofs Anwendung findet.¹ Des Weiteren hatte die Kommission dargelegt, dass sie infolge der Abweisung ihrer Unzuständigkeitseinrede *per se* ein Rechtsschutzinteresse habe.² Der Rechtsmittelbeklagte antwortete hierauf, dass in jedem Streitfall zwischen einer Institution und einem Beamten ein Rechtsschutzinteresse in dem Sinne vorliegen müsse, dass die Institution kein Rechtsmittel wegen einer rein akademischen Zuständigkeitsfrage einlegen könne, um ihn als kritischen Ex-Beamten zu sanktionieren und verwies auch auf finanzielle Erwägung sowie die Funktionsfähigkeit der Unionsgerichte.³ Des Weiteren ergebe sich die Unzulässigkeit des Rechtsmittels bereits aus dem Grundsatz des *venire contra factum proprium*, da die Beklagte selber ihn hinsichtlich seiner Rechte aus der Verordnung Nr. 1049/2001 auf den Rechtsweg zum EuGöD verwiesen habe.⁴
3. Die Argumente des Rechtsmittelbeklagten können keine Unzulässigkeit des Rechtsmittels begründen.
4. Zunächst ist festzuhalten, dass der Beklagte dem zentralen Argument der Kommission, wonach es sich bei der Frage der Zuständigkeit für die Verordnung Nr.

¹ Rechtsmittelschrift, Randnr. 22.

² Rechtsmittelschrift, Randnr. 21 und 23.

³ Rechtsmittelbeantwortung, Randnr. 3-7.

⁴ Rechtsmittelbeantwortung, Randnr. 8-10.

1049/2001 gerade nicht um eine beamtenrechtliche Streitigkeit handelt und daher gemäß Art. 56 Abs. 3 der Satzung des Gerichtshofes kein Rechtsschutzinteresse vorliegen muss, nichts entgegenzusetzen vermochte.

5. Aus der Rspr. geht eindeutig hervor, dass das ausnahmsweise Erfordernis eines Rechtsschutzbedürfnisses nur in Streitsachen zwischen der Union und ihren Bediensteten i.S.v. Art. 270 AEUV gilt.⁵ Aus Randnr. 27-53 der Rechtsmittelschrift ergibt sich aber, dass es sich bei der Frage der Zuständigkeit für die Transparenzverordnung Nr. 1049/2001 gerade nicht um eine beamtenrechtliche Streitigkeit hinsichtlich einer beschwerenden Maßnahme nach dem Statut handelt. Insofern ist als zugestanden anzusehen, dass die Kommission vorliegend gemäß Art. 56 Abs. 3 der Satzung des Gerichtshofes kein gesondertes Rechtsschutzinteresse darlegen musste.
6. Nur ergänzend und hilfsweise sei darauf hingewiesen, dass die Kommission in jedem Fall ein Rechtsschutzinteresse hatte. Die Rechtsfigur des Wegfalls des Rechtsschutzinteresses hängt nämlich eng mit dem Begriff der Erledigung zusammen. So sollen Rechtsmittel unterbunden werden, in denen der Rechtsmittelführer zwar mit seinen Anträgen unterlegen, also i.S.v. Art. 9 des Anhangs der Satzung des Gerichtshofs betroffen ist, aber dennoch infolge einer Änderung der tatsächlichen Umstände dieses Unterliegen de facto obsolet geworden ist. Dies wird zum Bsp. Geprüft, wenn ein Rechtsmittelbeklagter inzwischen die begehrte Stelle oder Beförderung durch die Institution erhalten hat. Das Rechtsschutzinteresse soll also Situationen herausfiltern, in denen das rechtliche Unterliegen in der Realität nicht mehr vorliegt und sich daher erledigt hat.
7. Eine solche Situation liegt vorliegend aber gerade nicht vor. Die Kommission ist gemäß Art. 9 des Anhangs 1 der Satzung des Gerichtshofs in ihrer separaten Unzuständigkeitseinrede unterlegen. Diese Beschwer besteht uneingeschränkt fort. Es hat keine zwischenzeitliche Erledigung oder andere faktische Beseitigung dieser Beschwer gegeben.

8. Aus allen diesen Gründen ist das Rechtsmittel nicht mangels Rechtsschutzbedürfnisses unzulässig.
9. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus der Behauptung des Klägers in Randnr. 8-10 der Rechtsmittelbeantwortung, die Kommission habe ihn in eine Klage vor das EuGöD "getrieben" und könne daher nicht plötzlich die Unzuständigkeit des EuGöD geltend machen.
10. Anders als vom Kläger in Randnr. 8 der Rechtsmittelbeantwortung behauptet, ist der Schriftwechsel aus dem Jahr 2005 für die vorliegend streitige Entscheidung vom 12. Januar 2007 in jeder Hinsicht unerheblich. Bei dem E-Mailwechsel vom 25. und 29. November 2005 handelte es sich um einen Antrag des Klägers an das Generalsekretariat der Kommission auf Zugang zu seiner medizinischen Akte, Personalakte und allen anderen Dokumenten über seine Berufskrankheit im Rahmen der Verordnung Nr. 1049/2001. Der zuständige Beamte hatte den Kläger korrekt auf die Art. 26 und 26a des Statuts hingewiesen, die nach ständiger Rspr. eine *lex specialis* darstellen und anders als eine Herausgabe von Dokumenten nach der Verordnung Nr. 1049/2001 auch keine generelle Freigabe der Dokumente an die Öffentlichkeit zur Folge haben und dadurch die persönlichen Daten des Klägers schützen. Die im vorliegenden Verfahren streitige "Entscheidung" betraf aber einen Antrag des Klägers auf "umfassenden Zugang zu allen bei der Kommission über [ihn] verfügbaren Daten und Dokumenten unter allen rechtlichen Gesichtspunkten".
11. In der streitigen "Entscheidung" vom 12.1.2007 hatte die Kommission darauf verwiesen, dass der Kläger keinen derart allgemeinen Antrag stellen könne, sondern je nach Art des Dokumentes Zugang zur Personalakte bzw. medizinischen Akte erhalten könne, bzw. für andere Dokumente, die ihn im Rahmen von Verwaltungsverfahren wie dem OLAF-Verfahren betreffen, in präziser Weise einen Zugang nach der Verordnung Nr. 1049/2001 verlangen könne.

⁵ Urteil des Gerichts vom 12. Mai 2010, *Kommission/Meierhofer*, T-560/08 P, noch nicht in der amtlichen Slg. veröffentlicht, Randnr. 42 sowie Urteil des Gerichtshofs vom 9. Juli 1999, *Kommission/Anic Participazioni*, C-49/92 P, Slg. 1999, I-4125, Randnr. 171 und 172.

12. Sofern der Kläger in Randnr. 9 der Rechtsmittelschrift darlegt, die Kommission habe ihn in ihrer Antwort auf die Beschwerde vom 20.7.2007 gegen die "Nicht-Entscheidung" vom 12.1.2007 in den Rechtsweg zum EuGöD getrieben, obwohl es sich um eine Entscheidung nach der Verordnung Nr. 1049/2001 handelte, ist dies ebenfalls offenkundig unrichtig. So hat die Beklagte in Punkt 2. und 5. der Beschwerde (Anlage A.12 des Ausgangsverfahrens, S. 84 und 87) ausdrücklich ihre Rechtsansicht dargelegt, dass es sich bei dem angegriffenen Schreiben vom 12.1.2007 nicht um eine beschwerende Maßnahme i.S.v. Art. 90 Abs. 2 des Statuts handelt und daher die Beschwerde unzulässig sei. So sei der Kläger lediglich über seine Rechte auf Akteneinsicht informiert worden. Es lag also gerade keine ablehnende Entscheidung nach der Verordnung Nr. 1049/2001 vor, hinsichtlich derer die Kommission den Kläger in Anlage C.3 zum Schriftsatz des Klägers vom 1.9.2008 auf den Rechtsweg zum EuGöD verwiesen hätte.
13. Aus allen diesen Gründen ist das Rechtsmittel zulässig

II. BEGRÜNDETHEIT

14. Der Rechtsmittelbeklagte hat im Rahmen seiner Rechtsmittelbeantwortung auch nicht die Begründetheit des Rechtsmittels zu entkräften vermocht.
15. Dem Rechtsmittelgrund der Kommission, wonach das EuGöD gemäß Art. 270 AEUV i.V.m. Art. 91 des Statuts ausschließlich für beschwerende Maßnahmen nach Art. 90 Abs. 2 des Statuts zuständig sei, aber nicht für jegliche Streitigkeit zwischen den Institutionen und ihren Bediensteten, insbesondere nicht für Anträge auf Zugang zu Dokumenten nach der Verordnung Nr. 1049/2001⁶, hält der Kläger in seiner Rechtsmittelbeantwortung folgendes entgegen. Erstens habe er gar keinen Antrag nach der Verordnung Nr. 1049/2001 gestellt, sondern einen originär beamtenrechtlichen Antrag im Rahmen der Fürsorgepflicht und dem Prinzip der guten Verwaltung auf Herausgabe aller Dokumente, die die Kommission über ihn in Händen halte.⁷ Zweitens würde die Rechtsansicht der Kommission dazu führen,

⁶ Rechtsmittelschrift, Randnr. 25 bis 53.

⁷ Rechtsmittelbeantwortung, Randnr. 12-17.

dass in einer beamtenrechtlichen Streitigkeit nur die positiven Normen des Statuts und keinerlei anderen erhebliche Normen, wie Grundrechte, die Fürsorgepflicht etc. geltend gemacht werden könnten.⁸

16. Diese Argumente stellen den Vortrag der Kommission in keinsten Weise in Frage.
17. Erstens hat der Kläger, anders als in Randnr. 12 der Rechtsmittelbeantwortung behauptet, in seinem Antrag von 22. Dezember 2006 sowie seiner Beschwerde vom 9. April 2007 Zugang zu allen über ihn verfügbaren Dokumenten "*unter allen rechtlichen Gesichtspunkten*" beantragt⁹ und in Randnr. 12 seiner Klageschrift ausdrücklich die Rechte aus der Verordnung 1049/2001 geltend gemacht, um im Wege der Klage Zugang zu den von ihm verlangten Dokumenten zu erhalten. Zugang zu Dokumenten der Kommission, die nicht in der Personalakte oder der medizinischen Akte enthalten sind und auch nicht im Rahmen der Begründungspflicht hinsichtlich einer den Beamten beschwerenden Entscheidung herausgegeben werden, sind auch von Beamten im Rahmen der speziellen durch die Verordnung Nr. 1049/2001 geregelten Verfahren zu beantragen und ergeben sich nicht aus der Fürsorgepflicht oder dem Grundsatz der guten Verwaltung.¹⁰ Insofern musste sich der Kläger auf die Verordnung Nr. 1049/2001 berufen und hat dies auch ausdrücklich getan.
18. Zweitens missversteht der Rechtsmittelbeklagte den Vortrag der Kommission, sie wolle den Rechtsweg nach Art. 270 AEUV allein auf die Anwendung der positiven Normen des Statuts beschränken. Dem ist nicht so.
19. Wie die Kommission in Randnr. 27-33 der Rechtsmittelschrift dargelegt hat, ist der Rechtsweg nach Art. 270 AEUV nur gegeben, insofern eine beschwerende Maßnahme i.S.v. Art. 90 Abs. 2 des Statuts vorliegt. Dies schließt nicht die

⁸ Rechtsmittelbeantwortung Randnr. 14.

⁹ Siehe Anlage A.7 zur Klageschrift im Ausgangsverfahren sowie Anlage B.5 zur Klagebeantwortung im Ausgangsverfahren, S. 35 und 107.

¹⁰ Siehe Urteile des Gerichts vom 25 Juni 2003, *Pyres gegen Kommission*, T-72/01, Slg. ÖD 2003 Seite I-A-169; Seite II-861, Randnr. 72 i.V. m. Randnr. 62 und vom 6. Juli 2006 in den verbundenen Rechtssachen T-391/03 und T-70/04, *Franchet und Byk gegen Kommission*, Randnummer 48 und Randnr. 63, 65-67 sowie 81 des angegriffenen Urteils.

Anwendung von Grundrechten oder infolge des Verweises in Art. 1e) des Statuts sogar von Richtlinien oder jeglicher anderen erheblichen Norm im Rahmen einer beschwerenden Maßnahme aus. Wie aber in Randnr. 41-45 der Rechtsmittelschrift dargelegt, handelt es bei den Regelungen des Zugangs zu Dokumenten um Jedermannrechte, infolge derer keine Maßnahmen i.S.v. Art. 90 Abs. 2 des Statuts erlassen werden. Vielmehr errichtet die Verordnung Nr. 1049/2001 gänzlich selbständige Verfahren, inklusive des Rechtsschutzes, die mit denen in Art. 90 und 91 des Statuts unvereinbar sind.

20. Aus dem Vorliegenden ergibt sich, dass das Rechtsmittel begründet ist, da das EuGöD sich rechtsirrig für Ansprüche aus der Verordnung Nr. 1049/2001 für zuständig erklärt hat.

III. KOSTEN

21. Der Kläger beantragt in Randr. 21 und 22 der Rechtsmittelbeantwortung, dass die Kommission auch seine Kosten des Verfahrens zu tragen habe, da es sich um die Klärung einer nicht den Kläger betreffenden Zuständigkeitsfrage handele und die Kommission ihn fälschlicherweise in den Klageweg zum EuGöD getrieben habe.
22. Dies ist zurückzuweisen. Wie sich aus Randnr. 10-12 oben ergibt, hat die Kommission dem Kläger hinsichtlich seines Antrags auf Zugang zu Dokumenten nach der Verordnung Nr. 1049/2001 niemals den Rechtsweg zum EuGöD nahegelegt. Vielmehr hatte sie den Kläger gebeten, hinsichtlich der von ihm beantragten Dokumente, je nach Charakter des Dokuments das richtige Verfahren zu wählen und insbesondere auf das Verfahren nach der Verordnung Nr. 1049/2001 hingewiesen. Hätte der Kläger diesen Hinweis befolgt und nicht eine Klage gegen einen ihn nicht beschwerenden Hinweis unter Vermengung aller möglichen rechtlichen Gesichtspunkte hinsichtlich aller Möglichen verschiedenen Arten von Dokumenten erhoben, wäre es nicht zu diesem Rechtsstreit gekommen. Es ist daher in keinsten Weise unbillig, dass der Kläger seine eigenen Kosten des Rechtsmittels trägt.

IV. ERGEBNIS

23. Aus allen diesen Gründen hält die Kommission vollumfänglich ihre in der Rechtsmittelschrift genannten Anträge aufrecht.



Dr. Barbara EGGERS

Piedade COSTA DE OLIVEIRA

Prozessbevollmächtigte der Kommission



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 26. Oktober 2011
Sj.m(11)1248771 BE/sm

An den Herrn Kanzler des
Gerichts der Europäischen Union
Rue du Fort Niedergrünwald
L-2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache T-197/11 P – Kommission/Strack

Sehr geehrter Herr Kanzler,

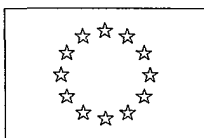
Die Kommission bestätigt, dass sie in diesem Verfahren keine mündliche Verhandlung beantragt. Allerdings behält sie sich vor, wenn notwendig, zur Frage der Zuständigkeit des EuGöD im Rahmen des Verfahrens T-198/11 P Stellung zu nehmen, sofern es dort eine mündliche Verhandlung gibt.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Barbara EGGERS

Piedade COSTA DE OLIVEIRA

Prozessbevollmächtigte der Kommission



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Bruxelles, le 3/1/13

NOTE D'INFORMATION

relative à un arrêt de la Tribunal prononcé le: 13/12/2012

Domaine FONCTION PUBLIQUE EUROPEENNE

Affaire **T-197/11P** – Commission c/ autre partie Guido Strack

Objet Pourvoi formé contre l'arrêt du Tribunal de la fonction publique (deuxième chambre), du 20 janvier 2011, rendu dans l'affaire F-121/07 Strack/Commission, qui rejette un recours ayant pour objet l'annulation de plusieurs décisions de la Commission relatives à l'accès du fonctionnaire aux différents dossiers lui concernant, ainsi qu'une demande de dommages-intérêts.

Mots-clés compétence du TFP en vertu de l'article 270 TFUE, Accès au dossier

Intérêt de l'arrêt:

Le Tribunal clarifie la délimitation entre les compétences du TFP selon l'article 270 TFUE et ses propres compétences selon les articles 256, 263 TFUE.

Le Tribunal confirme tout d'abord que le pourvoi tiré de l'incompétence du TFP de se prononcer sur le règlement n° 1049/2001 est recevable, malgré le TFP avait rejeté les conclusions en annulation du requérant comme irrecevables.

Ensuite le Tribunal précise le champ d'application de l'article 270 TFUE et ainsi la compétence du TFP qui **"se limite aux litiges portant sur la légalité d'un acte faisant grief au sens de l'article 90, paragraphe 2, du statut,"**. Par conséquent, le TFP n'est pas, comme il l'a postulé dans son arrêt sous pourvoi, *"habilité à connaître de toute contestation entre un fonctionnaire et son institution trouvant son origine dans le rapport d'emploi qui les lie, quelles que soient les dispositions que le fonctionnaire invoque à l'appui de son action"*.

Le TFP a donc commis une erreur de droit en se déclarant compétent pour connaître du recours en annulation dans la mesure où il concerne les décisions adoptées sur le fondement du règlement n° 1049/2001.

En outre, le Tribunal souligne qu'une décision de refus d'accès à des documents adoptée sur le fondement du règlement no 1049/2001 ne constitue pas un acte faisant grief au sens de l'article 90, paragraphe 2, du statut en raison des différences tenant à leurs modalités d'adoption respectives et aux condition à remplir pour pouvoir en contester la légalité. Finalement, le Tribunal clarifie qu'une même décision ne saurait être considérée à la fois comme un acte faisant grief au sens de l'article 90, paragraphe 2, du statut et comme une décision attaquant au sens du règlement n° 1049/2001.

Observations	L'arrêt s'inscrit pleinement dans la ligne des observations présentées par la Commission. Il constitue une importante clarification du champ d'application de l'article 270 TFUE et de la relation entre le règlement n° 1049/2001 sur l'une côté et du Statut des fonctionnaires sur l'autre côté.
Dispositif	1) Les affaires T-197/11 P et T-198/11 P sont jointes aux fins du présent arrêt. 2) L'arrêt du Tribunal de la fonction publique de l'Union européenne (deuxième chambre) du 20 janvier 2011, Strack/Commission (F-121/07, non encore publié au Recueil), est annulé en ce que ledit Tribunal s'est considéré compétent pour connaître d'un recours en annulation contre une décision adoptée en vertu du règlement n° 1049/2001. 3) Le pourvoi dans l'affaire T-198/11 P est rejeté. 4) M. Guido Strack supportera ses propres dépens dans les affaires T-197/11 P et T-198/11 P ainsi que les dépens exposés par la Commission européenne dans l'affaire T-198/11 P. 5) La Commission supportera ses propres dépens dans l'affaire T-197/11 P. 6) M. Strack est condamné à payer au Tribunal un montant de 2 000 euros afin de rembourser une partie des frais que ce dernier a dû exposer.
Juge rapporteur	Papasavvas
Agents de la Comm	COSTA DE OLIVEIRA, EGGERS



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 13. 07. 2011

VOLLMACHT

Die Europäische Kommission hat gemäß Artikel 19 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union

Julian CURRALL

und

Barbara EGGERS

Beistand: **Bertrand WÄGENBAUR**
Alber & Geiger
Rue des Colonies, 11
B - 1000 Bruxelles

beauftragt, sie in dem Verfahren Nr. T-198/11P

Guido Strack

andere(r) Verfahrensbeteiligte(r)

Europäische Kommission

zu vertreten.

POUR RECEPTION

Stéphanie NAIUET
13/7/2011

Für die Kommission,

Luis ROMERO REQUENA
Generaldirektor
des Juristischen Dienstes



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 18. Juli 2011

Sj.m(11)861331 BE/sm

An den Herrn Kanzler des Gerichts
der Europäischen Union
Rue du Fort Niedergrünwald
L-2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache T-198/11 P STRACK / KOMMISSION

Sehr geehrter Herr Kanzler,

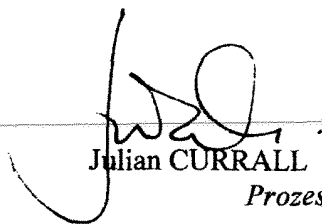
anbei übermittelt Ihnen die Kommission das Original und sechs beglaubigte Kopien der Rechtsmittelbeantwortung sowie die Vollmacht.

Die Kommission erlaubt sich ebenfalls, die Gelegenheit benutzen, auf Ihr Schreiben vom 1/7/2011 hin wie folgt zum Antrag des Klägers auf Verbindung der Rechtssachen T-198/11 P und T-199/11 P wie folgt Stellung zu nehmen:

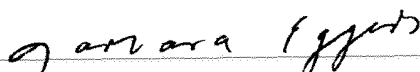
Die Entscheidung über die Verbindung von Rechtssachen nach §50 der Verfahrensordnung steht allein im Ermessen des Gerichts. Die Kommission ist allerdings der Ansicht, dass die beiden Rechtssachen nicht den gleichen Gegenstand haben. Sofern der Kläger in der Rechtssache T-199/11 P mit seinem 1.-9. und 20. Rechtsmittelgrund die im Verfahren T-198/11 P gemachten Rechtsmittelgründe hinsichtlich bestimmter Verfahrensfragen und allgemeiner Kritik des europäischen Gerichtssystems wiederholt, ist darauf hinzuweisen, dass diese offensichtlich unzulässig bzw. unbegründet sind, wie sich aus beiliegendem Schriftsatz ergibt. Diese Gemeinsamkeit scheint der Kommission daher keine Verbindung dieser Rechtssachen zu rechtfertigen.

Dahingegen erschiene es der Kommission angemessen, die Verfahren T-197/11 P und T-198/11 P zu verbinden, da beide die Zuständigkeit des EuGöD für die Verordnung 1049/2001 betreffen. Natürlich steht aber auch dies im Ermessen des Gerichts.

Mit ausgezeichnete Hochachtung,



Julian CURRALL



Dr. Barbara EGGERS
Prozessbevollmächtigte

Bertrand WÄGENBAUR LL.M.
Rechtsanwalt



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 18. Juli 2011

sj.M(11)861331 BE/sm

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN UND DIE MITGLIEDER DES GERICHTS DER
EUROPÄISCHEN UNION**

RECHTSMITTELBEANTWORTUNG

gemäss Art. 141 und 142 VerfO EuG

eingereicht durch die

Europäische Kommission, vertreten durch Herrn Julian Currall, Hauptberater im Juristischen Dienst, sowie Frau Dr. Barbara Eggers, Mitglied ihres juristischen Dienstes, im Beistand von Rechtsanwalt Bertrand Wägenbaur, zugelassen in Hamburg und Brüssel. Zustellungsanschrift: Antonio Aresu, Bâtiment Bech, 5 rue A. Weicker, L-2725 Luxemburg, der Zustellungen an ihn auch per Telefax an die Nummer 0032-2-299 45 69 oder per elektronischer Post an die Adresse sj-grefe-contentieux@ec.europa.eu entgegenzunehmen bereit ist,

- Beklagte und Rechtsmittelbeklagte -

in der Rechtssache T-198/11 P

Rechtsmittel gemäß Art. 9 Anhang I der Satzung des EuGH gegen das Urteil des EuGÖD vom 20. Januar 2011 in der Rs. F-121/07, Guido Strack / Kommission (nachfolgend: streitiges Urteil)

Die Rechtsmittelbeklagte beehrt sich, zu dem Rechtsmittel wie folgt Stellung zu nehmen.

I. TATSACHEN UND VERFAHREN

1. Hinsichtlich der Tatsachen und des Verfahrens verweist die Beklagte auf die Rn. 7 bis 42 des streitigen Urteils.

II. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

A) ZULÄSSIGKEIT UND BEGRÜNDETHEIT DER ZWEIUNDZWANZIG RECHTSMITTELGRÜNDE

- 1) **Erster Rechtsmittelgrund (Rechtsmittelschrift, nachfolgend "RM" Rn. 5 bis 42): Angebliche Unzuständigkeit des Spruchkörpers bzw. Verfahrens- und Begründungsfehler**
2. Der Kläger macht im Wesentlichen eine angebliche Verletzung seines Rechts auf den gesetzlichen Richter geltend und stützt hierauf seinen dritten Rechtsmittelantrag, der auf Aufhebung des Beschlusses vom 8. Oktober 2008 gerichtet ist, mit dem das erstinstanzliche Gericht die Rechtssache an die zweite Kammer verwiesen hat.
3. Diese Rüge ist offensichtlich unbegründet:
4. Erstens, verkennt der Kläger die Autonomie der Verfahrensordnungen der europäischen Gerichte, die nicht im Lichte des nationalen Rechts auszulegen sind¹. Ferner ergibt sich aus dem Urteil des Gerichtshofs in der Rs. „PVC II“², dass ein Kläger keinen Anspruch darauf hat, dass die Zusammensetzung einer Kammer unter allen Umständen unverändert bleibt.
5. Zweitens ist der in Rn. 9 gemachte Hinweis auf das Urteil des EGMR in der Rs. *Sokurenko* unbegründet, da dem Rechtsmittelkläger Zugang zu einem auf Gesetz beruhendem Gericht gewährt wurde. Zudem entnimmt die Beklagte dem Urteil des Gericht in der Rs. *Gualtieri*³, dass es für die Wahrung des Anspruchs auf Rechtsschutz darauf ankommt, dass sich der Gemeinschaftsrichter mit der Rechtssache befasst, nicht hingegen, welche Instanz bzw., innerhalb derselben, welche Kammer.
6. Zu Rn. 34 bis 40: Art. 12 Abs. 2 VerFO schließt eine solche sich an die ursprüngliche Zuweisung (Art. 38 VerFO) anschließende Verweisung an eine andere Kammer nicht aus. Im Übrigen hat das erstinstanzliche Gericht dem Rechtsmittelkläger mit Schreiben vom 17.11.2008 die Gründe für die Verweisung an die zweite Kammer mitgeteilt, unter Hinweis

¹ Vgl. EuG, Rs. T-79/99, *Euro-Lex / HABM*, Slg. 1999, II-3555, Rn. 26.

² EuGH, Verb. Rs. C-238/99 P, C-244/99 P, C-245/99 P, C-247/99 P, C-250/99 P bis C-252/99 P und C-254/99 P, *Limburgse Vinyl Maatschappij U.A. / Kommission*, Slg. 2002 Seite I-08375, Rn. 33 bis 39.

³ Vgl. Beschluss des EuG vom 4.9.2006, Rs. T-413/06 P, *Gualtieri / Kommission*, nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Rn. 24.

auf die veröffentlichten "*Kriterien für die Zuweisung der Rechtssachen an die Kammern*". Mithin hat das erstinstanzliche Gericht nicht gegen die Verteilungsregeln verstoßen.

7. Da der Rechtsmittelkläger somit keinen Anspruch auf Zuweisung an eine bestimmte Kammer hat, war das erstinstanzliche Gericht auch nicht verpflichtet, ihn zuvor anzuhören. Im Übrigen hat der Rechtsmittelkläger am 24.6.2010 zum Schreiben des erstinstanzlichen Gerichts vom 17.11.2008 Stellung genommen.

2. **Zweiter Rechtsmittelgrund** (RM Rn. 43 bis 60): **Angebliches rechtswidriges Ablehnen des Erlasses eines Versäumnisurteils und zur rechtswidrigen Zulassung einer angeblich verfristeten Unzulässigkeitseinrede und Klagebeantwortung der Beklagten**

8. Dieser Rechtsmittelgrund, sowie der zweite Rechtsmittelantrag sind offensichtlich unzulässig. Der Beschluss vom 17.9.2009 war gemäß Art. 9 Anhang 1 Statut EuGH rechtsmittelfähig und ist nunmehr rechtskräftig.

3. **Dritter Rechtsmittelgrund** (RM Rn. 61 bis 72): **Angebliche Rechtswidrigkeit der Fristverlängerungen vom 21.1.2008 und 11.3.2008 zur Einreichung der Klagebeantwortung**

9. In seinem Beschluss vom 17. September 2009 hat EuGöD den Antrag des Rechtsmittelklägers auf Erlass eines Versäumnisurteils zurückgewiesen, mit der Begründung, dass die Fristverlängerungen rechtmäßig waren (vgl. insbesondere Rn. 21 und 22 des Beschlusses vom 17. September 2009). Da der Rechtsmittelkläger gegen diesen Beschluss unstreitig kein Rechtsmittel erhoben hat, ist die dritte Rechtsmittlrüge offensichtlich unzulässig.

4. **Vierter Rechtsmittelgrund** (RM Rn. 73 bis 89): **Rechtswidrigkeit der Nichtvornahme einer Verbindung der Rs. F-121/07 mit vier Parallelverfahren**

10. Auch diese Rüge ist offensichtlich unzulässig.
11. Art. 46 Abs. 1 VerfO des EuGöD lautet wie folgt: *„Im Interesse einer geordneten Rechtspflege kann der Präsident jederzeit nach Anhörung der Parteien mehrere Rechtssachen mit Beschluss zu gemeinsamen schriftlichen oder mündlichen Verfahren oder zu gemeinsamer Entscheidung verbinden, wenn sie miteinander im Zusammenhang stehen“*.
12. Das erstinstanzliche Gericht hat den Antrag des Rechtsmittelklägers vom 15. Januar 2010 auf Verbindung der fünf von ihm angestregten Verfahren mit Beschluss vom 26. Januar 2010 zurückgewiesen und in Rn. 41 ferner festgestellt, dass die beantragte Verbindung *„das Erfassen und die Behandlung der verschiedenen betroffenen Rechtssachen erschwert“*.

13. Mit seinem hiergegen gerichteten Vorbringen⁴ verkennt der Kläger, dass das erstinstanzliche Gericht im Rahmen des Art. 46 Abs. 1 VerfO des EuGöD über ein *weites* Ermessen hinsichtlich der Würdigung der Tatsachen im Rahmen der Prozessführung verfügt⁵. Jedenfalls legt der Kläger nicht dar, inwiefern der angebliche Verfahrensfehler Auswirkungen auf das streitige Urteil und seine Rechte gehabt haben könnte.

5) Fünfter Rechtsmittelgrund (RM Rn. 90 bis 96): Angeblich fehlerhafter vorbereitender Sitzungsbericht, fehlende Korrektur

14. Diese Rüge ist unzulässig: Ausweislich seiner Ausführungen verkennt der Rechtsmittelkläger, dass im vorbereitenden Sitzungsbericht die *„tatsächlichen und rechtlichen Gegebenheiten der Rechtssache sowie das Vorbringen der Parteien zusammengefasst werden“*⁶ und mithin nicht den Inhalt der Akte ersetzt. Vielmehr haben die Richter des EuGöD, *„die an der Beratung teilgenommen haben, während des gesamten Verfahrens Zugang zu allen in den Akten enthaltenen Schriftsätzen, Vorgängen und Unterlagen“*⁷.
15. Mit seinem Vorbringen unterstellt der Kläger jedoch, dass die Richter den Inhalt der Schriftsätze und sein Vorbringen in der mündlichen Verhandlung ignoriert haben, was auf ein unzulässiges Bestreiten von Tatsachen hinausläuft. Überdies hat das EuGöD dem Kläger den Zugang seines Schreibens vom 24. Juni 2010 am 30. Juni 2010 bestätigt. Schließlich hat das EuGöD nicht nur laut des Protokolls der mündlichen Verhandlung besagtes Schreiben zur Kenntnis genommen, wie der Rechtsmittelkläger in Rn. 91 vorträgt. Vielmehr hat es in Rn. 42 des streitigen Urteils auch inhaltlich, nämlich hinsichtlich der Relevanz der Anmerkungen des Rechtsmittelklägers, Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass die weiteren Einwendungen des Rechtsmittelklägers in der mündlichen Verhandlung „im vorliegenden Urteil Berücksichtigung finden“.
16. Diese Fakten bestreitet der Rechtsmittelkläger in unzulässiger Weise, da er keine Verfälschung des Inhalts seiner Schriftsätze geltend macht.

6) Sechster Rechtsmittelgrund (Rn. 97 bis 112): Angebliche Befangenheit des Richters

17. Der Rechtsmittelkläger trägt vor, er habe die „legitime Befürchtung“, dass der Richter [REDACTED] ihm gegenüber befangen gewesen sei, weshalb das EuGöD gegen Art. 6 EMRK und Art. 47 (2) EU-GRC verstoßen habe. Dieses Vorbringen ist verfehlt:
18. Der Rechtsmittelkläger hat im Ausgangsverfahren keinen Befangenheitsantrag gestellt *„weil er offensichtlich ohne jede Erfolgsaussicht gewesen wäre und das Verfahren – zu*

⁴ Eine Verbindung sei „geboten“ (vgl. Rn. 74), die Güteverhandlungen seien eine „implizite Verbindung“ (Rn. 76), die „Trennung“ der Rechtssachen sei „sachlich falsch“ gewesen (Rn. 81) wegen der „Notwendigkeit der gemeinsamen Behandlung“ (vgl. Rn. 82), das EuGöD habe die Schriftsätze in den Rs. F-121/07 und F-132/07 „verwechselt“ (vgl. Rn. 84 und 85) und er habe durch die Nichtverbindung „erhebliche Nachteile“ erlitten (Rn. 89).

⁵ Vgl. in diesem Sinne den Beschluss des EuG vom 21.6.2011, Rs. T-452/09 P, *Rosenbaum / Kommission* (noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht), Rn. 41.

⁶ Vgl. Rs. C-161/97 P, *Kernkraftwerke Lippe-Ems / Kommission*, Slg. 1999, I-2057, Rn. 58.

⁷ Siehe vorstehende Fn.

Lasten des Klägers – nur weiter verzögert hätte“ (vgl. Rn. 101 des Rechtsmittels). Nunmehr versucht er eine Befangenheit zu konstruieren, indem er auf angebliche „Vorfälle“ in der Rechtssache F-62/09 bzw. F-119/07 verweist. Indes lassen die in Rn. 103-107 der Rechtsmittelschrift gemachten Ausführungen nicht auf eine fehlende Unparteilichkeit des Richters im vorliegenden Ausgangsverfahren schließen:

19. Die hinsichtlich der Vergleichsverhandlung in der Rs. F-62/09 aufgestellten Behauptungen sind nicht nur einseitig, sondern unterstellen, dass der Richter [REDACTED] den Rechtsmittelkläger benachteiligen wollte, wofür letzterer keine objektiven Tatsachen vorträgt. Der Rechtsmittelkläger beruft sich in Rn. 107 nämlich lediglich auf einen „Eindruck“, wonach der Richter die „Beklagte begünstigt“ habe.
20. Hinsichtlich der Rs. F-119/07 (vgl. Rn. 108 ff. des Rechtsmittels) kann der Rechtsmittelkläger nicht ernsthaft vor dem Gericht vorbringen, die Ablehnung seiner in dieser Rechtsache beantragten „Klageerweiterung“ begründe im vorliegenden Ausgangsverfahren eine „Befangenheit“.
- 7) **Siebter Rechtsmittelgrund** (RM Rn. 113 bis 121): **Angebliche nachweisbare Unrichtigkeiten in den tatsächlichen Feststellungen des Urteils**
21. Der Rechtsmittelkläger trägt vor, das EuGöD habe den Sachverhalt insgesamt sieben Mal verfälscht.
22. Nach ständiger Rechtsprechung ist die Würdigung von Tatsachen bzw. Beweismitteln Sache des Gerichts für den öffentlichen Dienst, sofern die vorgelegten Beweismittel nicht verfälscht worden sind oder sich die Unrichtigkeit seiner Tatsachenfeststellungen nicht aus den Akten ergibt⁸. Vorliegend hat der Rechtsmittelkläger weder eine Verfälschung noch ggf. deren Auswirkung auf den Tenor des erstinstanzlichen Urteils nachgewiesen:
23. Rn 114: die behauptete Nichtberücksichtigung des Schriftsatzes vom 24. Juni 2010 wird durch Rn. 42 des streitigen Urteils, sowie das Bestätigungsschreiben des EuGöD vom 30. Juni 2010 (vgl. Anlage 9 des Rechtsmittels) widerlegt.
24. Rn. 115 enthält keinen Beweis für eine Sachverhaltsverfälschung, da die vollständigen Klageanträge in Rn. 34 des streitigen Urteils zitiert worden sind.
25. Rn. 116: diese Argumente sind unzulässig.
26. Rn. 117 ist falsch: in Rn. 26 des streitigen Urteils hat der erstinstanzliche Richter das 16 Seiten umfassende Schreiben vom 2. April 2009 (vgl. Anlage 4 des Rechtsmittels) zutreffend zusammengefasst.
27. Rn. 118: Der Rechtsmittelkläger verkennet, dass das EuGöD hinsichtlich einer Vergleichsverhandlung über ein weites Ermessen verfügt. Schließlich behauptet der Rechtsmittelkläger nicht einmal, dass sich die Frage, aus welchen Gründen die

⁸ Vgl. Rs. T-452/09 P, *Rosenbaum / Kommission* (noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht), Rn. 41.

Vergleichsverhandlungen nicht erneut aufgenommen wurden, auf den Tenor des streitigen Urteils auswirkt.

28. Rn. 119 ist offensichtlich unzulässig, da der Rechtsmittelkläger damit eine Tatsachenbewertung des EuGöD bestreitet.

29. In Rn. 120 verkennt der Rechtsmittelkläger, erstens, dass nach ständiger Rechtsprechung⁹:

„die Verpflichtung des Gerichts, seine Urteile zu begründen, nicht [bedeutet], dass es sich detailliert mit jedem vom Rechtsmittelführer vorgebrachten Argument hätte befassen müssen, insbesondere wenn dieses nicht hinreichend klar und bestimmt war und sich nicht auf eingehende Beweise stützte“.

30. Zweitens umfasst das Vorbringen des Rechtsmittelklägers abermals unzulässiges Tatsachenbestreiten, so z.B. hinsichtlich der Rn. 10 („es wird der Eindruck erweckt“).
31. Schließlich weist der Rechtsmittelkläger erneut nicht nach, welche Auswirkung sein Vorbringen auf den Tenor des streitigen Urteils haben soll.

8) Achter Rechtsmittelgrund: Angebliche Verletzung der Sprachenregelung (RM Rn. 122 bis 128)

32. Die offensichtliche Unbegründetheit der Rüge ergibt sich aus Art. 342 AEUV und dem Statut des Gerichtshofs
33. Der Rechtsmittelkläger war in der Lage, sein rechtliches Gehör auszuüben, wie anhand seiner Stellungnahme vom 1. September 2008 deutlich wird.

9) Neunter Rechtsmittelgrund: Angebliche Verfahrensverstöße im Zusammenhang mit der Nichtübersetzung von Verfahrensdokumenten (RM Rn. 129 bis 134)

34. Diese Rüge ist ebenfalls unbegründet:
35. Zum einen übt sich der Kläger im Versuch, einen angeblichen Verfahrensfehler auf reinen Spekulationen bzw. Unterstellungen zu konstruieren (vgl. z.B. Rn.129: „wohl nicht“; Rn. 131: „muss der Kläger zu dem Schluss kommen“; Rn. 132: „scheint es beim EuGöD eine Praxis zu geben“).
36. Zum anderen verkennt er, dass der von ihm angeführte Zeitungsartikel die Sichtweise des jeweiligen Richters wiedergibt. Im Übrigen werden Anlagen nur dann nicht in die Verfahrenssprache übersetzt, wenn kein objektiver Bedarf besteht,
37. Weiterhin trägt der Rechtsmittelkläger nicht einmal ansatzweise vor, ob und ggf. wie sich die von ihm aufgestellten hypothetischen Behauptungen auf das Urteil ausgewirkt haben.

⁹ Vgl. in diesem Sinne den Beschluss des EuG vom 21.6.2011, Rs. T-452/09 P, *Rosenbaum / Kommission* (noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht), Rn. 26.

38. Auf den Antrag auf verfahrensleitende Maßnahmen (vgl. Rn. 134 des Rechtsmittels kommt es nach alledem nicht an.

10) Zehnter Rechtsmittelgrund: Zu dem angeblichen Widerspruch im Zusammenhang mit der Verordnung 1049/2001 (RM Rn. 135 bis 143)

39. Der Rechtsmittelkläger ist der Ansicht, zwischen der Bejahung der Zuständigkeit des EuGöD hinsichtlich des Antrages des Rechtsmittelklägers auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung 1049/2001 (Rn. 69 bis 75 des streitigen Urteils) und der Verneinung der Zulässigkeit wegen Nichteinhaltens der in dieser Verordnung vorgesehenen Verfahrensvorschriften (Rn. 94-95 des streitigen Urteils) bestehe ein Widerspruch.

40. Wie die Kommission in ihrem Rechtsmittel T-197/11 P dargelegt hat, besteht ein Widerspruch nur insofern, als sich das EuGöD rechtsirrig für das Ausgangsverfahren für zuständig erklärt hat, soweit es die VO 1049/2001 betrifft.

41. Jedenfalls werden die in der VO 1049/2001 vorgesehenen ausdrücklichen Verfahrensvorschriften nicht durch Art. 90, 91 Statut außer Kraft gesetzt.

42. Im Übrigen hat sich der Kläger auf die VO 1049/2001 berufen und muss folglich die darin vorgesehenen Verfahrensvorschriften einhalten, was nicht der Fall ist, weil feststeht, dass der Kläger keinen Zweitantrag gestellt hat (vgl Rn. 95 des streitigen Urteils).

11) Elfter Rechtsmittelgrund (RM Rn. 144 bis 237): Angeblich rechtsfehlerhafter Prüfungsansatz und Prüfungsergebnis hinsichtlich der Zulässigkeit des Antrages des Klägers; verfehlte Auslegung der Art. 90 f. Statut, „Außerachtlassung der Grundrechtsdimension“, Begründungsmängel, Rechtsirrtümer.

43. Der von ca. 30 Seiten umfassende elfte Rechtsmittelgrund besteht aus 16 verschiedenen Rügen, die allesamt unzulässig und/oder unbegründet sind:

(a) Grundrechte und effektiver Rechtsschutz (RM Rn. 144 bis 146)

44. Diese rechtspolitischen Ausführungen enthalten keine rechtliche Rüge. Überdies verkennt der Rechtsmittelkläger, dass dieses Recht ihn nicht davon entbindet, bei dessen Ausübung bestimmten prozeduralen Anforderungen gerecht zu werden, was vorliegend nicht der Fall ist.

(b) Angebliche Verkennung der Voraussetzungen nach Art. 91 (2) Statut (RM Rn. 147 bis 152)

45. Diese Kritik des Rn. 98 des streitigen Urteils verkennt den wirklichen Inhalt des streitigen Urteils: das EuGöD hat in den Rn. 15 und 16 festgestellt, dass der Kläger eine Beschwerde im Sinne des Art. 90 (2) erhoben hat und diese zurückgewiesen worden ist. Im Übrigen hat, das EuGöD in Rn. 77 ff. seines Urteils festgestellt, dass die Beschwerde des Klägers vom 9. April 2007 gegen Schreiben gerichtet ist, die mangels Entscheidungscharakters jeweils nicht beschwerdefähig sind.

(c) Angebliche Nichtberücksichtigung der Grundsätze des entschuldbaren Irrtums (RM Rn. 153 bis 161)

46. Diese Argumente sind unzulässig, da sie erstmals in der Rechtsmittelinstanz vorgetragen werden. Das EuGöD prüft zwar die Einhaltung des Vorverfahrens von Amts wegen, nicht aber einen entschuldbaren Irrtum. Letzteres prüft es nur auf Antrag der betreffenden Partei, im Lichte eines entsprechenden Vorbringens. Im Übrigen hat die Anstellungsbehörde in ihrer Beschwerdeablehnung vom 20. Juli 2007 den Rechtsmittelkläger nicht irregeführt, sondern lediglich die streitigen Schreiben erläutert.

(d) Angeblicher Antrag auf Zugang zu persönlichen Daten (RM Rn. 165 bis 166)

47. Der Kläger rügt eine unterlassene Prüfung eines „datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruchs“ i.S.d VO 45/2001, die er in seiner Beschwerde + Rn. 19 seiner Klage gerügt habe.
48. Dies ist zurückzuweisen. Das Antragsschreiben vom 22.12.2006 enthält keinerlei expliziten Bezug auf die VO 45/2001. Sein Antrag lautete: *"wiederholt und unter allen rechtlichen Gesichtspunkten sofortigen und umfassenden Zugang zu allen bei der Kommission über mich verfügbaren Daten und Dokumenten, insbesondere jenen im Zusammenhang mit den o.g. Verfahren"*. Der Bezug auf alle "Daten und Dokumente" ist eine Tautologie, die sich allgemein auf Informationen bezieht. Für einen Antrag auf Auskunft eines Bediensteten über die vorhandenen Daten nach der Verordnung 45/2001 wäre er viel zu unbestimmt. Gerade ein Bediensteter der Union muss einen Antrag auf Auskunft über die über ihn vorhandenen Daten näher spezifizieren, da die Anstellungsbehörde eine Fülle von Daten der aktuellen und ehemaligen Bediensteten verwaltet, zu denen die Betroffenen ohnehin jederzeit Zugang haben, z.B. im Rahmen der Krankenversicherung, Gehalts- und Pensionsberechnungen etc.. Gleiches gilt für alle anderen vom Organ als Arbeitgeber verarbeiteten Daten, die zum Beispiel in der Personalakte, in der medizinischen Akte oder im Sysper2 gespeichert sind.) Daher konnte der Antrag sinnvollerweise nur als solcher auf Zugang zu Dokumenten bzw. zur Personalakte und medizinischer Akte verstanden werden. Es reicht auch nicht, später generell in Beschwerde auf die VO 45/2001 Bezug zu nehmen, wenn kein spezifischer Ausgangsantrag vorhanden war. Sollte das Gericht der Auffassung sein, ein spezifischer Antrag habe vorgelegen, wäre von Amts wegen die Zulässigkeitsfrage zu prüfen, ob der Kläger eine Beschwerde nach Art. 90b des Statuts hätte einreichen müssen.

(e) Antrag auf Zugang zu Dokumenten aus dem Verfahren des Klägers (RM Rn. 167 bis 171)

49. Dieses Vorbringen ist unzulässig, weil der Rechtsmittelkläger zum einen in keiner Weise angibt, welchen Teil des streitigen Urteils er damit zu rügen gedenkt und er zum anderen Tatsachen vorträgt (vgl. Rn. 167 Rechtsmittel) um die vom EuGöD festgestellte Unbestimmtheit seines Ausgangsantrages vom 22.12.2006 zu bestreiten.
50. Das Vorbringen in Rn.168-170, wonach das EuGöD über die VO 1049/2001 hinaus auch Art. 41 bzw. 42 EU-GRC, Art. 15 AEUV, sowie den Fürsorgegrundsatz hätten prüfen sollen, trägt der Rechtsmittelkläger erstmals in seiner Rechtsmittelschrift vor. Jedenfalls

ändert dies nichts an den Feststellungen des EuGöD hinsichtlich der rechtlichen Bewertung der beiden streitigen Schreiben.

(f) „Entschuldbarer Irrtum“ des Klägers bezüglich der Verordnung 1049/2001 (RM Rn. 171 bis 174)

51. Auch diese die Rn. 94 ff. des Urteils in Frage stellende Rüge ist unzulässig, da sich der Rechtsmittelkläger zum einen in erster Instanz nicht auf einen entschuldbaren Irrtum berufen hat und sich seine Rüge zum anderen auf einen Teil des Urteils bezieht, ohne den seine erstinstanzliche Klage dennoch unzulässig wäre¹⁰.

(g) Zur Bedeutung des Schreibens vom 12.1.2007 hinsichtlich der Einsicht in die Personalakte (RM Rn. 175 bis 185)

52. Der Vortrag, dass besagtes Schreiben zwar keine „explizite Aussage“ enthält (Rn. 177), aber dennoch eine „umfassende Antwort“ darstellt (Rn. 180), „in Beantwortung“ seines Antrages (Rn. 181), wobei sich die Beklagte damit „abschließend geäußert“ habe (Rn. 181 in fine), wobei das „Schweigen“ der Beklagten eine „Beantwortung“ des klägerischen Antrages sei (Rn. 184), die einer „vollständigen Antragsablehnung“ „gleichzustellen“ ist (Rn. 184), zumal er schon „ähnliche Anträge“ gestellt hatte (Rn. 185), ist offensichtlich unzulässig. Denn der Rechtsmittelkläger bestreitet damit die tatsächliche Feststellung des EuGöD, dass das Schreiben vom 12. Januar 2007 keine Entscheidung über den Antrag auf Zugang zur Personalakte enthält.
53. Das Vorbringen ist jedenfalls unbegründet, denn entgegen der Rn. 177 des Rechtsmittels folgt aus der Tatsache, dass die Anstellungsbehörde innerhalb von vier Monaten, mit Schreiben vom 12. Januar 2007, auf seinen Antrag vom 22. Dezember 2006 reagiert hat, keineswegs, dass das Schreiben vom 12. Januar 2007 *ipso jure* ein beschwerdefähiger Akt ist.
54. Damit greifen die in Rn. 182 ff. vorgetragenen Rechtsansichten über einen angeblichen Verstoß gegen Art. 13 EMRK und Art. 47 bzw. 52 EU-GRC ins Leere: Das EuGöD kann einem Schreiben nicht eine rechtliche Qualifizierung beimessen, die es ausweislich der Tatsachen nicht hat, nur weil der Rechtsmittelkläger meint, dass er andernfalls in seinem Recht auf Rechtsschutz verletzt sei.

(h) Bedeutung der Schreiben vom 12.1.2007 und 26.2.2007 hinsichtlich der Einsicht in die medizinische Akte bzw. Akte beim PMO ; Zur Bedeutung der Schreiben vom 12.1.2007 und 26.2.2007 hinsichtlich der Einsicht in die „wirkliche“ medizinische Akte des Klägers (RM Rn. 186 bis 193)

55. Soweit der Rechtsmittelkläger in Rn. 187 behauptet, das EuGöD bezeichne die beim PMO geführte Akte als „medizinische Akte im Sinne von Art. 26a Statut“ gibt er der Rn. 82 des streitigen Urteils einen Inhalt, den diese nicht hat.

¹⁰ Vgl. Urteil vom 9. Juni 1992, *Lestelle / Kommission*, 1992 Seite I-03755, Rn. 28.

56. Entgegen den Rn. 188 ff. RM „verzichtet“ das EuGöD in Rn. 82 seines Urteils nicht auf eine Auslegung des Schreibens vom 12. Januar 2007. Vielmehr teilt der Rechtsmittelkläger diese Auslegung nicht, was einem unzulässigen Bestreiten von Tatsachen gleichkommt.
57. Das Vorbringen in Rn. 189, das EuGöD sei von einem „falschen Sachverhalt“ ausgegangen, zielt ebenfalls darauf ab, in unzulässiger Weise Tatsachenfeststellungen zu bestreiten.

(i) Bedeutung des Schreibens vom 12.1.2007 hinsichtlich der nach Ansicht des EuGöD der Verordnung 1049/2001 unterfallenden Dokumente (RM Rn. 194 bis 208)

58. Der Kläger macht hinsichtlich der Rn. 84 bis 91 des streitigen Urteils, die die prozeduralen Voraussetzungen der VO 1049/2001 betreffen, folgende unzulässige Tatsachenausführungen:
59. Rn. 195: Entgegen der Feststellung des EuGöD handele es sich bei dem Schreiben vom 12. Januar 2007 nicht um eine „bloße Aufforderung“ zur näheren Antragsbestimmung im Sinne von Art. 6 Abs. 2 der Verordnung 1049/2001, denn dieses Schreiben habe „Ablehnungscharakter“.
60. Rn. 198-199: Ausführungen über die Frage, wie explizit die im Schreiben vom 12.1.2007 enthaltene Aufforderung um eine Präzisierung des Antrages des Klägers ist, bzw. wie „pauschal“ verglichen zum (nicht streitgegenständlichen) Schreiben der Anstellungsbehörde vom 19.6.2007.
61. Rn. 200 ff.: Darin verkennt der Rechtsmittelkläger, dass ihn die Anstellungsbehörde mit Schreiben vom 1.12.2007 aufgefordert hat, seinen Antrag gemäß Art. 6 Abs. 2 der Verordnung 1049/2001 zu präzisieren, jedoch nicht gehalten sein kann, den Inhalt dieses Antrages an seiner Stelle zu definieren.
62. Rn. 204 und 205: Vortrag, die tatsächlichen Ausführungen in Rn. 87 ff. des streitigen Urteils seien „pure Spekulation“.

(j) Zur Bedeutung des Schreibens vom 12.1.2007 hinsichtlich des sonstigen Antrages des Klägers vom 22.12.2006

63. In den Rn. 209 bis 212 RM rügt der Kläger (erneut), das erstinstanzliche Gericht habe das Schreiben vom 12.1.2007 nicht unter dem Gesichtspunkt der datenschutzrechtlichen Ansprüche des Klägers gemäß Art. 13 VO 45/2001 bzw. seine Grundrechte aus EMRK und EU-GRC geprüft.
64. Hierzu kann auf die Antwort zum 11. Rechtsmittelgrund in Randnr. 48 verwiesen werden.

(k) Zur Bedeutung der Äußerungen im Schreiben vom 12.1.2007 bezüglich „Akten, zu denen der Zugang bereits verweigert worden war“ (RM Rn. 213 bis 219)

65. Der Rechtsmittelkläger rügt, dass sich das EuGöD in Rn. 92 des streitigen Urteils auf eine Hypothese beschränkt habe, was einen „schwerwiegenden Begründungsmangel“ darstelle.

66. Indes bleibt es dem EuGöD unbenommen, eine Rechtsfrage offenzulassen, auf die es aus seiner Sicht letztlich nicht ankommt. Ferner stellt die Behauptung (vgl. Rn. 216 ff.) das Schreiben der Beklagten vom 12.1.2007 sei in diesem Punkt „viel zu unbestimmt“ um „irgendwelche Rechtswirkungen auslösen zu können“, ein unzulässiges Bestreiten von Tatsachen dar, das zudem die rechtliche Bewertung des EuGöD, dass dieses Schreiben auch in diesem Punkt keinen beschwerdefähigen Akt darstellt, bestätigt.

67. Im Übrigen ist die Rn. 92 des angegriffenen Urteils nach dem Verständnis der Beklagten ein zusätzlicher Erwägungsgrund.

(l) Zu der Behandlung der stillschweigenden Ablehnungsbescheide im erstinstanzlichen Urteil (RM Rn. 220 bis 229)

68. Dieses Vorbringen ist unzulässig. Erstens bestreitet der Rechtsmittelkläger damit in unzulässiger Weise den tatsächlichen Inhalt der Schreiben vom 12.1.2007 und 26.2.2007. Zweitens ist seine Ansicht (vgl. Rn. 223), die Beklagte sei verpflichtet gewesen, seine Beschwerde vom 9.4.2007 als gegen die am 22.4.2007 ergangene stillschweigende Ablehnung gerichtet zu betrachten, was das EuGöD verkannt habe, völlig haltlos. Denn eine Beschwerde gemäß Art. 90 (2) des Statuts richtete sich gegen eine im Zeitpunkt ihrer Erhebung existierende (ausdrückliche oder stillschweigende) Entscheidung. Keinesfalls kann eine Beschwerde im Hinblick auf einen *künftigen* Rechtsakt erhoben werden.

(m) (Hilfsweise) Zur selbständigen Anfechtbarkeit der Beschwerdeablehnung (RM Rn. 230 bis 234)

69. Der Beschwerdebescheid vom 20.7.2007 ist nicht isoliert anfechtbar, da er im Verhältnis zu den Schreiben vom 12.1.2007 und 26.2.2007 keinen eigenständigen Gehalt hat und der Rechtsmittelkläger hierzu in erster Instanz nichts Gegenteiliges vorgetragen hat.
70. Im Übrigen läuft die in Rn. 234 vertretene Ansicht darauf hinaus, dass eine Klage gegen Schreiben, die keine beschwerdefähige Entscheidung darstellen, jedenfalls gegen den ablehnenden Beschwerdebescheid zulässig wäre, was rechtlich völlig haltlos ist. Denn dann würde die Unzulässigkeit der Beschwerde durch die Antwort auf die Beschwerde geheilt und die Klage wäre insoweit stets zulässig. Die Ansicht, die Beklagte habe den Rechtsmittelkläger mittels ihres Beschwerdebescheids in einen „Irrtum“ versetzt wird erstmals in der Rechtsmittelinstanz vorgetragen und ist mithin unzulässig. Im Übrigen bestätigt der Beschwerdebescheid, dass keine beschwerende Entscheidung vorlag.

(n) Zur Nichtberücksichtigung der „Korrekturfunktion“ des Verwaltungsvorverfahrens nach Art. 90 ff. des Statuts“ (RM Rn. 235 bis 237)

71. Der Rechtsmittelkläger gibt nicht an, welchen Teil des streitigen Urteils er zu rügen gedenkt.
72. Jedenfalls ist die Ansicht, dass das EuGöD bei der Auslegung der Schreiben vom 12.1.2007 und vom 26.2.2007 gehalten war, die Beschwerdeentscheidung vom 20.7.2007 zu berücksichtigen, verfehlt. Denn wenn ein bestimmtes Schreiben keine anfechtbare

Entscheidung darstellt, mit der Folge, dass die Beschwerde hiergegen unzulässig ist, dann kann der Beschwerdebescheid nicht zur Folge haben, dass sich das Ausgangsschreiben in eine anfechtbare Entscheidung verwandelt.

12) Zwölfter Rechtsmittelgrund: Angeblich rechtsfehlerhafte Nichtzulassung des Schriftsatzes des Klägers vom 2.4.2009 und der darin enthaltenen „Klageerweiterungen“ (RM Rn. 238 bis 255)

73. Diese Rn., sowie der vierte Rechtsmittelantrag betreffen das Ersuchen des Rechtsmittelklägers vom 2.4.2009 um eine ergänzende Stellungnahme zu der von der Beklagten erhobenen Einrede der Unzuständigkeit und Unzulässigkeit und um eine Erweiterung seiner Klageanträge, sowie dessen mit Schreiben der Kanzlei vom 25.5.2009 erfolgte Ablehnung (vgl. Rn. 27 und 26 des streitigen Urteils).
74. Hinsichtlich der Behauptung (vgl. Rn. 240 ff. des Rechtsmittels), in Rn. 27 ff. des Urteils blieben „die wesentlichen Tatsachen unerwähnt“ ist zum einen darauf hinzuweisen, dass der Rechtsmittelkläger daraufhin eine weitere Klage (Rs. F-61/09, *Strack / Kommission*) eingereicht hat, so dass sein Vorbringen obsolet ist. Zum anderen legt der Kläger nicht dar, inwiefern sich sein Vorbringen auf die streitgegenständlichen Schreiben vom 12.1.2007 und 26.2.2007 auswirkt bzw. einen Rechtsfehler belegt, der zu einer Aufhebung des streitigen Urteils führt.
75. Unterstellt man, dass eine „Klageerweiterung“ im Verfahren vor dem EuGöD vorgesehen ist, *quod non*, so steht es jedenfalls im Ermessen des erstinstanzlichen Richters, ob er einem solchen Antrag stattgibt. Im Übrigen hatte der Rechtsmittelkläger Gelegenheit, zu diesen Fragen in der mündlichen Verhandlung vorzutragen.

13) Dreizehnter Rechtsmittelgrund: Begründungsmangel, Verfahrensfehler und Verstoß gegen Grundrechte durch Nichteinziehung und Nichtreaktion des EuGöD auf den Antrag des Klägers auf Beiziehung der Personalakte (RM Rn. 256 bis 258)

76. Der Kläger rügt eine angebliche Verletzung von Grundrechten, da das EuGöD seinen Antrag vom 2.4.2009 auf Beiziehung der Personalakte nicht beschiedenen habe.
77. Indes legt der Kläger in keiner Weise dar, welchen Teil des streitigen Urteils er damit zu rügen gedenkt, noch in welcher Weise sich seine Rüge auf den erstinstanzlichen Tenor auswirkt, so dass sein Vorbringen bereits aus diesem Grunde unzulässig ist.
78. Zweitens ist das Vorbringen unschlüssig, da der Kläger in Rn. 256 selbst auf die dem EuGöD „zustehende Möglichkeit der Heranziehung der Personalakte und der Medizinischen Akte“ verweist. Mithin geht auch der Kläger davon aus, dass die Beiziehung besagter Akten im Ermessen des EuGöD steht.
79. Ferner hat die Kanzlei das Schreiben des Rechtsmittelklägers vom 2.4.2009 zurückgewiesen, wobei dieses Schreiben und der sich anschließende Austausch an Korrespondenz in Rn. 26 ff. des streitigen Urteils erwähnt sind.

80. Schließlich räumt der Kläger im Rahmen des Verfahrens F-61/09 ein, dass er Zugang zu seiner Personalakte hatte, deren Inhalt er sodann rügt.

14) Vierzehnter Rechtsmittelgrund: Begründungsmangel und rechtsfehlerhafte Nichtberücksichtigung der Möglichkeit einer weiteren Güteverhandlung (RM Rn. 259 bis 261)

81. Dieses Vorbringen ist unzulässig, da der Kläger damit weder einen Rechtsmittelgrund vorträgt, noch darstellt wie sich dies auf den Tenor des streitigen Urteils auswirkt. Weiter hat das EuGöD die Parteien im November 2007 und März 2008 zu zwei Güteverhandlungen geladen (vgl. Rn. 18 bis 20 des streitigen Urteils), wobei der Kläger seine Teilnahme am zweiten Gütetermin erst am Vortag abgesagt hat (vgl. Rn. 20 des streitigen Urteils). Vor diesem Hintergrund und angesichts des Ermessens des erstinstanzlichen Richters hinsichtlich der Möglichkeit und Opportunität der Prüfung einer gütlichen Beilegung hält die Beklagte es für ausgesprochen fehl am Platz, wenn der Kläger nunmehr meint, dem EuGöD derlei Vorwürfe machen zu können.
82. Im Übrigen ist dies umso mehr der Fall, als der Kläger in Rn. 260 seines Rechtsmittels auf die in der Rs. F-62/09 getroffene gütliche Einigung verweist – die einzige, zu der er in seinen zahlreichen Klagen bereit war und gegen deren Umsetzung er in der Zwischenzeit eine Beschwerde eingelegt hat.

15) Fünfzehnter Rechtsmittelgrund: Begründungsmangel und Nichtberücksichtigung der klägerischen Rüge hinsichtlich Art. 6 (1) EMRK und Art. 41 und 47 EU-GRC (RM Rn. 262 bis 263)

83. Dieser Rechtsmittelgrund ist unzulässig. Der Kläger gibt weder den Teil des erstinstanzlichen Urteils an, den er damit zu rügen gedenkt, noch erläutert er, inwiefern sich sein „Rechtsmittelgrund“ auf den Tenor des streitigen Urteils auswirkt.

16) Sechzehnter Rechtsmittelgrund: Angeblicher Begründungsmangel, fehlerhafte Auslegung und Anwendung des Art. 11 Statut und Verletzung anderer allgemeiner Rechtsprinzipien (RM Rn. 264 bis 266)

84. Dieser „Rechtsmittelgrund“ ist bereits deshalb unsubstantiierte, weil der Kläger in Rn. 265 meint, mit einem Hinweis auf eine „Ermittlungspflicht des Organs“ die in den Rn. 86, 90 und 97 genannte Rechtsprechung widerlegen zu können. Im Übrigen steht ausweislich der Rn. 95 des streitigen Urteils fest, dass der Kläger keinen Zweitantrag gemäß Art. 7 (2) der VO 1049/2001 gestellt hat.

17) Siebzehnter Rechtsmittelgrund: Angeblicher Begründungsmangel, sowie fehlerhafte Auslegung bzw. Nichtanwendung von Vorschriften der EMRK, der EU-GRC und der Verordnung 45/2001 (RM 267-270)

85. Siehe oben 11. Rechtsmittelgrund, Randnr. 48.

18) Achtzehnter Rechtsmittelgrund: Angebliche Nichtbeachtung der Artikel 13 EMRK und 47 (1) EU-Grundrechtscharta (RM Rn. 271 bis 278)

86. Der Rechtsmittelkläger verkennt, dass die durch Art. 13 EMRK gewährte Garantie eines wirksamen Rechtsbehelfs es dem Unionsgesetzgeber nicht verbietet, ein vorprozessuales Verfahren (Art. 90 Statut) nebst bestimmter Zulässigkeitsvoraussetzungen vorzusehen wie zum Beispiel dem Erfordernis einer beschwerenden Entscheidung.
87. Die in den Rn. 275 bis 278 des Rechtsmittels angestellten allgemeinen rechtspolitischen Überlegungen ändern hieran nichts.

19) Neunzehnter Rechtsmittelgrund: Begründungsmangel und fehlerhafte Nichtanwendung des Art. 25 (2) des Statuts (RM Rn. 279 bis 281)

88. Die hier gerügte angebliche Verletzung der Begründungspflicht (Art. 25 des Statuts) ist bereits deshalb verfehlt, weil die Schreiben vom 12.1.2007 und 26.2.2007 keine anfechtbaren Entscheidungen darstellen, so dass sich die Frage eines ausreichenden Begründung erst gar nicht stellt, und der Beschwerdebescheid vom 20.7.2007 nicht isoliert anfechtbar ist.

20) Zwanzigster Rechtsmittelgrund: Begründungsmangel, fehlerhafte Auslegung und Anwendung der Informations- und Loyalitätspflichten der Institution, sowie weiterer Grundsätze, soweit es das erstinstanzliche Gericht unterlässt, hieraus Rechte des Klägers herzuleiten und/oder Pflichtverletzungen der Beklagten festzustellen

89. Die Rn. 282 bis 284 sind ein Verweis auf den sechzehnten Rechtsmittelgrund, weshalb sich die Beklagte erlaubt, auf ihre diesbezüglichen Ausführungen zu verweisen.

21) Einundzwanzigster Rechtsmittelgrund: Verstöße gegen Art. 52 (1) EU-GRC und die Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit (RM Rn. 285 bis 287)

90. Da das EuGöD besagte Grundrechte und Freiheiten nicht eingeschränkt hat, stellt sich die Frage nach der Gesetzmäßigkeit einer solchen Einschränkung nicht.

22) Zweiundzwanzigster Rechtsmittelgrund: Abschließende Gesamtbetrachtung hinsichtlich eines Verstoßes gegen das Gebot eines fairen Verfahrens im Sinne des Art. 6 (1) EMRK und Art. 47 der EU Grundrechtscharta (RM Rn. 288 bis 327)

91. Der Kläger macht zahlreiche rechtspolitische Ausführungen, die jeden Bezug zum vorliegenden Rechtsmittelverfahren vermissen lassen und daher unzulässig sind.

B) ZU DER ZULÄSSIGKEIT BZW. BEGRÜNDETHEIT DER RECHTSMITTELANTRÄGE 1 BIS 6 (RM Rn. 328 bis 333)

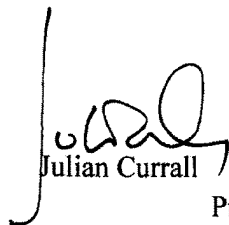
92. Der erste Rechtsmittelantrag ist unbegründet, da er auf Rechtsmittelgründe gestützt ist, die entweder unzulässig und/oder unbegründet sind.
93. Der zweite Rechtsmittelantrag ist offensichtlich unzulässig, da der Rechtsmittelkläger gegen den rechtsmittelfähigen Beschluss des EuGöD vom 17.9.2009 kein Rechtsmittel eingelegt hat.
-
94. Der dritte, vierte und fünfte Rechtsmittelantrag betreffen Entscheidungen des EuGöD, die nicht als solche im Wege eines Rechtsmittels angefochten werden können. Im Übrigen wäre der Rechtsmittelkläger ohnehin präkludiert.
-
95. Der sechste Rechtsmittelantrag, der die Kosten betrifft, ist unbegründet.

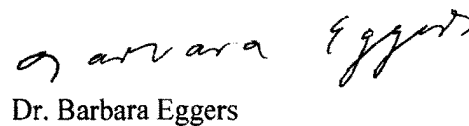
**C) ZU DEM RECHTSMITTELANTRAG ZU 7) AUF ENTSCHÄDIGUNG
WEGEN ANGEBLICH „ÜBERLANGER VERFAHRENSDAUER“ (RM Rn.
334 bis 340)**

96. Erstens hat das EuGöD von seinem Recht Gebrauch gemacht, eine gütliche Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen (Rn. 18 bis 20 des streitigen Urteils), wobei diese Initiative keineswegs eine ungerechtfertigte Verfahrensverlängerung darstellt. Dementsprechend sind die hieraus resultierenden Fristverlängerungen objektiv gerechtfertigt.
97. Zweitens hat die Beklagte im Ausgangsverfahren von ihrem in Art. 76 und 78 Verfo vorgesehenen Recht Gebrauch gemacht, eine Einrede der Unzulässigkeit zu erheben (vgl. Rn. 21 des streitigen Urteils).
98. Drittens hat der Rechtsmittelkläger durch seinen Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils (Rn. 23 des streitigen Urteils) und die damit ausgelöste Fristverlängerung (Rn. 24 Urteil) zur Verlängerung des Verfahrens beigetragen.
99. Viertens hat der Rechtsmittelkläger anschließend nochmals eine erhebliche Verlängerung des Verfahrens verursacht, indem er mit Schreiben vom 2.4.2009 eine „Klageerweiterung“ einreichte (vgl. Rn. 25-29 Urteil), mit Schriftsatz vom 15.1.2010 die Verbindung des Ausgangsrechtsstreits mit einer Reihe anderer Verfahren beantragte (vgl. Rn. 31 Urteil), und im Juni bzw. Juli 2010 weitere schriftliche Eingaben machte (vgl. Rn. 32 bis 33 Urteil).

**AUS DEN VORSTEHENDEN GRÜNDEN BEANTRAGT DIE BEKLAGTE,
DASS DAS GERICHT WIE FOLGT ENTSCHEIDEN MÖGE**

- 1. Das Rechtsmittel wird zurückgewiesen.**
- 2. Der Antrag auf Entschädigung wegen überlanger Verfahrensdauer wird zurückgewiesen.**
- 3. Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.**


Julian Currall
Prozessbevollmächtigte


Dr. Barbara Eggers

Bertrand Wägenbaur LL.M.
Rechtsanwalt



EUROPÄISCHE KOMMISSION

JURISTISCHER DIENST

Brüssel, den 7. März 2012

Sj.m(12)299922 BE/sm

An den Herrn Kanzler des
Gerichts der Europäischen Union
Rue du Fort Niedergrünwald
L-2925 Luxemburg

Betr.: Rechtssache T-198/11 P – Strack/Kommission

Sehr geehrter Herr Kanzler,

Die Kommission beehrt sich, auf Ihr Schreiben vom 22.2.2012 wie folgt zum Antrag des Klägers auf Aussetzung des Verfahrens gemäss Art. 77 a) und d) der Verfahrensordnung Stellung zu nehmen.

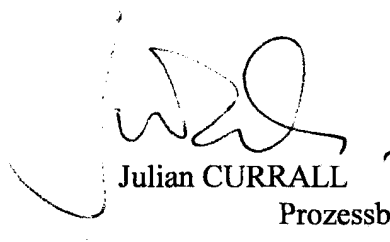
Nach Ansicht der Kommission liegt keiner der vom Kläger geltend gemachten Aussetzungsgründe vor. Das vorliegende Verfahren und das Verfahren T-392/07 haben nicht den gleichen Streitgegenstand i.S.v. Art. 77a) der Verfahrensordnung. Vorliegend handelt es sich um ein Rechtsmittel gegen ein Urteil des EuGöD, welches als einen von ca zwanzig Rechtsmittelgründen einen angeblichen Verstoss gegen das Gebot des gesetzlichen Richters infolge einer Neuzuweisung der Rechtssache innerhalb verschiedener Kammern des EuGöD, also eines nur mit sieben Richtern besetzten Fachgerichts, aufgrund dessen Verfahrensordnung, geltend macht. Das Verfahren T-392/07 hat einen gänzlich anderen Streitgegenstand und der Kläger kündigt nur ein hypothetisches Rechtsmittel zum Gerichtshof gegen ein derzeit noch nicht ergangenes Urteil wegen angeblicher Verletzung des Rechts auf den gesetzlichen Richter infolge der Neuzuweisung der Rechtssache innerhalb des Gerichts während des noch anhängigen Verfahrens an. Es liegt also nicht einmal hinsichtlich dieses einen Rechtsmittelgrundes eine Überlappung des Streitgegenstandes mit einem anhängigen Verfahren vor.

Die Aussetzung entspricht auch nicht dem Gebot der geordneten Rechtspflege i.S.v. Art. 77d) der Verfahrensordnung. Unabhängig vom bereits erwähnten rein hypothetischen Charakter des zukünftigen Rechtsmittels gegen das noch nicht ergangene Urteil in der Rechtssache T-392/07, übersieht der Kläger, dass selbst im Falle eines Auseinanderklaffens der Auslegung von Art. 6 EMRK und Art. 47 der Charta zwischen

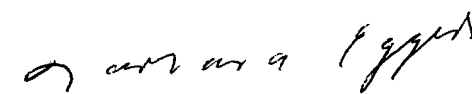
der Rspr. des Gerichtshofs und der des Gerichts durch ein Überprüfungsverfahren nach Art. 256 Abs. 2 AEUV korrigiert werden kann.

Allerdings handelt es sich hier um eine Entscheidung, die allein im Ermessen des Gerichts steht.

Mit ausgezeichneter Hochachtung



Julian CURRALL
Prozessbevollmächtigte der Kommission



Dr. Barbara EGGERS



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz

Brüssel, den **05 MARS 2013**

SG B5/MM/RH/psc -
sg.dsg1.b.5(2013) 340736

Herrn Thomas HOLBACH

per E-mail an:

ask+request-297-
afc9d54f@asktheeu.org

**Ihre Zweitanträge auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung 1049/2001
(GestDem 2012/5925 + 2013/213)**

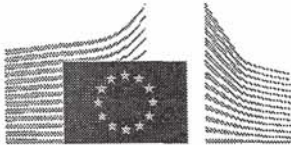
Sehr geehrter Herr Holbach,

ich beziehe mich auf Ihre E-Mail vom 17. Februar 2013, in dem Sie einen Zweitantrag auf Zugang zu Dokumenten stellen.

Wir werden Ihren Antrag so rasch wie möglich bearbeiten. Da wir uns im Augenblick noch mit anderen Kommissionsdiensten über Ihren Antrag beraten, sehen wir uns jedoch veranlasst, die vorgeschriebene Beantwortungsfrist, die am 11. März 2013 abläuft, gemäß Art. 8 Abs. 2 der Verordnung 1049/2001 um 15 Arbeitstage bis zum 4. April 2013 zu verlängern.

Mit freundlichen Grüßen,

Marc Maes
stellv. Referatsleiter



Brüssel, den

E-Mail:

Herrn Holbach

ask+request-297-afc9d54f@asktheeu.org

Betrifft: Antrag auf Zugang zu Dokumenten

Bezug: Ihre E-Mail vom 17. Dezember 2012, registriert am 18. Dezember 2012
unter dem Aktenzeichen GESTDEM 2012/5925

Sehr geehrter Herr Holbach,

ich nehme Bezug auf Ihren oben genannten Antrag, mit dem Sie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ Zugang zu den Dokumenten in den Rechtssachen F-121/04 Guido Strack / Kommission, T-197/11P Kommission / Guido Strack und T-198/11P Guido Strack / Kommission beantragen.

1. GEGENSTAND IHRES ANTRAGS

Ihr Antrag ist umfangreich und bezieht sich auf alle Dokumente sowohl aus der Verwaltungsphase als auch aus den Verhandlungen vor dem Gericht für den öffentlichen Dienst (EUGöD) und dem Gericht, einschließlich der Verträge mit externen Rechtsanwälten.

Wie wir Ihnen bereits mitgeteilt haben, wurde der die Verwaltungsphase betreffende Teil Ihres Antrags der Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit (GD HR) unter dem Aktenzeichen GESTDEM 2013/213 zugewiesen. Der Teil betreffend die gerichtlichen Verfahren wurde dem Juristischen Dienst unter dem Aktenzeichen GESTDEM 2012/5925 zugeteilt.

2. VORSCHLAG EINER ANGEMESSENEN LÖSUNG

Ende Dezember 2012 gingen bei der Kommission drei Anträge auf Zugang zu sämtlichen Dokumenten betreffend zehn Rechtssachen ein, in denen Herr Strack Partei war. Diese Anträge wurden von Ihnen und zwei anderen Mitgliedern des erweiterten Vorstands der Organisation „Whistleblower“ gestellt, deren Vorsitzender Herr Strack ist².

¹ ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43

² Diese Informationen sind öffentlich zugänglich auf der Webseite
<http://www.whistleblower-net.de/uber-uns/vorstand/>

Eine erste Prüfung Ihres Antrags ergab, dass es sich um eine große Zahl von Dokumenten handelt, die erst sehr sorgfältig und eingehend zu prüfen sind, da sie wahrscheinlich personenbezogene Daten enthalten, die nach der Verordnung (EG) 1049/2001 zu schützen sind.

In Anbetracht des für die Bearbeitung Ihres Antrags erforderlichen Arbeitsaufwands und der genannten beiden weiteren Anträgen teilte Ihnen der Juristische Dienst am 18. Januar 2013 per E-Mail mit, dass er nicht in der Lage sein würde, Ihren Antrag binnen der in Artikel 7 der Verordnung (EG) 1049/2001 vorgesehenen Frist zu beantworten. Daher bat er Sie gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EG), Ihren Antrag nochmals zu überdenken, seinen Umfang zu begrenzen und zu präzisieren und anzugeben, in welcher Reihenfolge die Dokumente behandelt werden sollten.

Per E-Mail vom 23. Januar 2013 lehnten Sie diesen Vorschlag ab und nannten den 8. Februar 2013 als Frist für die Beantwortung Ihres Antrags. Dieser Termin entspricht der in Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) 1049/2001 vorgesehenen verlängerten Frist, die anwendbar gewesen wäre, hätte der Juristische Dienst sie beantragt.

Ich kann Ihnen versichern, dass der Juristische Dienst sein Möglichstes getan hat, um Ihren Antrag zu bearbeiten. Die Kommission kann jedoch nicht einen Antragsteller bevorzugt behandeln. Sie muss gewährleisten, dass alle Anträge innerhalb der Fristen gemäß der Verordnung (EG) 1049/2001 beantwortet werden oder sollte dies nicht möglich sein, nach einer angemessenen Lösung suchen, die sowohl den Interessen des Antragstellers als auch denen einer ordnungsgemäßen Verwaltung Rechnung trägt. Daher hat der Juristische Dienst zunächst die wichtigsten Dokumente Ihres Antrags geprüft, d.h. die dem Gericht vorgelegten Schriftsätze der Kommission. Er kann Ihnen hiermit eine erste Antwort betreffend die Dokumente 1, 2, 3, 9, 10, 11, 12, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 31 (siehe unten) übermitteln.

Was die restlichen Dokumente anbelangt, schlägt Ihnen der Juristische Dienst vor, gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EG) 1040/2001 Ihnen Ende März eine zweite Antwort zu geben. Diese Unterlagen betreffen hauptsächlich Gebühren und Verträge mit den externen Rechtsanwälten sowie Dokumente im Zusammenhang mit der Güteverhandlung, die letztendlich nicht erfolgreich war.

3. DOKUMENTE AUS DEN RICHTLICHEN VERFAHREN

Nach Prüfung der Akten des Juristischen Dienstes wurde festgestellt, dass folgende Unterlagen unter Ihren Antrag fallen:

Rechtssache F-121/07—Strack c/ Kommission

1. JUR(2007)46066 – Vermerk an den ehemaligen Generaldirektor der ehemaligen Generaldirektion (GD) ADMIN zur Übersendung der Klageschrift
2. LETT(2007)45021 – Antwort des ehemaligen GD ADMIN
3. JUR(2007)46102 – Vollmacht
4. JUR(2007)46143 – Vermerk an Herrn Chêne (ehemaliger GD ADMIN) über die Güteverhandlung
5. JUR(2007)46150 – Schreiben an das EUGöD zur Güteverhandlung
6. JUR(2008)45041 – Schreiben an das EUGöD zur Güteverhandlung
7. JUR(2008)45158 – Schreiben an das EUGöD zur Güteverhandlung
8. JUR(2008)45249 – Schreiben an das EUGöD zur Güteverhandlung
9. JURM(2008)9107 – Einrede der Unzulässigkeit

10. CONT(2009)7024 – Beschluss vom 17. September 2009 (Einrede der Unzulässigkeit und der Unzuständigkeit)
11. PVR(2009)751 – Vollmacht
12. JURM(2009)9201 – Klagebeantwortung
13. JUR(2009)45835 – Schreiben zur Übermittlung der Verträge an den Rechtsanwalt SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1439 und SJ/2009/1440
14. JUR(2009)45840 – Vertrag für den Rechtsbeistand (Rechtssache F-121/07)
15. LETT(2010)5501 – Rechnung des Rechtsanwalts
16. LETT(2010)5945 – Rechnung des Rechtsanwalts
17. Ares(2010)823661 – Vollmacht
18. Ares(2010)900388 – Schreiben zur Übermittlung des Vertrags an den Rechtsanwalt SJ/2010/1732

Rechtssache T-197/11P – Kommission c/ Strack

19. C(2011)1670 – Beschluss der Kommission, gegen die Entscheidung des EU GöD vom 20. Januar 2011 in der Rs. F-121/07 Rechtsmittel einzulegen
20. Ares(2011)363185 – Rechtsmittel + Vollmacht
21. Ares(2011)770340 – Schreiben an das EU GöD: Antrag auf die Einreichung einer kurzen Erwiderung
22. Ares(2011)905523 – Erwiderung
23. Ares(2011)1142760 – Schreiben an das EU GöD: mündliche Verhandlung
24. Ares(2013)33766 – interner Vermerk zum Urteil in der Rs T-197/11P

Rechtssache T-198/11P – Strack c/ Kommission

25. Ares(2011)767212 – Vollmacht
26. Ares(2011)788681 – Rechtsmittelbeantwortung, Vollmacht und Bemerkungen zum Verbindungsantrag
27. Ares(2011)863895 – Schreiben zur Übermittlung von Verträgen an den Rechtsanwalt SJ/2011/1952
29. Ares(2011)883346 – Schreiben zur Übermittlung eines Vertrags an den Rechtsanwalt SJ/2011/1952
29. Ares(2011)1085143 – Rechnung des Rechtsanwalts
30. Ares(2012)210783 – Schreiben an den Rechtsanwalt zur Übermittlung des Antrags auf Aussetzung.
31. Ares(2012)282460 – Bemerkungen zum Antrag auf Aussetzung

4. GEGENSTAND DIESER ANTWORT

Wie in Punkt 3 angeführt, bezieht sich diese Antwort auf die Dokumente Nr. 1, 2, 3, 9, 10, 11, 12, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 31.

5. PRÜFUNG

Nach eingehender Prüfung dieser Dokumente anhand der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001/EG freue ich mich Ihnen mitzuteilen, dass wir sie Ihnen vollständig zugänglich machen können mit Ausnahme folgender personenbezogener Daten, die unter die Ausnahmeregelung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b („*Schutz personenbezogener Daten*“)³ der Verordnung (EG) 1049/2001 in Verbindung mit der europäischen Gesetzgebung zum Datenschutz fallen:

³ “Die Organe verweigern den Zugang zu einem Dokument, durch dessen Verbreitung Folgendes beeinträchtigt würde: ... b) der Schutz der Privatsphäre und Integrität des Einzelnen, insbesondere gemäß den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft über den Schutz personenbezogener Daten.“

- Dokument Nr. 9 (JURM(2008)9107): Name des Arztes des ärztlichen Dienstes (S. 7).
- Dokument Nr. 12 (JURM(2009)9201): Name des Arztes des ärztlichen Dienstes (S. 3) und Name des vom Kläger gewählten Arztes (S. 4).
- Dokument Nr. 26 (Ares(2011)788681): Name des Berichterstatters (S. 4 und 5).

Die Offenlegung dieser Informationen, die weder vom Gericht für den öffentlichen Dienst noch vom Gericht weitergegeben wurden, würde die Rechte der betroffenen Personen auf den Schutz ihrer Privatsphäre verletzen und damit gegen Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) 1049/2001 verstoßen. Nach Artikel 8 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr⁴ dürfen Daten einem Empfänger nur übermittelt werden, wenn dieser die Notwendigkeit der Datenübermittlung nachweist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass die berechtigten Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt werden könnten. Im vorliegenden Fall kann ich keine Notwendigkeit erkennen, die für eine Offenlegung der nicht zugänglich gemachten Daten sprechen würden⁵.

Folglich erhalten Sie beiliegend eine Kopie der Dokumente 1, 2, 3, 11, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25 und 31 sowie eine geschwärzte Fassung der Dokumente 9, 12 und 26. Ich muss sie jedoch darauf aufmerksam machen, dass diese Dokumente ohne vorherige Genehmigung der Kommission nicht für kommerzielle Zwecke vervielfältigt oder verbreitet werden dürfen.

Das Dokument Nr. 10 ist ein auf der Webseite des Gerichts einsehbares öffentliches Dokument.

6. DOKUMENTE VON DRITTEN: Vom Kläger vorgelegte und von den Gerichten erstellte Dokumente

Was einerseits die vom Kläger beim Gericht für den öffentlichen Dienst und beim Gericht in den Rechtssachen F-121/04, T-197/11P und T-198/11P eingereichten Schriftstücke und andererseits die von diesen Gerichten erstellten Dokumente anbelangt, ist die Kommission der Auffassung, dass diese nicht unter die Verordnung (EG) 1049/2001 fallen. Rechtsgrundlage der Verordnung (EG) 1049/2001 ist Artikel 255 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft⁶, der mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 durch Artikel 15 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ersetzt wurde. Zwar wird durch Artikel 15 Absatz 3 AEUV das Recht auf Zugang zu den Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union erweitert, aber Artikel 15 Absatz 4 legt folgendes fest: *„Dieser Absatz gilt für den Gerichtshof der Europäischen Union ... nur dann, wenn ... [er] Verwaltungsaufgaben ... [wahrnimmt].“*

Somit ist klar, dass auch nach der Anpassung der Verordnung (EG) 1049/2001 an den Vertrag von Lissabon die von Dritten vorgelegten Dokumente, wie etwa in diesem Fall

⁴ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

⁵ Urteil des Gerichtshofs vom 29. Juni 2010, Rechtssache C-28-08P, Europäische Kommission / The Bavarian Lager Co. Ltd., Randnummern 77-78, Sammlung der Rechtsprechung 2010, I-06051.

⁶ Dieser Artikel galt lediglich für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission, nicht aber für den Europäischen Gerichtshof.

die Schriftstücke des Klägers, sowie die im Rahmen gerichtlicher Verhandlungen erstellten Dokumente des Gerichtshofs der Europäischen Union nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Öffentlichkeit auf den Zugang zu Dokumenten fallen. Die Kommission selbst erhielt diese Schriftsätze und Unterlagen nur aufgrund ihrer Rolle als Verfahrensbeteiligte gemäß Artikel 20 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union war⁷.

Darüber hinaus hat der Gerichtshof in seinem Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-514/07P, C-528/07P und C-532/07P hinsichtlich der Schriftsätze festgestellt: "[...] Ebenso werden nach den Verfahrensordnungen der Unionsgerichte die Schriftsätze nur den Verfahrensbeteiligten zugestellt. [...] Daher ist festzustellen, dass weder die Satzung des Gerichtshofs noch die Verfahrensordnungen ein Recht auf Zugang zu den beim Gerichtshof im Rahmen von Gerichtsverfahren eingereichten Schriftsätzen vorsehen."⁸.

Aus diesen Gründen gilt die Verordnung (EG) 1049/2001 nach Auffassung der Kommission im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren lediglich für die eigenen Schriftstücke des Organ, nicht aber für Schriftstücke, die von anderen Verfahrensbeteiligten vorgelegt wurden und auch nicht für Dokumente, die der Gerichtshof der Europäischen Union erstellt hat. Andernfalls würde der Zweck von Artikel 15 AEUV und der Verfahrensordnung des Gerichtshofs in Frage gestellt.

Deshalb muss ich Ihnen leider mitteilen, dass die Schriftstücke des Klägers und die Dokumente des Gerichts für den öffentlichen Dienst und des Gerichts aus den Rechtssachen F-121/04, T-197/11P und T-198/11P nicht zugänglich werden können.

7. RECHTSBEHELF

Sollte Ihnen an einer Überprüfung dieses Standpunktes gelegen sein, so können Sie binnen 15 Arbeitstagen nach Erhalt dieses Schreibens bei der Generalsekretärin der Kommission unter nachstehender Anschrift schriftlich einen Zweitantrag stellen. Die Generalsekretärin wird Ihnen innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Registrierung Ihres Antrags das Ergebnis der Überprüfung mitteilen. Der beantragte Dokumentenzugang wird Ihnen entweder gewährt oder verwehrt. Im letzteren Fall werden Sie über Ihre Rechtsmittel belehrt. Der gesamte Schriftverkehr ist an folgende Anschrift zu richten:

Die Generalsekretärin
Europäische Kommission
B-1049 BRÜSSEL
Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu

Mit freundlichen Grüßen



Luis ROMERO REQUENA

Anlagen: 16 Dokumente

⁷ ABl. C 115 vom 9.5.2008, S. 210.

⁸ Urteil des Gerichtshofs vom 21. September 2010 in den verbundenen Rechtssachen C-514/07P, C-528/07P und C-532/07P, Schweden / API und Kommission, Randnummern 98 und 99, Sammlung der Rechtsprechung 2010, I-08533.



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Bruxelles, le 10 décembre 2009
JUR(2009)45835 JC/sm

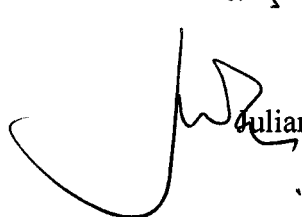
Maître Bertrand WÄGENBAUR
Cabinet d'avocats
Kemmler, Rapp, Böhlke
Rond-Point Schuman 9/9
1040 BRUXELLES

Objet: Affaires STRACK / COMMISSION
F-61/09, F-62/09, F-118/07, F-121/07 et F-132/07

Maître, *Cher Bertrand*

Je vous fais parvenir ci-joint les originaux des contrats d'assistance juridique SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1439 et SJ/2009/1440 établis pour les affaires en objet et signés par la Commission.

Je vous prie d'agréer, Maître, l'assurance de ma considération distinguée.

Be c' us

Julian CURRALL

Annexes



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1439

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. Jürgen GRUNWALD

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wägenbaur,
Cabinet d'avocats *Kemmler Rapp Böhlke*
Rond-Point Schuman 9/9
1040 Bruxelles

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-121/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - Objet du contrat:

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, **ci-après « les agents » de la Commission.**

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 4.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires, seront versés au compte

[REDACTED] selon l'échéancier
suivant:

B

3.000 € pour la procédure écrite

1.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

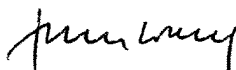
Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

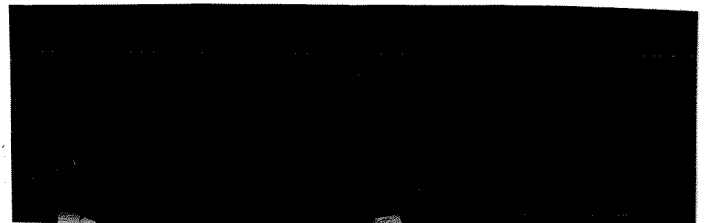
3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

Fait à Bruxelles, le 9/12/2009 et en double exemplaire



Pour la Commission



Pour le Contractant



CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission. Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de la Communauté.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement – Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies sont uniquement destinées à être enregistrées dans les livres comptables de la Commission et à être utilisées dans ses procédures de paiement. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ses procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission des Communautés européennes.

Article 8 – Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 – Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget des Communautés européennes dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde

Article 11 – Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.

KEMMLER RAPP BÖHLKE
EU LAW OFFICE

SERVICE JURIDIQUE
CELLULE FINANCIÈRE

04.01.10 000001

let. 5501

ROND POINT SCHUMAN 9, BTE 9
B - 1040 BRUXELLES
BELGIQUE

TÉLÉPHONE +32-2-230 90 75
TÉLÉCOPIEUR +32-2-230 14 16
E-MAIL KRB@EUROJURA.BE

Commission Européenne
Service Juridique
Berlaymont
200 rue de la Loi
1049 Bruxelles

Le 15 décembre 2009

A l'attention de
Monsieur Jürgen Grunwald
Conseiller Juridique

TVA : Néant

Note d'honoraires Nr. 2009/162

Pour nos prestations dans le cadre de l'affaire

F-121/07

Guido STRACK

Contrat d'assistance juridique SJ/2009/1439

je me permets de porter au compte de la Commission européenne,

un premier acompte de € 3.000,-
sur les honoraires convenus
de € 4.000,-.

Auriez-vous l'obligeance de verser ce montant au compte

D'avance, nous vous en remercions.

Bertrand Wägenbaur LL.M (Newcastle)
Rechtsanwalt (Oberlandesgericht Hamburg)
Avocat associé (Barreau Français de Bruxelles)

bertrand.waegenbaur@eurojura.be

SERVICE JURIDIQUE
CELLULE FINANCIÈRE
16.0710 000555
65775345
Rue des Colonies, 11
B-1000 Bruxelles

WÄGENBAUR

SPRL*

b.waegenbaur@albergeiger.com

Tel ++ 32 2 517 61 64

Fax ++ 32 2 517 65 00

GSM++32 476 45 55 52

12 juillet 2010

Commission européenne
Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)
200, Rue de la Loi
B-1049 Bruxelles

TVA : Non assujettie

FACTURE 16 / 2010

Pour mes prestations dans le cadre du contrat d'assistance juridique SJ/2009/1439 portant sur recours dans l'affaire F-121/07, **Guido Strack c./ Commission**, je me permets de porter au compte de la Commission, comme suite à l'audience du 6.7.2010 devant le TFP, les honoraires convenus pour l'audience,

- Procédure orale,

1.000 €

Je vous prie de bien vouloir effectuer le paiement par virement bancaire

Bertrand Wägenbaur LL.M.
Rechtsanwalt (Hamburg)
Avocat (Bruxelles)

*Société civile à forme de société privée à responsabilité limitée
No. de TVA: BE 0471.394.066

IBAN: BE41 3101 3904 1910

BIC: BBRUBEBB



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Bruxelles, le 3 décembre 2010

Sj.m(10)992685 JC/sm

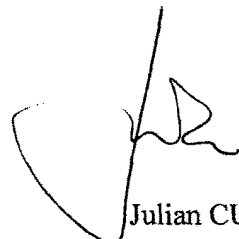
Maître Bertrand WÄGENBAUR
Alber & Geiger
Rue des Colonies 11
1000 BRUXELLES

Objet: Affaires F-121/07 et F-132/07 STRACK/COMMISSION

Maître, *Cher Bertrand*

Nous vous faisons parvenir ci-joint deux exemplaires définitifs des contrats d'assistance juridique SJ/2010/1732 et SJ/2010/1733 établis pour les affaires en objet et signés par M. Romero Requena.

Nous vous prions d'agréer, Maître, l'assurance de notre considération distinguée.


Julian CURRALL

Annexes



COMMISSION EUROPÉENNE

SERVICE JURIDIQUE

Ref. Ares(2010)900388 - 03/12/2010

Contrat d'assistance juridique SJ/2010/ 1732

La Communauté européenne, représentée par la Commission, elle-même représentée par

M. L. ROMERO REQUENA, Directeur général

ci-après la « Commission »

Et

Maître Bertrand Wägenbaur,
Alber & Geiger
Rue des Colonies 11
1000 BRUXELLES

ci-après le « Contractant »

Ont convenu

- dans le cadre de l'affaire n° F-121/07 Guido STRACK / COMMISSION,

ci-après « la présente affaire »

ayant pour objet:

Affaire statutaire devant le TFP

Ce qui suit:

1 - Objet du contrat:

La mission a pour objet d'assister la Commission dans le cadre de la présente affaire pour le suivi de laquelle la Commission est représentée par Julian CURRALL et Barbara EGGERS ou toute autre personne désignée ultérieurement, **ci-après « les agents » de la Commission.**

Dans l'exercice de la mission définie pour la présente affaire, le Contractant se conforme aux instructions et aux délais donnés par le ou les agent (s) de la Commission.

2 - La Commission versera au Contractant, à titre d'honoraires, la somme forfaitaire de 1.000 €.

Cette somme couvre l'ensemble des dépenses, charges et frais exposés par le Contractant.

Ces honoraires seront versés au compte

[REDACTED]

ING Belgium NV
Kantoor Brus-Schuman
8 Rond Point Robert Schuman
1040 BRUXELLES

La facturation se fait selon l'échéancier suivant:

1.000 € pour la procédure orale.

Les honoraires seront payés sur présentation de factures se référant au présent contrat et précisant les prestations accomplies.

Les factures sont adressées à l'adresse suivante:

Commission européenne

Cellule financière du Service Juridique (BERL 1/121)

B-1049 Bruxelles

3 - Tout différend sur l'application du présent contrat fait l'objet d'une consultation préalable entre les parties. Si le différend persiste, elles conviennent des modalités appropriées en vue de son règlement, y compris de la désignation du juge compétent et du droit applicable.

4 - Sont annexées au présent contrat, les « conditions générales applicables aux contrats d'assistance juridique » qui lui sont intégralement applicables. En cas de conflit, les dispositions du présent contrat prévalent.

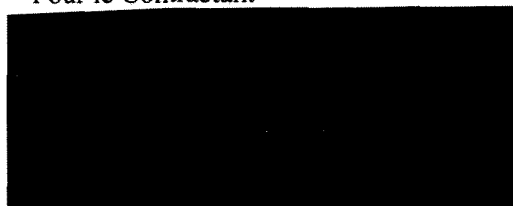
Fait à Bruxelles....., le 2 / 12 / 2016..... et en double exemplaire



Pour la Commission

L. ROMERO REQUENA
(L/01/00000/S17254)

Pour le Contractant



CONDITIONS GENERALES APPLICABLES AUX CONTRATS D'ASSISTANCE JURIDIQUE**Article 1 - Obligations du Contractant**

Le Contractant agit sur instruction du ou des agents de la Commission européenne (ci-après dénommée "La Commission"). Il s'engage à s'acquitter dans l'intérêt de la Commission, selon les meilleures pratiques professionnelles et sa déontologie, des tâches qui lui ont été confiées.

Article 2 - Obligation de discrétion et propriété intellectuelle

Le Contractant s'engage, en son nom, celui de son personnel et de sa société à n'utiliser en dehors de sa mission, et à ne divulguer à des tiers ni à utiliser contre les intérêts des Institutions, aucuns faits, informations, connaissances, documents ou autres dont il aurait reçu communication ou pris connaissance à l'occasion de l'exécution du contrat, ainsi qu'aucun des résultats de ses travaux. Ces obligations persisteront après l'exécution du présent contrat.

Tous les résultats ou droits y afférents, notamment les droits d'auteur et autres droits de propriété intellectuelle, obtenus dans le cadre de l'exécution du Contrat sont la propriété exclusive de l'Union européenne.

Article 3 - Résiliation du contrat

Chaque partie contractante peut, par sa seule volonté, résilier le contrat moyennant un préavis de 15 jours et sans être tenue à une quelconque indemnité à ce titre.

Au cas où l'une des parties contractantes a résilié le contrat, le Contractant n'a droit qu'à une rémunération correspondant à l'exécution partielle du contrat à savoir, les prestations exécutées effectivement jusqu'à la date de résiliation. Dans ce cas, le montant dû est calculé en imputant au préalable tous paiements déjà effectués. Au cas où les paiements effectués avant la résiliation sont d'un montant supérieur à la somme due finalement, l'excédent doit être remboursé intégralement par le Contractant à la Commission dans un délai de 30 jours à partir de la date de demande de remboursement de la Commission.

En cas de manquement grave du Contractant à ses obligations contractuelles, manquement dûment constaté par la Commission, le contrat peut être résilié à tout moment, par lettre recommandée, sans préavis ni indemnité quelconque de la part de la Commission.

Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 4 - Cession du contrat et prestations des tiers

Le Contractant ne peut, sans autorisation préalable par écrit de la Commission, céder tout ou partie des droits et obligations dérivant du contrat, ni sous-traiter - même en partie - l'exécution de tâches qui lui ont été confiées, ni substituer, en fait, des tiers aux mêmes fins.

Même lorsque la Commission autorise le Contractant à céder à des tiers ou à des sous-traitants, la totalité ou une partie du contrat, il n'est pas libéré, pour autant, envers la Commission, des obligations qui lui incombent en vertu du présent contrat.

Article 5 - Conflits d'intérêt

Le Contractant porte à la connaissance de la Commission, sans délai et par écrit, toutes les situations susceptibles de conduire à un conflit d'intérêt. Le Contractant s'abstient de toute relation susceptible de compromettre l'indépendance requise pour l'exécution des prestations qui lui ont été confiées.

Article 6 - Modalités de paiement – Entités légales et coordonnées bancaires

Les paiements seront effectués en euros.

La Commission s'engage à payer les sommes dues en exécution du contrat dans un délai maximum de 30 jours à compter de la date de l'enregistrement de la demande de paiement à la cellule financière du Service juridique, et pour autant que le Contractant se soit enregistré dans le système comptable de la Commission et que la demande de paiement soit correctement établie et conforme aux faits et aux dispositions du présent contrat. Le paiement résulte être effectué à la date du débit du compte de la Commission.

En cas de paiement tardif, le contractant a droit au versement d'intérêts, à condition que les intérêts calculés soient d'un montant supérieur à 200 EUR. Si les intérêts ne dépassent pas 200 EUR, le contractant peut demander à bénéficier d'un intérêt de retard, au plus tard deux mois après la date de réception du paiement. L'intérêt est calculé au taux appliqué en dernier lieu par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement ("le taux de référence"), majoré de sept points de pourcentage ("la marge"). Le taux de référence applicable est celui en vigueur le premier jour du mois où le paiement est exigible. L'intérêt porte sur la période écoulée entre le jour calendrier suivant la date limite de paiement et la date du paiement incluse. Une suspension des paiements par la Commission ne peut être considérée comme un retard de paiement.

Le Contractant s'engage à fournir les documents et informations nécessaires à son inscription dans le système comptable de la Commission. Les données ainsi fournies seront reprises et utilisées dans des applications informatiques ou bases de données de la Commission permettant de gérer les procédures de paiement, d'une part, et le suivi des procédures contentieuses, d'autre part. A ce titre, elles pourront être consultées par les agents compétents de la Commission intervenant dans ces procédures.

Article 7 - Dispositions fiscales

Si le Contractant est tenu, d'après la législation fiscale dont il relève, d'acquitter la TVA sur les honoraires perçus au titre du contrat, le montant de la taxe est inclus et identifié, dans le montant forfaitaire versé par la Commission en contrepartie des services prestés. Il appartient au Contractant de se conformer à la législation fiscale nationale qui lui est applicable au regard des revenus qu'il tire du contrat conclu avec la Commission, ces revenus n'étant pas exonérés d'impôts dans les Etats membres.

La Commission est exonérée de tous droits et taxes, notamment de la taxe sur la valeur ajoutée, en application des dispositions des articles 3 et 4 du Protocole sur les privilèges et immunités de l'Union européenne en ce qui concerne sa participation financière au contrat. Pour l'application des articles 3 et 4 dudit Protocole, le Contractant se conformera aux instructions de la Commission.

Article 8 – Force majeure

Si l'une des parties contractantes est confrontée à un cas de force majeure à savoir, toute situation ou tout événement imprévisible et exceptionnel, indépendant de la volonté des parties, elle en avertit sans délai l'autre partie. Au cas où l'accomplissement des tâches confiées au Contractant serait rendu impossible par un événement de force majeure, le Contractant n'a droit à aucune rémunération pour les prestations concernées.

Article 9 - Modifications ou adjonctions au contrat

Les stipulations du contrat et de ses annexes ne peuvent être modifiées ou complétées que par voie d'avenant signé par chacune des parties contractantes ou par un représentant qualifié de celles-ci.

Article 10 – Contrôles

La Cour des Comptes est habilitée à contrôler les documents détenus par les personnes physiques ou morales bénéficiant de paiements issus du Budget de l'Union européenne dès la signature du contrat jusqu'au cinquième anniversaire de la date de paiement du solde

Article 11 – Publication d'informations

Le Contractant autorise la Commission à traiter, à utiliser, à diffuser et à publier, les données figurant dans le Contrat ou en rapport avec ce dernier, notamment l'identité du Contractant, l'objet et la durée du Contrat, le montant versé.

attm120223161943.201.PC1200002300.001.txt

From: MAILLET Stephanie (SJ)
Sent: jeudi 23 février 2012 16:07
To: 'x.xxxxxxxxxx@xxxxxxxxxxxx.xxx'
Cc: EGGERS Barbara (SJ)
Subject: Affaires T-198/11 P et T-199/11 P Strack/Commission

Attachments: T-199-11 P.pdf; T-198-11 P.pdf

Sj.m(12)231973

Cher Maître,

Veuillez trouver ci-joint deux documents reçus dans les affaires T-198/11 P et T-199/11 P Strack/Commission.

Nous vous remercions de bien vouloir nous faire parvenir vos observations relatives à ces documents avant le 6 mars.

Meilleures salutations.

Stéphanie MAILLET
Commission européenne - Service juridique
BERLAYMONT 2/006
B-1049 BRUXELLES
Tél. : +32 (0)2 29 98333
Fax : +32 (0)2 29 61846
E-mail : xxxxxxxxx.xxxxxxx@xx.xxxxxx.xx



EUROPEAN COMMISSION

LEGAL SERVICE
The Director General

Brussels, 27. 03. 2013

By e-mailMr. Holbach
ask+request-297-afc9d54f@asktheeu.org**Subject: Request for access to documents**Ref.: Your e-mail of 17 December 2012, registered on 18 December 2012 as
GESTDEM 2012/5925

Dear Mr. Holbach,

I refer to your request mentioned above requesting access to documents relating to Cases F-121/04 Guido Strack v. Commission, T-197/11P Commission c/ Guido Strack and T-198/11P, Guido Strack c/ Commission, in accordance with Regulation (EC) N° 1049/2001 regarding public access to European Parliament, Council and Commission documents¹.

1. FIRST REPLY TO YOUR REQUEST

By letter of 8 February 2013 (reference Ares(2013)166468), the Legal Service sent you a first reply relating to documents under numbers 1, 2, 3, 9, 10, 11, 12, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26 and 31 of the following list, corresponding to the documents identified as falling within the scope of your request:

- **Affaire F-121/07 – Strack c/ Commission**
- 1. JUR(2007)46066 – Note to ex-DG ADMIN DG sending the application
- 2. LETT(2007)45021 – Response by ex-DG ADMIN
- 3. JUR(2007)46102 – Authority
- 4. JUR(2007)46143 – Note to the attention of M. Chêne (ex-DG ADMIN) on the amicable settlement procedure
- 5. JUR(2007)46150 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
- 6. JUR(2008)45041 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
- 7. JUR(2008)45158 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
- 8. JUR(2008)45249 – Letter to the CST on the amicable settlement procedure
- 9. JURM(2008)9107 – Objection of inadmissibility
- 10. CONT(2009)7024 – Order of 17 September 2009 (Objection of inadmissibility and lack of jurisdiction)

¹ OJ L 145, 31.05.2001, page 43.

11. PVR(2009)751 – Authority
12. JURM(2009)9201 – Defence
13. JUR(2009)45835 – Letter sending legal assistance contracts SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1439 et SJ/2009/1440
14. JUR(2009)45840 – Legal assistance contract (Case F-121/07)
15. LETT(2010)5501 – Attorney's fees invoice
16. LETT(2010)5945 – Attorney's fees invoice
17. Ares(2010)823661 – Authority
18. Ares(2010)900388 – Letter sending legal assistance contract SJ/2010/1732

Affaire T-197/11P – Commission c/ Strack

19. C(2011)1670 – Commission decision to appeal against the judgment given by the CST on 20 January 2011 in Case F-121/07
20. Ares(2011)363185 – Appeal + Authority
21. Ares(2011)770340 – Letter to the General Court: Request for authorisation to file a Reply
22. Ares(2011)905523 – Reply
23. Ares(2011)1142760 – Letter to the General Court: oral hearing
24. Ares(2013)33766 – Information note on the judgment

Affaire T-198/11P – Strack c/ Commission

25. Ares(2011)767212 – Authority
26. Ares(2011)788681 – Response and observations on the request for joinder
27. Ares(2011)863895 – Letter sending legal assistance contracts SJ/2011/1952
28. Ares(2011)883346 – Legal assistance contract SJ/2011/1952
29. Ares(2011)1085143 – Attorney's fees invoice
30. Ares(2012)210783 – Letter to the lawyer sending the request to stay proceedings
31. Ares(2012)282460 – Observations on the request to stay proceedings

2. SCOPE OF THE PRESENT REPLY

The present reply concerns the documents under numbers 4, 5, 6, 7, 8, 13, 14, 15, 16, 18, 27, 28, 29 and 30.

3. ASSESSMENT

3.1 Documents under numbers 13, 14, 15, 16, 18, 27, 28, 29 and 30 (legal assistance contracts, attorney's fees invoices and letter to the lawyer)

After a concrete assessment of these documents, I am pleased to inform you that, in accordance with Regulation, full access can be granted to documents under numbers 13, 14, 15, 16, 18 and 30, with the exception of the bank account number and the signature of the lawyer that have been removed from documents under numbers 14, 15, 16 and 18.

Indeed, this personal data is covered by the exception provided for in Article 4(1)(b) ("*protection of personal data*")² of Regulation 1049/2001 in accordance with the European Union (EU) legislation regarding the protection of personal data.

² "The institutions shall refuse access to a document where disclosure would undermine the protection of: [...] (b) privacy and the integrity of the individual, in particular in accordance with Community legislation regarding the protection of personal data".

Disclosure of this information, would undermine the legitimate privacy rights of the concerned person and, therefore, would be contrary to Article 4(1)(b) of Regulation 1049/2001. Indeed, according to Article 8(b) of Regulation No. 45/2001 of the European Parliament and of the Council of 18 December 2000 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data by the Community institutions and bodies and on the free movement of such data³, personal data shall only be transferred to recipients if the recipient establishes the necessity of having the data transferred and if there is no reason to assume that the data subject's legitimate interests might be prejudiced⁴. In the present case, I see no elements capable of showing the necessity for the refused data to be disclosed.

As regards documents under numbers 27, 28 and 29, I regret to inform you that they cannot be disclosed since they are covered by the exception provided for in Article 4(2), second indent of Regulation 1049/2001 (*"the protection of the court proceedings"*)⁵. Indeed, even though the proceedings in Case T-198/11P have been closed by the judgment of the General Court of 13 December 2012, these documents will be still subject of discussion in the context of the procedure for the recovery of costs, which is presently fully ongoing. Therefore, disclosure of these documents at this stage would be adversely affecting the decisions to be taken in the context of the referred procedure. In addition, disclosure of the refused documents would also weaken the Commission position in any possible dispute relating to this matter, including its right of defence. This risk is not hypothetical but a real and concrete one.

3.2. Documents relating to the "amicable settlement" procedure

Documents under numbers 4, 5, 6, 7 and 8 were drawn up by the Commission in the context of the procedure with a view to seeking an amicable settlement of the Cases F-118/07, F-119/07, F-120/07, F-121/07 and F-132/07, *Guido Strack v. Commission*, that were pending before the Civil Service Tribunal (CST). However, this attempt to reach an amicable settlement was unsuccessful.

Document under number 4 is a note to the attention of the Director General of the ex-Directorate-General for Administration (ex-DG ADMIN) summarising the draft agreement contained in the minutes of an informal meeting held by the parties at the CST and asking for observations. Documents under numbers 5, 6, 7 and 8 are Commission's submissions to the CST. Therefore, all these documents concern Cases F-118/07, F-119/07, F-120/07, F-121/07 and F-132/07.

Case F-118/07, *Guido Strack v. Commission*, seeking the payment for material and non-material damages, including damage to the applicant's health, is still pending before the CST.

Documents under numbers 4, 5, 6, 7 and 8 are, therefore, covered by the exception provided for in Article 4(2) second indent of Regulation 1049/2001 (*"the protection of court proceedings"*)

³ OJ L 8, 12.01.2001, page 1.

⁴ Judgment of the Court of Justice of 29 June 2010, Case C-28/08P, *European Commission v The Bavarian Lager Co. Ltd* (paragraphs 77-78), *European Court reports* 2010 page I-06051.

⁵ "[T]he institutions shall refuse access to a document where disclosure would undermine the protection of [...] court proceedings [...] unless there is an overriding public interest in disclosure".

The purpose of the "court proceedings" exception is to maintain the independence of the EU institutions in their dealings with the Court and to ensure the proper course of justice. In this regard, the Court of Justice has stated in its judgment in Joined Cases C-514/07P, C-528/07P and C-532/07P that the pleadings lodged before the Court of Justice in court proceedings are wholly specific since they are inherently more a part of the judicial activities of the Court and that these activities are as such excluded from the scope of the right of access to documents without any distinction being drawn between the various procedural stages, in the light of the need to ensure that, throughout the court proceedings, the exchange of arguments by the parties and the deliberations of the Court in the case before it take place in an atmosphere of total serenity⁶.

In addition, the Court has recognized that "[i]t is therefore appropriate to allow a general presumption that disclosure of the pleadings lodged by one of the institutions in court proceedings would undermine the protection of those proceedings, [...], while those proceedings remain pending"⁷.

Since Case F-118/07 is still pending before the Court, I consider that documents under numbers 4, 5, 6, 7 and 8, which have been drawn up by the Commission solely for the purpose of the referred specific proceedings, are clearly covered by the exception provided for in Article 4(2) second indent of Regulation 1049/2001 and, consequently, cannot be disclosed at this stage of the proceedings.

Furthermore, I would like to point out that according to Article 69(1) first and third paragraphs of the Rules of Procedure of the European Union⁸, where the parties come to an agreement before the Tribunal or the Judge-Rapporteur as to the solution putting an end to the dispute, the President, at the request of the applicant and the defendant, shall set out the terms of the agreement in the order removing the case from the register. It is therefore clear that, *a contrario*, where the parties don't come to an agreement, such in the present case, the observations, suggestions, proposals and concessions made by the parties and contained in the documents drawn up for the purposes of the amicable settlement, are not subject of such a publication and must, therefore, remain confidential.

3.3. Documents disclosed or partially disclosed

Accordingly, please find enclosed a copy of documents under numbers 13 and 30 as well as the expunged version of documents under numbers 14, 15, 16 and 18. I must however remind you that these documents cannot be reproduced or disseminated for commercial purposes without prior consent given by the Commission.

4. OVERRIDING PUBLIC INTEREST

Pursuant to Article 4(2) of Regulation 1049/2001, the exceptions to the right of access must be waived if there is an overriding public interest in disclosing the requested document. In order for an overriding public interest in disclosure to exist, this interest, firstly, has to be public and, secondly, overriding, i.e. in this case it must outweigh the interests protected

⁶ Judgment of the Court of 21 September 2010 in Joined Cases C-514/07P, C-528/07P and C-532/07P Sweden v API and Commission, API v Commission and Commission v API (paragraphs 77, 79 and 92), European Court reports 2010, Page I-08533.

⁷ Paragraph 94.

⁸ http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-04/rp_14_04_2010_en.pdf

under Article 4(2). In the present case, I see no elements capable of showing the existence of an overriding public interest in disclosure of documents under numbers 4, 5, 6, 7, 8, 27, 28 and 29, that would outweigh the public interest in the protection of the court proceedings, including the institution's rights of defence.

5. MEANS OF REDRESS

Should you wish this position to be reconsidered, you should present in writing, within fifteen working days from receipt of this letter, a confirmatory application to the Commission's Secretary-General at the address below.

The Secretary-General will inform you of the result of such review within 15 working days from the date of registration of your request. You will either be given access to the refused parts or your request will be rejected, in which case you will be informed of what further action is open to you.

All correspondence should be sent to the following address:

The Secretary General
European Commission
B-1049 BRUSSELS
Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu

Yours sincerely,

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Luis Romero Requena', with a stylized, flowing script.

Luis ROMERO REQUENA

Enclosures: 6 documents



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Direktion B
SG-B-5
Transparenz

Brüssel, den 04.04.2013
SG.B.5/MIA/rc -sg.dsg1.b.5(2013) 629501

Herrn Thomas HOLBACH

per E-mail an:

ask+request-297-afc9d54f@asktheeu.org

**Ihre Zweitanträge auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung 1049/2001
(GestDem 2012/5925 + 2013/213)**

Sehr geehrter Herr Holbach,

ich nehme Bezug auf Ihre E-Mail vom 17. Februar 2013, in welchem Sie einen Zweitantrag gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ (im Folgenden: Verordnung 1049/2001) stellen.

Am 5. März 2013 haben wir die Beantwortungsfrist für Ihren Antrag um fünfzehn Arbeitstage verlängert. Diese Beantwortungsfrist läuft am 4. April 2013 ab.

Leider sind wir nicht in der Lage, Ihnen hinsichtlich Ihres Antrags im Sinne der Verordnung Nr. 1049/2001 fristgerecht einen endgültigen Bescheid zuzusenden, da die Rücksprache mit anderen Dienststellen der Kommission andauert.

Bitte entschuldigen Sie durch diese weitere Verlängerung etwaige resultierende Unannehmlichkeiten. Der Bescheid wird Ihnen so bald wie möglich zugestellt.

Mit der Bitte um Ihr Verständnis verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Gerard Legris
Referatsleiter

¹ ABl. L145 vom 31.5.2001, S.43.



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Juristischer Dienst
Der Generaldirektor

Brüssel, den

E-Mail:

Herrn Holbach
ask+request-297-afc9d54f@asktheeu.org

Betr.: Antrag auf Zugang zu Dokumenten

Bezug: Ihre E-Mail vom 17. Dezember 2012, registriert am 18. Dezember 2012
unter dem Aktenzeichen GESTDEM 2012/5925

Sehr geehrter Herr Holbach,

ich nehme Bezug auf Ihren oben genannten Antrag, mit dem Sie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission¹ Zugang zu den Dokumenten in den Rechtssachen F-121/04 Guido Strack / Kommission, T-197/11P Kommission / Guido Strack und T-198/11P Guido Strack / Kommission beantragen.

1. ERSTE ANTWORT AUF IHREN ANTRAG

Mit Schreiben vom 8. Februar 2013 (Ares(2013)166468) übermittelte Ihnen der Juristische Dienst eine erste Antwort hinsichtlich der Dokumente 1, 2, 3, 9, 10, 11, 12, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 31 der folgenden Liste von Dokumenten, die unter Ihren Antrag fallen:

Rechtssache F-121/07—Strack/Kommission

1. JUR(2007)46066 – Vermerk an den ehemaligen Generaldirektor der ehemaligen Generaldirektion (GD) ADMIN zur Übersendung der Klageschrift
2. LETT(2007)45021 – Antwort des ehemaligen GD ADMIN
3. JUR(2007)46102 – Vollmacht
4. JUR(2007)46143 – Vermerk an Herrn Chêne (ehemaliger GD ADMIN) über die Güteverhandlung
5. JUR(2007)46150 – Schreiben an das EuGöD zur Güteverhandlung
6. JUR(2008)45041 – Schreiben an das EuGöD zur Güteverhandlung
7. JUR(2008)45158 – Schreiben an das EuGöD zur Güteverhandlung
8. JUR(2008)45249 – Schreiben an das EuGöD zur Güteverhandlung
9. JURM(2008)9107 – Einrede der Unzulässigkeit

¹ ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43.

10. CONT(2009)7024 – Beschluss vom 17. September 2009 (Einrede der Unzulässigkeit und der Unzuständigkeit)
11. PVR(2009)751 – Vollmacht
12. JURM(2009)9201 – Klagebeantwortung
13. JUR(2009)45835 – Schreiben zur Übermittlung der Verträge an den Rechtsanwalt SJ/2009/1411, SJ/2009/1412, SJ/2009/1438, SJ/2009/1439 und SJ/2009/1440
14. JUR(2009)45840 – Vertrag für den Rechtsbeistand (Rechtssache F-121/07)
15. LETT(2010)5501 – Rechnung des Rechtsanwalts
16. LETT(2010)5945 – Rechnung des Rechtsanwalts
17. Ares(2010)823661 – Vollmacht
18. Ares(2010)900388 – Schreiben zur Übermittlung des Vertrags an den Rechtsanwalt SJ/2010/1732

Rechtssache T-197/11P – Kommission/Strack

19. C(2011)1670 – Beschluss der Kommission, gegen das Urteil des EuGöD vom 20. Januar 2011 in der Rs. F-121/07 Rechtsmittel einzulegen
20. Ares(2011)363185 – Rechtsmittel + Vollmacht
21. Ares(2011)770340 – Schreiben an das EuGöD: Antrag auf die Einreichung einer kurzen Erwiderung
22. Ares(2011)905523 – Erwiderung
23. Ares(2011)1142760 – Schreiben an das EuGöD: mündliche Verhandlung
24. Ares(2013)33766 – Interner Vermerk zum Urteil in der Rs. T-197/11P

Rechtssache T-198/11P – Strack/Kommission

25. Ares(2011)767212 – Vollmacht
26. Ares(2011)788681 – Rechtsmittelbeantwortung und Bemerkungen zum Verbindungsantrag
27. Ares(2011)863895 – Schreiben zur Übermittlung von Verträgen an den Rechtsanwalt SJ/2011/1952
28. Ares(2011)883346 – Schreiben zur Übermittlung eines Vertrags an den Rechtsanwalt SJ/2011/1952
29. Ares(2011)1085143 – Rechnung des Rechtsanwalts
30. Ares(2012)210783 – Schreiben an den Rechtsanwalt zur Übermittlung des Antrags auf Aussetzung
31. Ares(2012)282460 – Bemerkungen zum Antrag auf Aussetzung

2. GEGENSTAND DIESER ANTWORT

Die vorliegende Antwort bezieht sich auf die Dokumente 4, 5, 6, 7, 8, 13, 14, 15, 16, 18, 27, 28, 29 und 30.

3. PRÜFUNG

3.1 Dokumente 13, 14, 15, 16, 18, 27, 28, 29 und 30 (Verträge mit Rechtsanwälten, Rechnungen des Rechtsanwalts und Schreiben an den Rechtsanwalt)

Nach eingehender Prüfung dieser Dokumente anhand der Verordnung freue ich mich Ihnen mitzuteilen, dass wir Ihnen die Dokumente 13, 14, 15, 16, 18 und 30 mit Ausnahme der Kontonummer und der Unterschrift des Rechtsanwalts, die in den Dokumenten 14, 15, 16 und 18 geschwärzt wurden, vollständig zugänglich machen können.

Diese personenbezogenen Daten fallen unter die Ausnahmeregelung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 („*Schutz personenbezogener Daten*“)² in Verbindung mit der europäischen Gesetzgebung zum Datenschutz.

Die Offenlegung dieser Informationen würde die Rechte der betroffenen Personen auf den Schutz ihrer Privatsphäre verletzen und damit gegen Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 verstoßen. Nach Artikel 8 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr³ dürfen personenbezogene Daten einem Empfänger nur übermittelt werden, wenn dieser die Notwendigkeit der Datenübermittlung nachweist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass die berechtigten Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt werden könnten⁴. Im vorliegenden Fall kann ich die Notwendigkeit einer Offenlegung der nicht zugänglich gemachten Daten nicht erkennen.

Hinsichtlich der Dokumente 27, 28 und 29 muss ich Ihnen leider mitteilen, dass sie nicht offengelegt werden können, da sie unter die Ausnahmeregelung von Artikel 4 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 („Schutz von Gerichtsverfahren“) fallen⁵. Obgleich das Verfahren in der Rechtssache T-198/11P durch Urteil des Gerichts vom 13. Dezember 2012 abgeschlossen ist, werden diese Dokumente im Zusammenhang mit dem Kostenfestsetzungsverfahren, das noch anhängig ist, weiter herangezogen. Daher würde eine Offenlegung dieser Dokumente zum jetzigen Zeitpunkt die Beschlussfassung im genannten Verfahren beeinträchtigen und darüber hinaus auch die Position und die Verteidigungsrechte der Kommission in möglichen Streitfällen im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit schwächen. Dies stellt kein hypothetisches, sondern ein tatsächliches und konkretes Risiko dar.

3.2. Dokumente, die sich auf die Güteverhandlung beziehen

Die Dokumente 4, 5, 6, 7 und 8 wurden von der Kommission im Zusammenhang mit dem Verfahren zur gütlichen Beilegung der beim Gericht für den öffentlichen Dienst anhängigen Rechtssachen F-118/07, F-119/07, F-120/07, F-121/07 und F-132/07 Guido Strack/Kommission erstellt. Die Güteverhandlung verlief letztendlich erfolglos.

Das Dokument 4 ist ein Vermerk für den Generaldirektor der ehemaligen Generaldirektion Verwaltung (GD ADMIN), in dem der Entwurf einer im Protokoll eines informellen Treffens der Verfahrensbeteiligten beim EuGöD enthaltenen Vereinbarung zusammengefasst und um Stellungnahme hierzu gebeten wird. Die Dokumente 5, 6, 7 und 8 sind dem EuGöD vorgelegte Schriftstücke der Kommission. Somit betreffen all

² *“Die Organe verweigern den Zugang zu einem Dokument, durch dessen Verbreitung Folgendes beeinträchtigt würde: [...] b) der Schutz der Privatsphäre und Integrität des Einzelnen, insbesondere gemäß den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft über den Schutz personenbezogener Daten.“*

³ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

⁴ Urteil des Gerichtshofs vom 29. Juni 2010, Rechtssache C-28-08P, Europäische Kommission/The Bavarian Lager Co. Ltd., Randnummern 77-78, Sammlung der Rechtsprechung 2010, I-06051.

⁵ *“[D]ie Organe verweigern den Zugang zu einem Dokument, durch dessen Verbreitung Folgendes beeinträchtigt würde: [...] der Schutz von Gerichtsverfahren [...] es sei denn, es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verbreitung.“*

diese Dokumente die Rechtssachen F-118/07, F-119/07, F-120/07, F-121/07 und F-132/07.

Die Rechtssache F-118/07 Guido Strack/Kommission betreffend die Forderung von Schadensersatz von materiellen und immateriellen Schäden, auch Gesundheitsschäden, ist beim EuGöD noch anhängig.

Die Dokumente 4, 5, 6, 7 und 8 fallen somit unter die Ausnahmeregelung von Artikel 4 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 („*Schutz von Gerichtsverfahren*“).

Zweck der Ausnahmeregelung „Schutz von Gerichtsverfahren“ ist, die Unabhängigkeit der EU-Organe während ihrer Beratungen mit dem Gerichtshof zu gewährleisten und den ordentlichen Verlauf des Gerichtsverfahrens sicherzustellen. Der Gerichtshof hat diesbezüglich in seinem Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-514/07P, C-528/07P und C-532/07P festgestellt, dass die beim Gerichtshof im Rahmen eines Gerichtsverfahrens eingereichten Schriftsätze ganz besondere Merkmale aufweisen, da sie ihrem Wesen nach sehr viel mehr Teil der Rechtsprechungstätigkeit des Gerichtshofs sind, und dass die Rechtsprechungstätigkeit als solche vom Anwendungsbereich des Rechts auf Zugang zu Dokumenten ausgenommen ist, ohne dass zwischen den verschiedenen Verfahrensstadien zu unterscheiden wäre, weil während des gesamten Gerichtsverfahrens sichergestellt sein muss, dass die Erörterungen zwischen den Parteien sowie die Beratungen des Gerichts über die anhängige Rechtssache in aller Ruhe ablaufen⁶.

Ferner gelangte der Gerichtshof zu folgendem Schluss: „*Daher ist anzuerkennen, dass eine allgemeine Vermutung dafür besteht, dass die Verbreitung der von einem Organ in einem Gerichtsverfahren eingereichten Schriftsätze den Schutz dieses Verfahrens [...] beeinträchtigt, solange dieses Verfahren anhängig ist*“⁷.

Da die Rechtssache F-118/07 noch anhängig ist, fallen die Dokumente 4, 5, 6, 7 und 8, die von der Kommission ausschließlich für das genannte spezifische Verfahren erstellt wurden, meiner Auffassung nach eindeutig unter die Ausnahmeregelung von Artikel 4 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 und können daher in dieser Verfahrensphase nicht offengelegt werden.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass nach Artikel 69 Absatz 1 erster und dritter Unterabsatz der Verfahrensordnung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union⁸ im Falle, dass sich die Parteien vor dem Gericht oder vor dem Berichterstatter auf eine Lösung zur Beendigung des Rechtsstreits einigen, der Präsident den Inhalt der Vereinbarung auf Antrag des Klägers und des Beklagten im Streichungsbeschluss feststellt. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass im Fall, dass sich die Verfahrensbeteiligten – wie im vorliegenden Fall – nicht einigen, die Stellungnahmen, Bemerkungen, Vorschläge und Zugeständnisse, die die Verfahrensbeteiligten zum Zweck der gütlichen Einigung in den

⁶ Urteil des Gerichtshofs vom 21. September 2010 in den verbundenen Rechtssachen C-514/07P, C-528/07P und C-532/07P, Schweden/API und Kommission, Randnummern 77, 79 und 92, Sammlung der Rechtsprechung 2010, I-08533.

⁷ Randnummer 94.

⁸ http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-04/rp_14_04_2010_de.pdf

Dokumenten verfasst und dargelegt haben, nicht zu veröffentlichen sind und somit vertraulich bleiben müssen.

3.3. Offengelegte oder teilweise offengelegte Dokumente

Somit übersende ich Ihnen eine Kopie der Dokumente 13 und 30 sowie geschwärzte Fassungen der Dokumente 14, 15, 16 und 18. Ich muss Sie allerdings darauf hinweisen, dass die Dokumente ohne vorherige Genehmigung der Kommission weder vervielfältigt noch zu kommerziellen Zwecken verbreitet werden dürfen.

4. ÜBERWIEGENDES ÖFFENTLICHES INTERESSE

Nach Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 kann der Zugang zu einem Dokument nicht verweigert werden, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verbreitung besteht. Ein überwiegendes öffentliches Interesse liegt dann vor, wenn dieses Interesse erstens öffentlich und zweitens überwiegend ist, d.h. es muss in diesem Fall schwerer wiegen als die nach Artikel 4 Absatz 2 geschützten Interessen. Im vorliegenden Fall sehe ich keinen Anhaltspunkt für ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Offenlegung der Dokumente 4, 5, 6, 7, 8, 27, 28 und 29, das schwerer wiegen würde als der Schutz der Gerichtsverfahren und das Verteidigungsrecht der Kommission.

5. RECHTSBEHELFF

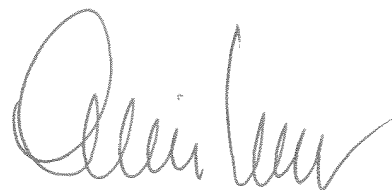
Sollte Ihnen an einer Überprüfung dieses Standpunktes gelegen sein, so können Sie binnen 15 Arbeitstagen nach Erhalt dieses Schreibens bei der Generalsekretärin der Kommission unter der nachstehenden Anschrift schriftlich einen Zweit Antrag stellen.

Die Generalsekretärin wird Ihnen innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Registrierung Ihres Antrags das Ergebnis der Überprüfung mitteilen. Der beantragte Dokumentenzugang wird Ihnen entweder gewährt oder verwehrt. Im letzteren Fall werden Sie über weitere Rechtsmittel belehrt.

Der gesamte Schriftverkehr ist an folgende Anschrift zu richten:

Die Generalsekretärin
Europäische Kommission
B-1049 BRÜSSEL
Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu

Mit freundlichen Grüßen



Luis ROMERO REQUENA

Anlagen: 6 Dokumente